

6. Parteitag, 1. Tagung  
der Partei DIE LINKE

Leipzig, 8., 9. und 10. Juni 2018

## **Antragsheft 3**

**DIE LINKE.**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Änderungsanträge</b> .....	Seite 5
zu den Regularien des Parteitags .....	Seite 7
zur Satzung .....	Seite 9
zu den Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung (§17 (5) Satzung) .....	Seite 11
zu A.1. ....	Seite 11
zu A.2. ....	Seite 63
zu den Anträgen mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft .....	Seite 65
zu den Anträgen mit überwiegendem Bezug zur Partei .....	Seite 87
<b>Dringlichkeitsanträge</b> .....	Seite 91
<b>Kandidaturen</b> für den Parteivorstand .....	Seite 95
<b>Korrektur</b> zum Wahlkampf-Abschlussbericht 2017 aus Antragsheft 1 (S. 85) ...	Seite 134

## Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

Redaktionsschluss: 28. Mai 2018



# Änderungsanträge



# Änderungsanträge zu den Regularien des Parteitages

**Antrag:**

**Ä.R.1.34**

Antragsteller/innen:

Emanzipatorische Linke

## **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 28, in die **Geschäftsordnung** nach **Zeile 34** neuen Ansatz (7.1) **einfügen**:

(7.1) Redebeiträge von Parteifunktionär\*innen und Mandatsträger\*innen ohne Bezug zu Anträgen oder als Bestandteil von Aussprachen werden erst behandelt, wenn alle Anträge an den Bundesparteitag abgearbeitet sind und dann noch Zeit ist.

Die Redezeit bei diesen Reden ist auf 20 Minuten zu begrenzen, zuzüglich 2 Minuten Kulanz. Kurz vor und nach Ablauf der Redezeit werden die Redenden jeweils nach einer Minute (also vor Ablauf einmal, nach Ablauf zweimal) darauf hingewiesen, dass ihre Redezeit abläuft bzw. abgelaufen ist.

Nach Ablauf der 22 Minuten wird das Mikrofon ausgeschaltet.

## **Begründung:**

Der Bundesparteitag ist eine der wenigen Möglichkeiten für uns als Partei, landesverbands- und strömungsübergreifend zu debattieren und Beschlüsse zu fassen, doch das ist derzeit nur eingeschränkt möglich. Einerseits werden Anträge auf Parteitag immer wieder nicht behandelt oder vertagt und Debatten abgebrochen oder überhaupt nicht geführt, weil die Zeit dafür fehlt, andererseits überziehen viele Funktionär\*innen und Mandatsträger\*innen auf Parteitag massiv ihre Redezeit. Das stellt eine Herabsetzung der Basis dar. Denn z.B. die Reden der Parteivorsitzenden, die zusätzlich zu den vom Parteivorstand bereits eingebrachten Leitanträgen und den Reden der Fraktionsvorsitzenden, die unter dem Label „Bericht“ laufen, stattfinden, haben mit Berichten an den Parteitag eher wenig zu tun und mehr etwas von einer Wahlkampfreden auf Marktplatz XY. Es steht allen Funktionär\*innen frei, wie jedes andere Mitglied Anträge einzubringen oder, wenn sie dafür keinen Bedarf sehen, ihre Reden zu halten, wenn der Bundesparteitag alle Anträge abgearbeitet und die nötigen Debatten geführt hat. Zur Redezeit: Wir sind eine linke Partei, in der für alle Genoss\*innen die gleichen Rechte gelten sollten. Basismitglieder haben für gewöhnlich maximal zwei Minuten Redezeit auf einem Parteitag (Antragseinbringung, Kandidatur für den PV, ...), bzw. 7-10 Minuten wenn sie für den Parteivorsitz kandidieren. Dass Funktionär\*innen und Mandatsträger\*innen ihre bereits sehr lange Redezeit nicht massiv überstrapazieren, ist somit eine Frage des Respekts und der Solidarität gegenüber den ca. 600 Delegierten. Immerhin ist es massiv frustrierend für Parteigenoss\*innen und Basisorganisationen, wenn Anträge, an denen sie oft hart und lange gearbeitet haben, vom Bundesparteitag nicht behandelt werden. Indem der Bundesparteitag dieser Frustration entgegen wirkt, kann ein deutliches Zeichen für innerparteiliche Demokratisierung und Solidarität gesetzt werden.

**Antrag:** **Ä.R.3.1.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 32, **R.3.** Zeitplan **ändern:**

Die Zeit zur Diskussion der „weiteren Anträge“ (derzeit 2 Stunden) möge um 45 Minuten erweitert werden und die Redezeit der gesetzten Redebeiträge von Partei- und Fraktionsvorsitzenden sowie von Gregor Gysi und Bodo Ramelow (derzeit insgesamt 2 Stunden und 15 Minuten) entsprechend gekürzt werden.

Wir schlagen folgende Zeiten für die gesetzten Redezeiten vor:

Die Vorsitzenden jeweils 20 Min (jeweils -10 Min)

Die Fraktionsvorsitzenden jeweils 15 Min (jeweils -5 Min)

Gregor Gysi 10 Min (-10 Min)

Bodo Ramelow 10 Min (-5 Min)

Die Sitzungsleitung achtet besonders hier auf die Einhaltung der Redezeit.

**Begründung:**

Die Basis hat viele Anträge zu gesellschaftlich relevanten Themen von Frieden bis Flüchtlingspolitik und sozialen Auseinandersetzungen gestellt und will diese diskutieren und politisch etwas auf den Weg bringen. Nach dem bisherigen Zeitplan sollen nur sechs Genossinnen und Genossen mehr Zeit für Reden haben als der gesamte Parteitag für die Behandlung aller von der Partei eingebrachten „weiteren Anträge“ - das ist unverhältnismäßig und muss korrigiert werden.

Die in der Parteileitung entstandenen Konflikte werden nicht konstruktiv geführt oder geklärt, daher muss die Partei sie lösen. - Parteitage sind die Tage der Partei.

# Änderungsanträge zur Satzung

**Antrag:** **Ä.S.1.**  
Antragsteller/innen: Parteivorstand

## **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 47, **Zeilen 1 - 4 ändern** in:

(6) Die 500 Delegiertenmandate der Gliederungen werden entsprechend den Mitgliederzahlen paarweise im Divisorenverfahren nach Adams (Divisorenreihe 0; 1; 2; 3; ... ) auf die Landesverbände verteilt. Die Weiterverteilung der Mandate innerhalb eines Landesverbandes erfolgt entsprechend den Mitgliederzahlen (aus beitragszahlenden und beitragsbefreiten Mitgliedern) der Delegiertenwahlkreise ebenfalls paarweise im Divisorenverfahren nach Adams.“

## **Begründung:**

Das Anliegen des Antrags wird geteilt, da die jetzige Formulierung schon zu Nachfragen und unterschiedlicher Praxis geführt hat. Aber die vorgeschlagene Formulierung ist missverständlich, da formuliert wurde, dass innerhalb des Landesverbandes analog zum Bund verfahren werden soll. Der Bund vergibt aber an Gliederungen, analog hieße, dass auch das Land an Gliederungen vergibt, damit wären die Delegiertenwahlkreise außen vor. Darum wird vorgeschlagen, die alte Formulierung in §16(6) zu belassen und nur in Satz 2 hinter Mitgliederzahlen (aus beitragszahlenden und beitragsbefreiten Mitgliedern) einzufügen.

---

**Antrag:** **Ä.S.8.**  
Antragsteller/innen:

KV Herford, KV Wesel Kerstin Cademartori (Delegierte), Otto Ersching (Ersatzdelegierter – KV Märkischer Kreis) Thies Gleiss (PV Mitglied), Fabian Stoffel (Ersatzdelegierter - KV Herford)

## **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 79, **Zeilen 3-4, Satz 1 ändern** in:

„Die Ausübung von Landtags-, Bundestags- und Europaparlamentsmandaten soll auf zwei, in begründeten Ausnahmefällen auf maximal drei, Legislaturperioden begrenzt werden.“

## **Begründung:**

Um das Recht auf Kandidaturen für Mandate nicht zu begrenzen, schlagen wir eine "Soll-Regelung" für die Begrenzung von Mandaten vor analog zur Regelung in § 32 über die Ausübung von Parteiämtern.

**Antrag:** **Ä.S.10.1.**

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 81, **Zeile2 ändern** in:

„4. die Spitzenkandidatin bzw. den Spitzenkandidaten oder mehrere Spitzenkandidat\_innen der Partei zur Bundestagswahl“

**Begründung:**

Sprachlich: Es werden keine Kandidaturen sondern Kandidatinnen und Kandidaten gewählt.

---

**Antrag:** **Ä.S.10.2.**

Antragsteller/innen: LV Sachsen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 81, in **Zeile2** Formulierung **ändern** in:

„4. Etwaige Spitzenkandidatur(en) zur Wahl des Deutschen Bundestages, sofern hierzu kein Mitgliederentscheid stattfindet“

**Begründung:**

Parteitag nett, Mitgliederentscheid netter.

# Änderungsanträge zum Antrag A. 1.

**Antrag:** **Ä.A.1.2.**  
Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

## **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, **Zeilen 2 - 7 ersetzen** durch:

„Der neoliberale Kapitalismus ist in einer tiefen Krise. Er hat die soziale Ungleichheit schwindelerregend verschärft, in ein ökonomisches Desaster geführt und stößt in weiten Teilen der Bevölkerung auf tiefe Ablehnung. Auf der einen Seite erstarken in dieser Lage überall auf der Welt rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte, befördert von Teilen des Kapitals, die zur Rettung ihrer Vorherrschaft auf diese Rechten setzen. Trump in den USA ist gleich die personelle Einheit von Kapital und rechtem Politiker. Auf der anderen Seite wachsen – ebenfalls weltweit – mit großer Dynamik die Überzeugungen für eine fortschrittliche Entwicklung und entsprechende soziale Bewegungen: Generalstreik mit 40 Millionen Menschen in Brasilien, neue sozialdemokratisch-sozialistische Massenbewegungen um Sanders in den USA und Corbyn in Großbritannien, 40.000 Menschen auf der Demo gegen das Polizeigesetz in Bayern und 83 Prozent der deutschen Bevölkerung sind gegen jede Art von deutschen Rüstungsexporten.

In diesen Zeiten kommt der LINKEN eine besondere Verantwortung zu.“

## **Begründung:**

Die Welt entwickelt sich in Widersprüchen. Wir haben nicht einfach einen Rechtsruck/rutsch, sondern eine politische Polarisierung. Das ist kein Grund zur Beruhigung, sondern stellt erweiterte Anforderung an die Reichweite unserer positiven Ambitionen als LINKE.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.3.1.**  
Antragsteller/innen: LV Sachsen

## **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 3** Satz „Europaweit ... Rechte.“ **ersetzen** durch:

„Europaweit befinden sich Parteien des Rassismus und der extremen Rechten auf dem Vormarsch, vollziehen sich ein Rechtsruck des Konservatismus und eine Radikalisierung der extremen Rechten.“

## **Begründung:**

Der sogenannte Rechtspopulismus ist Teil der extremen Rechten. Eine Erscheinung kann sich schlecht mit einem Teil seiner selbst vermischen. Zudem wird der Begriff Rechtspopulismus zunehmend mit entlastender Absicht genutzt. Parteien wie die FPÖ, die früher klar als rechtsextrem bezeichnet wurden, werden heute als rechtspopulistisch geführt.

**Antrag:** **Ä.A1.3.2.**

Antragsteller/innen:

Sevim Dagdelen (KV Bochum), Alexander Neu (KV Rhein-Sieg), Heike Hänsel (KV Tübingen), Fabio De Masi (LV Hamburg), Christan Leye (Landessprecher NRW), Harry Grünberg (Cuba Si), Martin Hantke (SprecherInnenrat BAG FIP), Alexander King (Sprecher BV Tempelhof-Schöneberg), Constantin Braun (LV Hamburg), KV Bochum, BV Tempelhof Schöneberg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 3** nach „... ins Rutschen gekommen.“ **einfügen:**

Die soziale Spaltung in Deutschland und Europa ist das Ergebnis der neoliberalen Politik. Jahrzehntlang wurden die Interessen der Konzerne und Superreichen bedient und die Interessen der Arbeitnehmer und Rentner vernachlässigt. In der Folge ist die soziale Ungleichheit wieder so ausgeprägt wie zur Zeit des 1. Weltkriegs. 40 Prozent der Menschen in Deutschland haben weniger zum Leben zur Verfügung als noch in den 90er Jahren, während die Zahl der Milliardäre, die weite Teile der Wirtschaft beherrschen, weiter steigt.

Durch eine unverantwortliche Außenpolitik nimmt außerdem die Kriegsgefahr zu. Gemeinsam mit anderen NATO-Verbündeten drohen die USA mit einer Eskalation gegen den Iran und einem neuen Krieg für einen Regime Change. Gegenüber Russland setzt die NATO auf eine neue Hochrüstung, obwohl bereits jetzt mit über 900 Milliarden US-Dollar an NATO-Militärausgaben ein massives militärisches Übergewicht existiert. Eine eigenständige und friedliche europäische Außenpolitik ist trotz der gefährlichen Eskalationspolitik der USA weiter nicht in Sicht. Stattdessen betreibt die Bundesregierung im Schlepptau der NATO eine Aufrüstung Deutschlands zur stärksten Militärmacht Europas. In den nächsten Jahren soll der Militärhaushalt auf über 70 Mrd. Euro steigen. Durch diese verantwortungslose Aufrüstungspolitik wird der Sozialstaat noch weiter untergraben. Denn statt auf neue KITAS setzt die Bundesregierung auf neue Kriegsschiffe. Die wachsende soziale Spaltung der Gesellschaft dient als Nährboden für die extreme Rechte in Europa, die soziale Abstiegsängste rassistisch instrumentalisiert, während die europäische Sozialdemokratie in vielen europäischen Ländern als Quittung für ihre neoliberale Politik zu verschwinden droht.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.4.1.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, **Zeilen 4-6** „Denn die Würde ... Solidarität.“ **ersetzen** durch:

„Die Epoche der Klassenkämpfe, in der es um die Verbesserung der Lebensverhältnisse, um Solidarität und Humanismus ging, wird verdrängt von der Epoche der falschen Identitäten (Heimat, Vaterland, Arier) und Kälte.“

**Begründung:**

Demokratie kann auch als Diktatur der Mehrheit über die Minderheit funktionieren. Eine solche Demokratie stellt zwar die permanente politische Infragestellung der Würde des Menschen dar, ist aber eben keine Diktatur. Das, was Orbán in Ungarn, die PiS in Polen oder Putin in Russland praktizieren, sind solche Formen der Demokratie. Richtiger erscheint uns, dass wir am Ende einer Zeitenwende stehen. „Die Epoche der Klassenkämpfe, in der es um die Verbesserung der Lebensverhältnisse, um Solidarität und Humanismus ging, wird verdrängt von der Epoche der falschen Identitäten (Heimat, Vaterland, Arier) und Kälte. Das ist der Kern, um den es geht.“



Menschen und damit die durch sie entstandene Unsicherheit und Hoffnungslosigkeit. Darum nehmen wir den Kampf um neue, fortschrittliche und linke gesellschaftliche Mehrheiten auf.“

**Begründung:**

Wer der Rechtsentwicklung Halt gebieten will, muss um die Köpfe ringen, muss Menschen vor Verfolgung schützen und muss das Bild einer humanistischen Gegenwart zeichnen. Und vor allem muss damit aufgehört werden, den Kapitalismus schön zu reden, indem seine Auswüchse wie die der Enteignung und Entrechtung vieler Menschen auf einen ominösen Neoliberalismus geschoben werden. Ganz so, als wäre die Enteignung und Entrechtung vieler Menschen nicht Kennzeichen des Kapitalismus. Wichtig ist übrigens, klar zu machen, warum wir den Kampf um neue, fortschrittliche und linke gesellschaftliche Mehrheiten aufnehmen. Das erklären wir. Im Original erschien dieser Kampf wie ein Selbstzweck, in unserer Fassung ist er Mittel zum Zweck.

---

**Antrag:**

**Ä.A.1.8.2.**

Antragsteller/innen:

Kommunistische Plattform, Cuba Sí, Heidemarie Boulnois (Bundesausschuss, Delegierter mit beratender Stimme), Dr. Ulrike Bretschneider (Kommunistische Plattform, Delegierte), Ellen Brombacher (Berlin, Delegierte), Rim Farha (Kommunistische Plattform, Delegierte), Kerstin Fremder-Sauerbeck (Hamburg, Delegierte), Kristian Glaser (Hamburg, Delegierter), Thomas Hecker (Kommunistische Plattform), Reiner Hofmann (Berlin, Delegierter), Stephan Jegielka (Berlin, Delegierter), Ulrich Lenz (Rheinland-Pfalz, Delegierter), Sabine Lösing (Niedersachsen, MdEP), Erich Postler (Kommunistische Plattform, Delegierter), Friedrich Rabe (Bundesausschuss, Delegierter mit beratender Stimme), Melanie Rott (Berlin, Delegierte), Nico Rudolph (Sachsen, Delegierter), Dr. Johanna Scheringer-Wright (Ökologische Plattform, MdL, Delegierte), Carsten Schulz (Berlin, Delegierter), Waltraud Tegge (Mecklenburg-Vorpommern, Delegierte), Joachim Traut (Thüringen, Delegierter), Ulrich Vanek (Kommunistische Plattform, Delegierter), Dr. Volkmar Vogel (Berlin), Elisabeth Wissel (Berlin, Delegierte), Dr. Friedrich Wolff (Brandenburg)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeilen 8 und 9** den Satz „Wir stellen uns dem Rechtsruck entgegen.“ **ersetzen** durch:

„Wir stellen uns dem immer brutaler agierenden kapitalistischen System entgegen, besonders dem Rechtsruck.“

---

**Antrag:**

**Ä.A.1.9.1.**

Antragsteller/innen:

BAG DIE LINKE. queer

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 9** hinter „... Nationalismus und“ **einfügen:**

„alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie“

**Begründung:**

Tätliche und verbale Angriffe gegen Obdachlose, Menschen mit Behinderungen, LGBTTIQ und andere Menschen, Antisemitismus und Rassismus bekämpft DIE LINKE gleichermaßen. Um einerseits eine ausführliche und dann ggf. nicht vollständige Auflistung zu verhindern und um andererseits deutlich zu machen, dass es neben dem zu bekämpfenden Rassismus weitere Formen unerträglicher Angriffe auf Personengruppen gibt, scheint uns der Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sinnvoll.

**Antrag: Ä.A.1.9.2.**

Antragsteller/innen:

BAG LiSA, Ayse Fehimli-Kuzu, Helene Füllgraf, Dr. Monika Kulas, Ingrid Jost, Marion Morassi, Marina Ertel, Hildegard Heinemann, Cornelia Swillus-Knöchel, Eva Vogt

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 9** nach „... Nationalismus“ **einfügen:**

„ , Sexismus“

**Begründung (für alle 21 Änderungsanträge der BAG LiSA):**

DIE LINKE steht für Feminismus. Die LINKE steht für eine Umgestaltung der Gesellschaft für mehr Geschlechtergerechtigkeit. DIE LINKE ist die einzige feministische Partei, die Gleichberechtigung den ihr gebührenden Stellenwert einräumt. Dies soll auch mit dem Antrag des Vorstandes konsequent, klar und eindeutig sichtbar vermittelt werden. In diesem Sinne reicht die BAG LiSA die nachfolgenden Ergänzungen zum Antrag A1 ein. Denn wir können nicht warten, dass andere die Gesellschaft ändern, wir müssen es selbst fordern.

Sexismus ist nicht minder weit verbreitet wie Rassismus. Sexismus wird sogar von den Rechten, die weitgehend sexistisch und antifeministisch sind, instrumentalisiert für rassistische Angriffe. DIE LINKE muss sich daher eindeutig gegen Sexismus positionieren, Antifeminismus abwehren und sich für Emanzipation in der Gesellschaft einsetzen. Mit dem #aufschrei, mit #metoo ist das Ausmaß des Alltagssexismus und der Diskriminierung an die Öffentlichkeit gebracht worden. Frauen wehren sich auf allen Ebenen gegen sexistische Minderbewertung ihrer Arbeit und Leistung. Die Rechten praktizieren unverhohlen ihren Antifeminismus und Sexismus und fördern so den Rückschritt errungener Gleichberechtigung. Dies geht bis hin zu den Forderungen nach Streichen von Unterstützungen von Fraueninitiativen und Gleichstellungsstellen, der Forderung nach Auflösung aller Gender Studienangebote. Die AfD sitzt im Parlament und „ermutigt“ Parteien wie CDU/CSU und FDP offen, alte Gesellschaftsmuster, die zurück zur alten Rollenverteilung streben, unter dem Deckmantel des Konservatismus einzufordern. Frauen zurück zu Kinder, Küche, Kirche.

Dass Altersarmut weiblich ist, ist wie vieles andere eine Folge ungleicher Rollenverteilung bei Männern und Frauen. Die ungleiche Verteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit geht hochgradig zu Lasten der Frauen. Zu einer sozialen, friedlichen und gerechten Gesellschaft gehört Gleichberechtigung. Dies sollte auch benannt werden, denn es ist eben noch lange nicht selbstverständlich, beim Einfordern von Gerechtigkeit Gleichberechtigung mitzudenken. Am eindeutigsten ist schlicht, Sexismus, Emanzipation, Gleichberechtigung etc. klar erkennbar zu benennen.

Mit der Aufnahme der Ergänzungen setzt DIE LINKE ein eindeutiges Zeichen für eine gleichberechtigte Gesellschaft für alle.

**Antrag: Ä.A.1.9.3.**

Antragsteller/innen:

Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 9** „Rechtsruck“ **ersetzen** durch „Erstarken der Rechten“

**Begründung:**

Nicht die ganze Gesellschaft rückt nach rechts, sondern die soziale Polarisierung geht mit einer politischen Polarisierung einher, die wir in die richtige Richtung entscheiden müssen.

**Antrag:** **Ä.A.1.11.1.**

Antragsteller/innen: BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeilen 11-12** den Satz „Wenn die herrschende Politik sich nicht bewegt, müssen wir die Politik bewegen, als Partei in Bewegung“ **streichen**.

**Begründung:**

Wir müssen in diesem Land die politischen Kräfteverhältnisse verändern. Das gelingt nur, wenn wir die Interessen der vielen Menschen, die über keine Lobby verfügen, vertreten. Da reicht es bei weitem nicht, „die Politik zu bewegen“, was nichts aussagt.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.11.2.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, **Zeilen 11-12** „Wenn die herrschende ... in Bewegung.“ **ersetzen** durch:  
„Wenn die herrschende Politik sich in die falsche Richtung bewegt, müssen wir die Politik in die richtige Richtung bewegen, als Partei, die die Menschen zu einer anderen Politik bewegt.“

**Begründung:**

Wir schreiben in Zeile 10 von einer „neoliberale Politik der Enteignung und Entrechtung vieler Menschen“, stellen also fest, dass sich „die herrschende Politik“ sehr wohl, wenn auch in die falsche Richtung, bewegt. Daraus in Zeile 11 zu schlussfolgern, dass die „herrschende Politik sich nicht bewegt“, ist widersprüchlich.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.13.1.**

Antragsteller/innen: LV Sachsen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeilen 13-14** Satz „Und gemeinsame ... Verbündeten.“ **ersetzen** durch:  
„Und gemeinsame Gegeninteressen: Die der Superreichen, Konzerneigentümer und ihrer machtvollen Verbündeten.“

**Begründung:**

Die individuellen Personen sind nicht „die Gegner“, sondern die spezifischen Interessen in ihrer Funktion oder Stellung sind Gegeninteressen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.13.2.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, **Zeilen 13-14** „Wir zeigen, ... Verbündeten.“ **ersetzen** durch:

„Wir zeigen, dass es gemeinsame Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land gibt. Und gemeinsame Gegner. Dieses System im Interesse der Kapitaleigentümer steht den Interessen der Ausgebeuteten diametral gegenüber.“

**Begründung:**

Es mag für eine Partei, deren Fraktionsvorsitzende im Bundestag Bücher darüberschreibt, warum Gier scheiße aber Kapitalismus töfte ist, schwer zu verstehen sein, aber das „Kapital“ von Marx heißt aus guten Gründen „Das Kapital“ und nicht „Die Kapitalisten“ oder „Die Superreichen“.

Selbst wenn alle Superreichen von heute auf morgen all ihr Eigentum verschenken, so ändert es doch keinen Deut an den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus, dem die kapitalistische Gesellschaft beherrschenden Grundwiderspruch: die kapitalistische Aneignung und Ausbeutung der Arbeiterklasse, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.14.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 14** vor „gemeinsame“ **einfügen:**

„die Profiteure des kapitalistischen Wirtschaftens als [gemeinsame Gegner: ...]

---

**Antrag:** **Ä.A.1.15.1.**

Antragsteller/innen: KV Schwerin

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 15** vor „100 Jahre nach der deutschen Revolution,...“ **einfügen:**

„Nach der Oktoberrevolution 1917,“

**Begründung:**

Die Oktoberrevolution war die erste siegreiche Revolution mit sozialistischer Orientierung, eine Alternative zum kapitalistischen System. Die Novemberrevolution in Deutschland war eine ihrer Folgen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.15.2.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.09.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 15** nach „... Revolution,“ **einfügen:**

„100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland,“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

**Antrag:** **Ä.A.1.15.3.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, **Zeile 15** „100 Jahre nach ... wir daran“ **ersetzen** durch:

„170 Jahre nach der deutschen Revolution, 100 Jahre nach der Novemberrevolution und 99 Jahre nach Ausrufung der Münchner Räterepublik erinnern wir daran“

**Begründung:**

Marx wurde vor 200 Jahren geboren und in welchem Kausalzusammenhang steht dies mit der Tatsache, dass Gesellschaft von unten verändert wird? In keinem. Aber die deutsche Revolution von

1848/49, die Novemberrevolution von 1918 und die Münchner Räterepublik sind Beispiele für diese Tatsache.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.16.**

Antragsteller/innen: KV Schwerin

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeilen 16-17** „Von den vielen ... Hand nehmen.“ **ändern** in:

„Erfahrungen – positive wie negative - zu nutzen, ist unerlässlich für die Erarbeitung der Politik unserer Partei. Das gilt auch für die Erfahrungen aus der Geschichte der beiden deutschen Staaten. Viele Menschen, die sich mit den Gegebenheiten nicht mehr abfinden, wollen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.“

**Begründung:**

Das Ende der DDR war genauso eine Veränderung von unten, in einem friedlichen Prozess. Auch wenn die DDR untergegangen ist, so sollte unsere Partei die Erfahrungen aus der Geschichte beider deutscher Staaten in sich aufnehmen, gerade auch die Erfahrungen des Zusammenhalts einer Gesellschaft durch einen aktiven Sozialstaat und der Möglichkeit einer friedlichen Wende auf demokratischem Wege.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.18.**

Antragsteller/innen: AG Cuba Sí, Claudia Gerathewohl, Harri Grünberg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 18** am Ende **einfügen**:

„Und wir sagen deutlich: Wer eine Lösung der kapitalistischen Verwerfungen anstrebt, muss die Eigentumsverhältnisse verändern und den Kapitalismus überwinden. Wir wollen eine breite Mehrheit der Lohnabhängigen und der prekär Lebenden in diesem Land mit unserer Politik der sozialen Gerechtigkeit erreichen. Im Kampf gegen den Neoliberalismus benötigen wir breite Bündnisse, und DIE LINKE soll der Motor bei der Schaffung dieser Bündnisse werden.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.19.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35/36, **Zeilen 19 - 40 ersetzen** durch:

„Während die deutsche Wirtschaft Rekordgewinne macht, werden immer mehr Menschen u.a. durch Niedriglöhne, steigende Mieten und Armutsrenten ins Elend getrieben. Millionen von Arbeitslosen werden durch sinnlose Maßnahmen und Ein- Euro-Jobs gedemütigt und müssen wegen Hartz IV in einem der reichsten Länder der Welt um Almosen bei der Tafel betteln. In Krankenhäusern bedrohen die Geschäftsinteressen der Pharma- und Geräteindustrie sowie der privaten Betreiber das Leben ihrer Patienten durch Unterbesetzung, lange Wartezeiten und fehlerhafte oder unnötige Behandlungen. Tausende werden alleine aufgrund eingesparter Hygienemaßnahmen von Keimen getötet. Auch Ärztinnen und Krankenpfleger werden krank. In Pflegeeinrichtungen wird zugelassen, dass Menschen bis zu ihrem Lebensende vegetieren und das Personal durch Burnout verschleißt, weil Investoren nach fetter Rendite streben. Die Autoindustrie verpestet weiter mit hohen Gewinnen die Luft und raubt damit unzähligen Menschen die Lebenserwartung. Derweil sollen die Klimaziele und unsere Lebensgrundlagen zugunsten großer Konzerne geopfert werden. Geschäftemacherei und Austerität

töten und bedrohen die Existenz von immer mehr Menschen und der Reichtum konzentriert sich in immer weniger Händen: 8 Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Immer mehr Steuereinnahmen sollen in Aufrüstung statt in sozialen Fortschritt gesteckt werden. Das Geschäft mit den Rüstungsexporten boomt, gleichzeitig verstärkt die EU ihre Bemühungen um militärische und wirtschaftliche Expansion in alle Welt. Die Nato-Staaten drohen zunehmend skrupellos mit neuen Kriegen und dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Die Bundesregierung treibt diese Politik mit voran.

Und viele Menschen haben die Hoffnung aufgegeben, dass ihre Interessen im Mittelpunkt von politischen Entscheidungen stehen. Darin besteht die Krise des parlamentarischen Systems.“

**Begründung:**

Es geht weltweit um die Herstellung des Sozialen in Gegnerschaft zur Steigerung der Profite.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.25.1.**

Antragsteller/innen: KV Köln, Matthias W. Birkwald (MdB)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 25-26** Satz „46 ...Weltbevölkerung.“ **ändern** in:

„42 Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.“

**Begründung:**

In der Quelle lautet der Text: „Nach den aktuellsten Informationen verfügten im Jahr 2017 nur 42 Personen über den gleichen Reichtum wie die ärmsten 3,7 Milliarden Menschen auf der Welt.“ Siehe <https://www.oxfam.de/blog/oxfams-zahlen-sozialer-ungleichheit-so-haben-gerechnet>. Auf der aktuellen Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt finden sich unter den ersten 42 Plätzen auch einige wenige Frauen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.25.2.**

Antragsteller/innen: dielinke.SDS

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeilen 25 – 26** „46 Männer“ **ändern** in:

„8 Männer [besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.]“

**Begründung:**

Die soziale Ungleichheit ist krass.

Nach der Studie von Oxfam besitzen die 8 reichsten Milliardäre so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung: <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2017-01-16-8-maenner-besitzen-so-viel-aermere-haelfte-weltbevoelkerung>

---

**Antrag:** **Ä.A.1.36.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 36** nach „Regierung“ **einfügen**:

„[Diese Regierung] will und [wird daran nichts ändern.]“

**Antrag:** **Ä.A.1.37.**

Antragsteller/innen: Kommunistische Plattform, Cuba Sí u. a. (siehe Ä.A.1.8.)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeile 37** den Satz „Die Regierung ändert daran nichts.“ **ändern** in:  
„Die in erster Linie Kapitalinteressen bedienende Regierung ändert daran nichts.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.41.**

Antragsteller/innen: Kommunistische Plattform, Cuba Sí u. a. (siehe Ä.A.1.8.)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, in **Zeilen 41-42** den Satz „Tatsächlich werden an keiner Stelle die Voraussetzungen des neoliberalen Kapitalismus verschoben.“ **ersetzen** durch:  
„Tatsächlich läuft alles weiter im Interesse der Profitmaximierung.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.42.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeilen 42** „neoliberalen“ **streichen**

**Begründung:**

Die mit dem Satz implizierte Behauptung, mit dem Neoliberalismus sei das Böse über die Welt gekommen, impliziert, dass es vorher einen guten Kapitalismus gab. Das ewige Wiederholen des Falschen macht es nicht zur Wahrheit. Der Neoliberalismus muss bekämpft werden, wir wollen aber nicht nur ihn, sondern den Kapitalismus beseitigen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.51.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, in **Zeile 51** „bayerischen ...“ **ersetzen** durch: „CSU-bayerischen [Verständnis von Grund- und Freiheitsrechten]“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.52.**

Antragsteller/innen: AG Cuba Sí, Claudia Gerathewohl, Harri Grünberg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, in **Zeile 52** am Ende **einfügen**:

„Auch in der internationalen Politik findet ein Rechtsruck statt. Der Ton der Bundesregierung gegenüber Russland hat sich gefährlich verschärft. Statt Freundschaft mit Russland zu entwickeln, erklärt die Bundesregierung Russland zum Feind. DIE LINKE will eine Politik der gut nachbarschaftlichen Beziehungen zu Russland entwickeln, die beiderseitigen Interessen ausgleichen und die Entspannung in den gegenseitigen Beziehungen befördern.“

**Antrag:** **Ä.A.1.53.**

Antragsteller/innen: KV Köln, Matthias W. Birkwald (MdB)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, in **Zeile 53 und 54** vor „Mindestlohn“ **einfügen:**

„gesetzlicher“ bzw. „gesetzlichen“

**Begründung:**

Es gibt derzeit 13 Branchenmindestlöhne. Gemeint ist hier der gesetzliche Mindestlohn. Dann muss man das auch so schreiben, damit eine Verwechslung ausgeschlossen wird.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.55.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, in **Zeile 55** „gute Arbeit“ **ersetzen** durch „nicht-prekäre Arbeit“

**Begründung:** Das ist an dieser Stelle erklärender.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.64.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, in **Zeile 64** „Deutschland, das starke Land in der EU“ **ersetzen** durch:

„Deutschland, die Hegemoniealmacht der EU“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.68.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, in **Zeile 68** nach „zementiert werden“ **einfügen:**

„ , es bleibt bei zu geringen Investitionen in die öffentliche und soziale ökologische Infrastruktur“

**Begründung:** Der Halbsatz ist eine Präzisierung der Folgen der schwarzen Null.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.74.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, in **Zeile 74** „Was die Regierung ... warme Worte.“ **ersetzen** durch:

„Was die Regierung plant, ist auf die Lösung dieser Probleme nicht ausgerichtet. Die Große Koalition dient ihre Politik den Reichen und Mächtigen an.“

**Begründung:** Streichung und Einfügung stellen präziser den Kern der Politik der GroKo heraus.

**Antrag:** **Ä.A.1.75.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, in **Zeile 75** „Manche“ **ersetzen** durch:

„Diese [müssen sich keine Sorgen machen: ...]“

**Begründung:** Die Unterstützung der Großunternehmen etc. ist durchgängig.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.78.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 36, **Zeilen 78-79** „Durch das politische ... Veränderungswille.“ **ersetzen** durch:

„Die Regierungspolitik ist geprägt durch den Geist von Anpassung und Akzeptanz der Gegebenheiten: Nirgendwo sind Visionen, oder gar Veränderungswille erkennbar.“

**Begründung:**

Zum politischen System gehört auch DIE LINKE, dass wir keine Visionen oder Veränderungswillen besitzen, wäre neu.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.85.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, am Ende von **Zeile 85 einfügen:**

„Die neue alte Bundesregierung beabsichtigt die Fortsetzung sozialer Verbrechen, kultureller Verelendung, Entdemokratisierung und Militarisierung.

Doch wir können das ändern. Wenn die massenhaft verbreiteten und weiter verbreitbaren Überzeugungen für soziale Gerechtigkeit, Frieden und alltägliche Fairness öffentlich artikuliert, in Protesten, Initiativen und Aktionen zum Ausdruck gebracht werden; wenn alle sich verstärkt für ihre gemeinsamen Ansprüche für eine bessere Welt zusammenschließen und dafür kämpfen, dann ist dies bereits ein wesentlicher Teil des notwendigen politischen Richtungswechsels. Dafür kommt es auf jede und jeden Einzelnen an.“

**Begründung:**

„Das Sichere ist nicht sicher. / So, wie es ist, bleibt es nicht. / Wenn die Herrschenden gesprochen haben, / Werden die Beherrschten sprechen. [...] Und aus Niemals wird: Heute noch!“  
(B. Brecht: Lob der Dialektik)

---

**Antrag:** **Ä.A.1.88.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 88** nach „zeugen“ **einfügen** „beispielhaft“

**Begründung:**

Wohnungsmarkt und Pflege sind wirklich nur zwei Beispiele der verheerenden kapitalistischen Logik.

**Antrag:** **Ä.A.1.91.1.**

Antragsteller/innen: KV Köln, Matthias W. Birkwald (MdB)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 91** „Werkverträge“ **ersetzen** durch:  
„den Missbrauch von Werkverträgen“

**Begründung:**

Werkverträge gibt es seit dem Jahr 1900 im Arbeitsrecht. Ein Werkvertrag ist laut Wikipedia ein Typ privatrechtlicher Verträge über den gegenseitigen Austausch von Leistungen, bei dem sich ein Teil (Unternehmer) verpflichtet, ein Werk gegen Zahlung einer Vergütung (Werklohn) durch den anderen Vertragsteil (Besteller) herzustellen. In Deutschland sind Werkverträge in § 631 ff. BGB geregelt. In diesen Fällen schuldet der Werkvertragnehmer/die Werkvertragnehmerin ein Werk, also zum Beispiel eine gestrichene Wohnung, ein gemaltes Bild, ein wissenschaftliches Gutachten, einen Auftritt als Schauspielerin oder Kabarettist. Uns LINKEN geht es aber um den Missbrauch von Werkverträgen, bei dem Menschen, die de facto weisungsgebunden beschäftigt werden, dies aber zu deutlich schlechteren Konditionen als die Stammebelegschaft, die zum Teil dieselbe Arbeit verrichten. In manchen Betrieben gibt es eine gut verdienende Stammebelegschaft, schlecht verdienende Leiharbeiter\*innen und extrem niedrig verdienende Werkverträger\*innen. Diese Diskriminierung und Ungerechtigkeit ist gemeint. Wir wollen nicht den oben Genannten ihre Existenzgrundlage nehmen (und zudem die Leiharbeit regulieren und perspektivisch abschaffen).

---

**Antrag:** **Ä.A.1.91.2.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 91** nach „Normalarbeitsverhältnis;“ **einfügen:**

„Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle – und zwar für alle! Wir streiten deshalb für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, in der alle Tätigkeiten und Bedürfnisse zu ihrem Recht kommen und nicht die Erwerbsarbeit allein den Takt vorgibt;“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.92.**

Antragsteller/innen: BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 92** nach „Erhalt“ **einfügen:**

„und Neubau [von Sozialwohnungen ...]“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.93.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, **Zeilen 93-94** „...und Pflegeeinrichtungen ... werden.“ **ersetzen** durch:

„...und dafür, dass Wohnungsbauunternehmen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen Markt und Profitstreben entzogen und am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet werden.“

**Begründung:**

Der neue Satz sagt eindeutig, dass wir wollen, dass Wohnungsbauunternehmen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen dem Markt und Profitstreben entzogen werden. Damit sind wir automatisch dagegen, dass sie an die Börse kommen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.94**

Antragsteller/innen: LV Sachsen-Anhalt, Kerstin Eisenreich

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 94** nach „...ausgerichtet werden.“ **einfügen:**

„Wir kämpfen dafür, dass die Lebensbedingungen im ländlichen Raum verbessert werden.“

**Begründung:**

Der im Grundgesetz festgeschriebene Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land muss für uns das Maß der Dinge bleiben. Die Menschen im ländlichen Raum fühlen sich nicht nur abgehängt, sondern sind es aufgrund der fortwährenden Verschlechterung der Daseinsvorsorge auch.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.101.**

Antragsteller/innen: LV Sachsen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeilen 101-102** den Satz „Es begann die Erschütterung der Politik insgesamt.“ **streichen.**

**Begründung:**

Das Gerede von „der Politik“ sollten wir tunlichst unterlassen. „Die Politik“ als solche kann nicht erschüttert werden.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.111.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 111** vor „Mehrheit“ **einfügen** „rechnerische“

**Begründung:** Es war nie eine politisch, inhaltliche Mehrheit

---

**Antrag:** **Ä.A.1.113.1.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 113** nach „... Mehrheiten kämpfen“ **einfügen:**

„ , in denen ihr gemeinsames Interesse an einer sozialen, ökologischen und friedlichen Perspektive zum Ausdruck kommt.“

**Antrag:** **Ä.A.1.113.2.**  
Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 113** nach „Mehrheiten kämpfen“ **einfügen:**

„... und die Initiative ergreifen, damit die bereits vorhandenen gesellschaftlichen Mehrheiten gegen Militarisierung und für zivile Konfliktklärung, gegen die stetig wachsende soziale Ungleichheit und für die Besteuerung des großen Reichtums, gegen Hartz IV und für soziale Verbesserung, gegen Austerität und für internationale Solidarität vermehrt zum Ausdruck und öffentlich zur Geltung gebracht werden.“

**Begründung:**

Für entscheidende politische Notwendigkeiten gibt es bereits gesellschaftliche Mehrheiten, sie müssen jedoch zur Geltung gebracht werden. Dazu gehört als allererstes, diese Mehrheiten zu benennen, um zu ermuntern, dass die entsprechenden Auffassungen auch vertreten werden.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.114.**  
Antragsteller/innen: LV Sachsen-Anhalt, Kerstin Eisenreich

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 114** „im Parlament“ **ersetzen** durch:

„in den Parlamenten, egal ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene“

**Begründung:**

Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten zur Umsetzung linker Politik, Ziele und Inhalte ist auf allen Ebenen erforderlich, sowohl im Bund als auch in Ländern und Kommunen. Ohne diese Mehrheiten ist auch eine Umsetzung linker Kommunalpolitik nicht möglich.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.120.**  
Antragsteller/innen: LV Berlin

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 120** nach „großen“ **einfügen:**

„[großen] privaten [Wohnungsbau-Unternehmen]“

**Begründung:**

Öffentliche Wohnungs(bau)-Unternehmen sind in Berlin unsere stärkste Waffe im Kampf gegen hohe Mieten und Verdrängung.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.122.**  
Antragsteller/innen: Feministische Offensive

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 122** nach „Frauen“ **einfügen:**

„und ihr Recht auf sexuelle Selbstbestimmung“

**Begründung:**

Aktuell finden nicht nur in Deutschland, sondern in vielen anderen Ländern der Welt Auseinandersetzungen um das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche statt. Neben den Protesten gegen Gewalt an Frauen und für gleiche Löhne und die Aufwertung von Pflege- und Erziehungsberufen, sind sie die mit am stärksten und erfolgreichsten geführten Kämpfe. Dieser Tatsache wollen wir Rechnung tragen, indem wir sie namentlich herausstellen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.124.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 124** nach „... Rassismus“ **einfügen:**

„ , Sexismus“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.125.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 125 - 126** den Satz „Sie füllen ... klaffen.“ **ändern in:**

„Sie verwirklichen alltäglich praktische Solidarität.“

**Begründung:**

Der Kern der Linken sind die Arbeiterbewegung und andere progressive Bewegungen mit der Perspektive einer anderen Gesellschaft. Das ist mehr als das Flicker eines immer schon ungenügenden Sozialstaats.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.126.1.**

Antragsteller/innen: BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeilen 126-127** den Satz „Aus diesen Bewegungen sind wir entstanden, sie sind in unsere DNA eingeschrieben.“ **ersetzen** durch:

„Diese Bewegungen waren immer unsere engen Bündnispartner.“

**Begründung:**

DIE LINKE ist 2007 aus den Parteien PDS und WASG entstanden, die eng mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zusammenarbeiteten.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.126.2.**

Antragsteller/innen: LV Berlin

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 126** vor „aus diesen“ **einfügen:**

„Auch [aus diesen Bewegungen ...]“

**Begründung:**

Entstanden ist DIE LINKE zuallererst aus PDS und WASG als organisierten Parteien. Zweifelsohne gehören die sozialen Bewegungen seit Gründung zu unserer DNA, aber zu sagen, dass unsere Partei (nur) aus diesen entstand, ist historisch nicht korrekt.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.129.1.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeilen 129 - 130** den Satz „Dann können wir auch wieder über linke Mehrheiten im Bundestag sprechen.“ **streichen**

**Begründung:**

Vom Kopf auf die Füße – linke Mehrheiten in den Parlamenten können dazu beitragen, die Verhältnisse in Bewegung zu bringen, aber das Parlament ist nicht die Pointe politischer Bewegung.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.129.2.**

Antragsteller/innen: Antikapitalistische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 129** aus dem Satz „Dann können wir auch wieder ...über ... Mehrheiten ... sprechen.“ **streichen:** „auch wieder“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.129.3.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 129** „Dann können wir auch wieder“ **ersetzen** durch:  
„Erst dann können wir ...“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.131.1.**

Antragsteller/innen: Antikapitalistische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 131** nach „Verhältnisse grundlegend.“ **einfügen:**

„Die EU steckt in der tiefsten Krise ihrer Existenz. Sie zerbricht an ihren inneren Widersprüchen, weil sie nie mehr als eine kapitalistische Union zur Sicherung der Profite gedacht war. Sie ist deshalb nicht, wie vielleicht von einigen ihrer ArchitektInnen gewünscht, zu einer Hoffnung für die Menschen geworden, sondern wird immer mehr als eine Bedrohung gesehen und erfahren.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.131.2.**

Antragsteller/innen: KV Kassel-Stadt

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 131** nach „grundlegend.“ **einfügen:**

„Die EU steckt in der tiefsten Krise ihrer Existenz. Sie droht an ihren inneren Widersprüchen zu zerbrechen, weil sie immer in erster Linie als eine kapitalistische Union zur Sicherung der Profite gedacht war. Sie ist deshalb nicht zu einer Hoffnung für die Menschen geworden, sondern wird immer mehr als eine Bedrohung gesehen und erfahren.“

---

**Antrag:** **Ä.A. 1.133.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A. 1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 37, in **Zeile 133** nach „... Rassismus“ **einfügen:**

„ , für Antifeminismus und Sexismus“

**Begründung wie Ä.A. 1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A. 1.137.**

Antragsteller/innen: BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 137** den Teilsatz „Die gesellschaftlichen ... andere Politik,“ **ändern** in:

„Die gesellschaftlichen und politischen Umbrüche erfordern dringend eine andere, antikapitalistische Politik,“

**Begründung:**

Im Satz davor wird bereits auf die Möglichkeit einer alternativen gesellschaftlichen Entwicklung hingewiesen. Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbrüche sind mit dem Abbau des Sozialstaats und von Arbeitnehmerrechten sowie der Militarisierung der Außenpolitik verbunden. Sie erfordern eine gesellschaftliche Opposition, die für eine grundlegende Alternative zu diesen Entwicklungen eintritt. Die Formulierung im Leitantrag „bieten auch die Chance“ ist zu beliebig.

---

**Antrag:** **Ä.A. 1.138.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A. 1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 138** nach „... demokratische,“ **einfügen:**

„gleichberechtigte,“

**Begründung wie Ä.A. 1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A. 1.139.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A. 1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 139** „und rassistische Politik“ **ändern** in:

„ , rassistische und sexistische Politik“

**Begründung wie Ä.A. 1.9.2.**

**Antrag:** **Ä.A.1.140.**

Antragsteller/innen: LV Sachsen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 35, in **Zeilen 140-142** die Sätze „Das wird ... streiten“ **ersetzen** durch:

„Das wird nur gelingen, wenn wir eine echte, partizipative und attraktive gemeinsame politische Plattform schaffen und die Zersplitterung der Linken in Europa überwinden. DIE LINKE wird für eine vereinte europäische Linke streiten. Dabei müssen wir auch die bisherige Struktur und Funktionsweise der Europäischen Linkspartei (EL) kritisch reflektieren. Die EL sollte sich von einem Dachverband linker Parteien in Europa zu einer echten gemeinsamen europäischen Mitgliederpartei wandeln.“

**Begründung:**

Die EL, wie sie jetzt ist, ist mehr ein Dachverband recht loser verbundener Parteien. Es gibt kein echtes Mitgliederleben, die EL ist für die allermeisten Mitglieder ihrer Mitgliederparteien nicht sichtbar, nicht greifbar und nicht gestaltbar. Das muss sich ändern.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.142.**

Antragsteller/innen: BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 142** nach „europäische Linke“ **einfügen und ändern** in:

„DIE LINKE wird für eine vereinte europäische Linke und für eine sozialistische Alternative kämpfen, die für neue Verträge und damit für eine grundlegend andere, eine friedliche, soziale und ökologische Europäische Union eintritt.“

**Begründung:**

DIE LINKE in Europa kann nur stark werden, wenn sie offensiv für die Revision der europäischen Verträge eintritt und für ein neues, solidarisches und friedliches Europa streitet.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.143.1.**

Antragsteller/innen: Murat Yilmaz, Katharina Löber, Beate Knoll (alle KV Köln)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 143** nach „Die Rechten“ **einfügen** „und Konservativen“

**Begründung:**

Die Rechten stehen mit diesem Weltbild nicht alleine da, deshalb auch der Zusatz "... und Konservativen...". Heute können wir Konservative kaum mehr von den Rechten unterscheiden, da sie das gleiche Profil aufweisen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.143.2.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 143** nach „Nicht-Deutsche,“ **einfügen:**

„die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe, sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten,“

**Antrag:** **Ä.A.1.144.**

Antragsteller/innen: BAG DIE LINKE. queer

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 144-145** die Wörter „oder unterschiedlicher Lebensentwürfe.“ **ersetzen** durch:

„, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität oder unkonventioneller Lebensentwürfe.“

**Begründung:**

Die Aufzählung ist damit umfassender. Zudem entfällt die sprachliche Doppelung „unterschiedlicher“.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.145.1.**

Antragsteller/innen: Murat Yilmaz, Katharina Löber, Beate Knoll (alle KV Köln)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 145** nach „Lebensentwürfe“ **einfügen** „und gegen LGTB-Personen“

**Begründung:**

Nicht zu vergessen ist die Ergänzung mit dem Zusatz "... und gegen LGTB-Personen.", die von Rechten und Konservativen stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Da sie dem konservativen Familienbild nicht entsprechen, sind sie umso mehr Opfer der Rechten und Konservativen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.145.2.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 145** „und gegen soziale Gerechtigkeit“ **ändern** in:

„ , gegen soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung von Mann und Frau“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.145.3.**

Antragsteller/innen: Murat Yilmaz, Katharina Löber, Beate Knoll, Werner Eggert  
(alle KV Köln)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeilen 145 - 147** die Sätze „Sie finden Unterstützung ... verbessern würden“ **ersetzen** durch:

„Sie finden Unterstützung bei denen, die ihre Abschottungspolitik teilen, weil sie denken, dass ihnen was weggenommen wird. Durch Waffenexporte und fragwürdige, völkerrechtswidrige Militäreinsätze besteht die Gefahr, dass der Terror nach Hause importiert wird. Deshalb sind die Sicherheitsfragen zu den wichtigsten Fragen unserer Gesellschaft geworden, wo der Rechtsruck durch Ressentiments und demagogischer Stigmatisierung Zuspruch erhält. Leider wissen nur die Wenigsten, dass die Rechten auf der Seite der mächtigen Konzerne und Unternehmer/-innen stehen und deren neoliberalen Kurs verfolgen und sich dadurch die Lebensgrundlage der Menschen auch nicht verbessern werden wird.“

**Begründung:**

Die Aussage mit der Begründung "... radikalisierten Neoliberalismus..., weil sie sowieso auf der Gewinnerseite stehen." ist missverständlich und falsch formuliert, da niemand die Rechten wegen ihres radikalen Neoliberalismus unterstützt, sondern wegen ihrer Abschottungspolitik und der "Zuerst Wir"-Politik. Der Kurs des Neoliberalismus wird grundsätzlich von Rechten und von etablierten Parteien bewusst verdeckt und nicht erkennbar geführt.

---

**Antrag:** **Ä. 1.149.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 149** am Ende **einfügen**:

„Die Umsetzung von rassistischen Stammtisch-Parolen gegen Geflüchtete, besonders von CDU/CSU, in reale Politik sowie die alltägliche Hetze in den Medien gegen Geflüchtete führen uns aber auch ständig vor Augen: Rassismus ist kein Randgruppenphänomen oder beschränkt auf eine vermeintlich isolierte, extremistische Minderheit in der Gesellschaft. Rassismus, antidemokratisches Denken und Ungleichheitsideologien sind offenkundig tief in der Mitte der Gesellschaft verankert.“

---

**Antrag:** **Ä.A. 1.150.1.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A. 1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 150** „und Rassismus“ **ändern** in:

„ , Rassismus und Sexismus“

**Begründung wie Ä.A. 1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A. 1.150.2.**

Antragsteller/innen: KV Köln

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 150** „Nährboden von sozialer Kälte und Rassismus“ **ersetzen** durch:

„Nährboden von Ausbeutung, Krieg und Hunger“

**Begründung:**

Soziale Kälte und Rassismus sind Symptome. Grundlagen des Erfolgs der Rechten sind deren Ursache, i.e. Ausbeutung, Krieg und Hunger.



**Antrag:** **Ä.A.1.160.1.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 160 ersetzen** durch:

„Wer die Rechten bekämpfen will, darf ihren Forderungen und ihre Redeweisen nicht übernehmen oder ihnen gar nachgegeben.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.160.2.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 160** „ihren Redeweisen nicht nachgegeben“ **ändern** in:

„ihre Redeweisen nicht übernehmen“

**Begründung:** Sprachlich präziser

---

**Antrag:** **Ä.A.1.160.3.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 160** am Ende der Zeile **einfügen**:

„Linke dürfen sich nicht dazu verführen lassen, sich den rechten Interpretationsmustern auch nur im Geringsten anzupassen.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.161.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Bezirksmitgliederversammlung Hamburg-Mitte

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 161** den Satz „Ganz im Gegenteil, wir müssen dagegenhalten.“ **ersetzen** durch:

„Ganz im Gegenteil, wir greifen ihr sozialdarwinistisches Menschenbild mit unserer stärksten Waffe an: dem Argument. Wir attackieren, wenn sie Menschen gegeneinander aufhetzen und Sündenböcke präsentieren wollen, um vom privaten Reichtum einiger Weniger und von der Armut der Vielen abzulenken.“

**Begründung:** Wer aufhalten, zurückdrängen und überwinden will, muss an die Wurzel gehen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.168.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 168** am Zeilenende **einfügen**:

„Schon in der Weimarer Republik hat solcherart Anpassung der bürgerlichen Parteien an Nazis nicht funktioniert und auch in keinem europäischen Land ist es gegenwärtig gelungen, die Wähler\*innen rechter Parteien „zurückzuholen“, indem ihrer Wut nachgegeben wurde. Schon gar nicht den Linken.“

**Antrag:**

**Ä.A.1.169.**

Antragsteller/innen:

Geraer Sozialistischer Dialog,  
Bezirksmitgliederversammlung Hamburg-Mitte

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeilen 169 - 172** „DIE LINKE ... Hoffnungslosigkeit.“ **ändern** in:

„DIE LINKE zieht hier eine klare Linie: Wir stellen uns dem Rechtsruck entgegen und treten ein für die umfassende Solidarität aller. Wir kämpfen gegen Rassismus und für die soziale Gleichheit aller Menschen. Wir kämpfen gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form von Rassismus: für den Internationalismus von Unten gegen Oben. Wir kämpfen gegen die sozialen Ursachen des Rechtspopulismus und gegen die neoliberale Hoffnungslosigkeit, für einen demokratischen, wirtschaftlich eingreifenden Sozialstaat, die emanzipatorische Bedeutung eines jeden Menschen und damit für Zuversicht und eine erfreuliche Entwicklung aller.“

**Begründung:**

Wir sind eine antifaschistische Partei und streiten für eine Alternative. Wir kämpfen für Verhältnisse, die den Rechten den Boden entziehen.

---

**Antrag:**

**Ä.A.1.170.1.**

Antragsteller/innen:

BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 170** „antimuslimischen Rassismus“ **ersetzen** durch:

„Islamophobie“

**Begründung:**

„Islamophobie“ ist der allgemein üblichere, verständlichere Begriff.

---

**Antrag:**

**Ä.A.1.170.2.**

Antragsteller/innen:

Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeilen 170 - 171** „und jeden anderen Rassismus“ **ersetzen** durch:

„und Antifeminismus, Antiziganismus und andere Ideologien der Ungleichheit wie Trans\*phobie, Homophobie, Ableismus usw.“

---

**Antrag:**

**Ä.A.1.171.1.**

Antragsteller/innen:

BAG DIE LINKE. queer

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 171** nach „... von Rassismus.“ **einfügen:**

„Wir kämpfen gegen die Versuche, Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität abzuwerten.“

**Begründung:**

LGBTTIQ gehören zu der Gruppe, die von AfD und Co. immer wieder und massiv diskreditiert wird, was sich unter anderem auch in den Kampagnen gegen vermeintliche „Frühsexualisierung“ und die „Demo für alle“-Bewegung zeigt.

**Antrag:** **Ä.A.1.171.2.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 171** nach „... Rassismus.“ **einfügen:**

„Wir kämpfen gegen Sexismus und Antifeminismus.“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.172.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Bezirksmitgliederversammlung Hamburg-Mitte

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeilen 172** vor „Gegen die Lügen ...“ **einfügen:**

„Wir kämpfen gegen den Antikommunismus und für die Aktualität der Aussicht auf eine Gesellschaft ohne Konkurrenz und Ausbeutung, ohne Unterdrückung und Entwürdigung, eine Gemeinschaft der Gleichen und der Freien.“

**Begründung:**

Rechts ist Reaktion - was alle rechten Kräfte seit dem 20. Jh. überall in der Welt eint, ist der Antikommunismus. Auch den greifen wir an.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.173.**

Antragsteller/innen: BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 173** am Ende **einfügen:**

„Die weitverbreitete antirussische Stimmungsmache in der hiesigen Politik und in den Massenmedien nehmen wir ebenfalls nicht hin.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.174.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 174** „DIE LINKE hat ... die Politik ...“ **ändern in:**

„DIE LINKE hat ... ihre Politik ...“

**Begründung:** Sprachlich präziser

---

**Antrag:** **Ä.A.1.176.**

Antragsteller/innen: KV Köln

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 176** nach „Konfliktlösungen.“ **einfügen:**

„Wir fordern die Anerkennung von Umweltzerstörung, Hunger, land grabbing und Freihandelsabkommen als Fluchtursachen.“



**Antrag:** **Ä.A.1.180.2.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 180** „,, faires“ **streichen**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.181.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeilen 181 - 182** Satz „Statt ... zusammenführen.“ **ändern** in:

„Abschiebung lehnen wir ab. Wir wollen Bleiberechte für Menschen, und statt Familien auseinanderzureißen, wollen wir sie zusammenführen.“

**Begründung:** Klar und eindeutig.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.183.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 183** „in Deutschland“ **streichen**

**Begründung:**

Zum einen geht es gerade in der Auseinandersetzung um Flüchtlingssolidarität und Migration um soziale Verbesserungen überall und zum anderen helfen z. B. höhere Löhne in der BRD auch bei den Kämpfen um bessere Arbeitsbedingungen in Griechenland oder Südost-Asien.

---

**Antrag:** **Ä.1.184.**

Antragsteller/innen:

Fabio De Masi (MdB, LV Hamburg), Sevim Dagdelen (MdB, LV NRW), Simin Falsafi (Sprecherin BAG Migration, Integration & Antirassismus), Edgar Zitelmann (Sprecher BAG Migration, Integration und Antirassismus), Jan Marose (LV Berlin), Malte Heidorn (LV Brandenburg), Camila Cirlini (Delegierte KV Gütersloh, LV NRW), Constantin Braun (LV Hamburg), Hannes Fauser (LV Berlin), Julia Müller (Delegierte, LV Berlin), Klaus Hering (LV BaWü), Christian Petermann (Delegierter, LV Berlin) Hans-Georg Pütz (KV Bielefeld, LV NRW), Carsten Strauch (KV Bielefeld, LV NRW), Hans Thie (LV Berlin), Roman Veressov (LV Berlin), BV Tempelhof-Schöneberg, OV Calw/Nagold

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 184** nach „... Bildung und Arbeit.“ **einfügen:**

„Um die Verwerfungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen und eine soziale Offensive für Alle sowie gute Integration der Geflüchteten gerecht zu finanzieren, fordern wir Steuergerechtigkeit durch eine höhere Besteuerung bei hohen Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Konzerngewinnen sowie überdies eine zeitlich befristete Vermögensabgabe für Superreiche nach dem Vorbild des Lastenausgleichs nach dem 2. Weltkrieg. Umverteilung wäre auch ein echter "Flucht-Soli" der Quandts und Klattens dieses Landes!“



**Antrag:** **Ä.A.1.200.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 200** nach „... um die Ecke“ **einfügen:** „ , Frauen und Männer“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.201.**

Antragsteller/innen: Kommunistische Plattform, Cuba Sí u. a. (siehe Ä.A.1.8.)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 201** „in der Entwertung von Arbeit,“ **ersetzen** durch:

„im Widerspruch von Kapital und Arbeit,“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.203.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 203 - 205** „Sie sind ... hergestellt werden.“ **ersetzen** durch:

„Sie sind Ergebnisse der neoliberalen Politik der vergangenen 25 Jahre, mit der soziale Errungenschaften der Arbeiterbewegung aufgekündigt wurden und welche einen brutalen Klassenkampf von Oben eröffnete.

Dagegen muss eine soziale und demokratische Gesellschaft erkämpft werden.“

**Begründung:**

Zu den Grundfesten der BRD-Gesellschaft von Adenauer bis heute gehört wesentlich das Privateigentum an Produktionsmitteln mit allen dazugehörigen politischen Restriktionen. Seine „sozialstaatlichen“ Regeln wurden gegen Widerstände erkämpft und bei nächster Gelegenheit mit dem „Neoliberalismus“ entsorgt, als die Herrschenden den sozialen Widerstand der Arbeiterbewegung als geschwächt vorfanden.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.205.1.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 205** nach „... sozialen“ **einfügen:** „ , und gleichberechtigten“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.205.2.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 38, in **Zeile 205** „Diese Grundfesten ...“ **ändern** in „Die Grundfesten ...“

**Begründung:**

Sprachlich präziser, da es auch um neue Grundfesten geht, der gedankliche Rekurs auf die Zeit vor 25 Jahren reicht nicht aus.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.207.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 207 - 210** „Wir wissen ... zu haben.“ **ändern** in:

„Wir wissen, dass die Löhne nur ausreichend und für alle steigen, wenn die Menschen sich wehren, damit niemand Angst vor Hartz-IV-Sanktionen, Kündigung oder Ausweisung zu haben muss.“

**Begründung:**

Löhne steigen, wenn es Lohn- und Arbeitskämpfe gibt. Wir müssen gemeinsam kämpfen, damit die Restriktionen überwunden werden können.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.209.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 209** nach „gutes“ **einfügen:** „gesichertes, armutsfestes [Leben...]“

**Begründung:** Präzisierung, was zu einem guten Leben gehört

---

**Antrag:** **Ä.A.1.210.1.**

Antragsteller/innen: KV Stuttgart

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeilen 210-211** den Satz „Dass Wohnen ... eingedämmt wird.“ **ändern** in:

„Dass Wohnen nur bezahlbar wird, wenn die Mieten sinken und ausreichend in sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau investiert und die Spekulation eingedämmt wird.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.210.2.**

Antragsteller/innen: LV Berlin

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in den **Zeilen 210-211** den Satz „Dass Wohnen ...eingedämmt wird.“ **ändern** in:

„Dass Wohnen auf Dauer nur bezahlbar wird, wenn die Mieten sinken und ausreichend in sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau investiert und langfristig Wohnen als Grundrecht dem privaten Profit entzogen wird.“

**Begründung:**

Wohnen darf nicht privatwirtschaftlich organisiert sein. Diese Erkenntnis zeigt sich erst recht, seitdem seit einigen Jahren insbesondere Grundstücksspekulation und hochwertiger Wohnungsbau als lukrative Anlagestrategie entdeckt und entwickelt wird.

**Antrag:** **Ä.A.1.210.3.**

Antragsteller/innen: Antikapitalistische Linke, wortgleich KV Kassel-Stadt

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeilen 210-211** den Satz „Dass Wohnen ... eingedämmt wird.“ **ersetzen** durch:

„Dass Wohnen nur dann bezahlbar wird, wenn die Wohnungswirtschaft der Kontrolle der privatkapitalistischen Immobilienwirtschaft entzogen wird, die Kommunen selber preisgünstige Wohnungen bauen und das Mietniveau durch Einführung einer rein kostendeckenden Miete massiv gesenkt wird.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.213.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, **Zeile 213** nach „... schwarze Null fallen.“ **einfügen:**

„Wir werden durch unser Reden und Handeln deutlich machen, dass es einen progressiven Teil der Gesellschaft gibt, der sich gegen Rassismus engagiert, der dort aber nicht Halt macht, sondern bessere Bedingungen für alle fordert. Wir stellen uns sowohl der Regierungspolitik als auch Prekarisierung, Wohnungsmangel, Rassismus, Sexismus und Perspektivlosigkeit entgegen. Wir sehen uns als Teil einer Gegenbewegung, die sowohl gegen die AfD und gegen die künftige Regierung kämpfen wird. Denn wir sind uns sicher: Je stärker es gelingt, die Themen Armut/Reichtum sowie Rassismus und Sexismus als politische Inhalte zu etablieren, desto erfolgloser wird die AfD mit ihren Kampagnen gegen Gleichberechtigung der Geschlechter, gegen bestimmte Religionen, gegen Arbeitnehmer\*innenrechte und gegen Geflüchtete sein. Dabei geht es nicht darum, ehemalige AfD-Wähler\*innen nach links zu ziehen, sondern darum, die allgemeinen Koordinaten, nach denen Konflikte gedeutet wurden, zu verschieben und den Anspruch auf Protest mit linken Positionen wieder glaubhaft zu untermauern.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.214.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A. 1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 214** nach „... soziale,“ **einfügen:** „gleichberechtigte,“

**Begründung wie Ä.A. 1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.215.**

Antragsteller/innen: Kommunistische Plattform, Cuba Sí u. a. (siehe Ä.A.1.8.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 215** „einen ganz neuen Weg“ **ersetzen** durch:

„der die Eigentumsfrage in den Fokus rückt“



einzubinden. Für Kreisverbände, z. B. in ländlichen Räumen mit einem Überangebot an Wohnungen, muss anstelle der Mietenfrage eventuell ein anderer Schwerpunkt gefunden werden, aber als Kampagne brauchen wir eine auf wenige Themen zugeschnittene Fokussierung.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.220.**

Antragsteller/innen: BV Treptow-Köpenick (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 220 einfügen:** Zeilen 271 – 278, sodass der bisherige Punkt 6 zu Punkt 1 wird.

**Begründung:**

Friedenspolitik war für DIE LINKE und ihre Vorgängerparteien immer konstitutiv. Sie begründete die Abspaltung der linken Kräfte aus der Sozialdemokratie des 1. Weltkrieges. Angesichts der unsicheren Weltlage, geprägt u.a. von einem irrational agierenden US-Präsidenten, der in sozialen Medien mit der Größe seines Atomknopfes prahlt, erscheint es sinnvoll, unser zuverlässiges Engagement für den Frieden, gegen Waffenexporte, die Militarisierung der EU und gegen den Krieg als Mittel der Politik an die erste Stelle unserer Kampffelder für die kommende Zeit zu stellen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.220.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 220 einfügen:** Zeilen 271 – 278, sodass der bisherige Punkt 6 zu Punkt 1 wird.

**Begründung:**

“When will they ever learn? / When will they ever learn?”  
(Bob Seeger, „Where have all the Flowers gone?“, 1955)

---

**Antrag:** **Ä.A.1.224.1.**

Antragsteller/innen: Feministische Offensive

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 224** „Und die Arbeit ...aufgewertet werden.“ **ersetzen** durch:  
„Sowohl die entlohnte als auch die nicht entlohnte Arbeit mit Menschen muss endlich aufgewertet werden.“

**Begründung:**

Frauen leisten den größten Anteil der entlohnten und nicht entlohnten Sorge- und Erziehungstätigkeiten. Nicht nur die entlohnte Arbeit wird schlecht bezahlt und erfährt wenig Anerkennung. Ebenso die nicht entlohnte Arbeit am und mit dem Menschen wird häufig abgewertet oder unsichtbar gemacht. Wir wollen auch die nicht entlohnte Arbeit mit dem Menschen sichtbar machen.

**Antrag:** **Ä.A.1.224.2.**

Antragsteller/innen: Feministische Offensive

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 224** am Ende der Zeile **einfügen:**

„Es geht ebenso um eine Umverteilung der Arbeiten – auch zwischen den Geschlechtern.“

**Begründung:**

Neben der Lohnarbeitszeitverkürzung muss es auch um eine Umverteilung der Arbeiten gehen. Wenn wir wollen, dass Frauen nicht mehr allein für den Großteil der Sorge-, Haushalts- und Erziehungstätigkeiten zuständig sind, muss es unser Ziel sein, Arbeit nicht nur umzuverteilen zwischen jenen, die zu viel arbeiten und denen die wenig oder gar nicht arbeiten können, sondern auch zwischen den Geschlechtern.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.224.3.**

Antragsteller/innen: BAG Betrieb und Gewerkschaft

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 224** nach „Tariferhöhungen.“ **einfügen:**

„Wir kämpfen gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen die zunehmende Tariffucht und für eine höhere Tarifbindung sowie die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen. Deshalb unterstützen wir die Beschäftigten unter anderem in Kämpfen bei Amazon, bei real und in vielen anderen Unternehmen, in denen Tariflöhne vorenthalten werden. Tarifverträge müssen endlich wieder für alle Beschäftigten gelten.“

**Begründung:**

Der Rückgang der Tarifbindung schwächt die Gewerkschaften, sorgt für prekäre Arbeitsverhältnisse und perspektivisch für Altersarmut. Auseinandersetzungen für die Anerkennung der Flächentarifverträge werden zunehmend härter und langwieriger. Diese Kämpfe können die Beschäftigten kaum noch nur durch Streikaktivitäten für sich entscheiden. Stattdessen braucht es breiten gesellschaftlichen Rückhalt für die Kolleginnen und Kollegen. Gerade hier ist DIE LINKE gefragt, dies zu organisieren. Bereits jetzt werden Soli-Bündnisse bei Amazon an einigen Standorten wesentlich von Genossinnen und Genossen der LINKEN mitorganisiert. Dies sollte verstetigt werden und auch wo möglich auf andere Auseinandersetzungen ausgeweitet werden. Darüber hinaus braucht es auch die parlamentarische Unterstützung, indem die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen endlich erleichtert wird und somit der gnadenlose Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten eingedämmt wird.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.225.**

Antragsteller/innen: Antikapitalistische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, **Zeilen 225 - 228 ersetzen** durch:

„2. Wir stehen nach wie vor an der Seite derer, die das menschenunwürdige Hartz IV-System abschaffen wollen. Wir bekennen uns auch weiterhin zu unserem Gründungskonsens „Hartz IV muss weg!“. Deshalb sagen wir auch unmissverständlich, dass uns eine Korrektur des Hartz IV-Systems nicht reicht, wie sie zzt. von mehreren Repräsentanten der SPD u.a. mit der Forderung nach einem „Solidarischen Grundeinkommen“ gefordert wird. Diese Scheinlösungen brechen grundsätzlich nicht mit Hartz IV als System, was von Anfang an für Massenverarmung und Lohndumping steht. Wir fordern deshalb einen radikalen Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der mit der

Agenda-Politik und dem Hartz IV-System bricht. Dazu gehört für uns unabdingbar: dass der versicherungsrechtliche Anspruch auf ALG I unbefristet ist, um grundsätzlich den Absturz in Hartz IV zu verhindern, dass die bisherigen Sperrzeiten und Sanktionen im SGB II und SGB III bedingungslos abgeschafft werden, dass eine Mindestsicherung bei Arbeitslosigkeit und Grundsicherung im Alter von mindestens 1050 € erfolgt und dass insbesondere eine einheitliche Arbeitsförderung geschaffen wird, die das bisherige „Zwei-Klassen-System“ in den beiden Rechtskreisen SGB II und SGB III beseitigt.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.227.**

Antragsteller/innen: BAG Hartz IV

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 227** nach „sichert,“ **einfügen:**

„für eine sofortige Erhöhung des Regelsatzes auf 571,- Euro [und die schnellstmögliche Einführung ...]“

**Begründung:**

Natürlich wäre es schön, wenn wir die sanktionsfreie Mindestsicherung sofort einführen könnten. Mit dieser Forderung stehen wir jedoch alleine da.

Für die Forderung nach einer sofortigen Erhöhung des Regelsatzes auf 571 Euro gibt es ein breites Bündnis, bestehend aus dem Paritätischen, der Caritas und anderen Organisationen.

Dieses Bündnis sollten wir als Partei in Bewegung nutzen, um uns mit denen zu verbinden, die Ungleichheit bekämpfen und Armut abschaffen wollen.

Aus unserer Erfahrung mit Erwerbslosen und den unzähligen Gesprächen mit ihnen wissen wir, dass diese im ersten Schritt mit der Erhöhung des Regelsatzes auf 571 Euro ausgesprochen zufrieden wären.

Denn wenn man täglich ums nackte Überleben kämpfen muss, ist jeder Euro mehr viel willkommener als ein Festhalten an der Wunschvorstellung von Teilen unserer Partei von der sofortigen Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.229.1.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 229** nach „... Rassismus“ **einfügen:** „ , , Sexismus“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.229.2.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 229** „gerechte“ **ersetzen** durch „gerechtere [Teilhabe]...“

**Begründung:**

Im Kapitalismus werden wir zwar gerechtere Zustände erreichen können, für eine grundlegende Gerechtigkeit braucht es aber eine andere Gesellschaft.

**Antrag:** **Ä.A.1.239.**

Antragsteller/innen: Antikapitalistische Linke, wortgleich KV Kassel-Stadt

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 239** am Ende **einfügen**:

„DIE LINKE wird sich nicht an der Ausarbeitung eines Einwanderungsgesetzes beteiligen, da ein solches Gesetz im Kapitalismus immer in Nützlichkeits- und Verwertungsinteresses des Kapitals unterliegt und DIE LINKE es ablehnt, Menschen abzuschieben.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.242.1.**

Antragsteller/innen: Antikapitalistische Linke, in großen Teilen wortgleich KV-Kassel-Stadt

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeilen 242-245** den Satz „Wir kämpfen ...Sozialwohnungen entstehen.“ **ersetzen** durch:

„Wir machen deutlich, dass der kapitalistische Markt unfähig ist, die breite Mehrheit der Bevölkerung mit ausreichend und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Wir kämpfen dafür dass die Wohnungskonzerne wie VONOVIA und Deutsche Wohnen mit dem Ziel der drastischen Absenkung der Mieten durch Enteignung in öffentliches Eigentum überführt werden. Wir fordern, dass die Kommunen selber jährlich 250.000 Wohnungen mit Kaltmieten von maximal 5 Euro bauen. Dafür müssen auch Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden. Der immense spekulative Leerstand bei Wohnungen und den unbebauten erschlossenen Grundstücken muss durch Beschlagnahme und Enteignung nutzbar gemacht werden. Wir fordern, dass die Mieten durch Einführung einer rein kostendeckenden Miete stark reduziert werden und dem Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage entzogen werden.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.242.2.**

Antragsteller/innen: KV Kassel-Stadt

**Der Parteitag möge beschließen:**

**Im Antrag Ä.A.1.242.1. der AKL** die Sätze „Wir fordern, ... gestellt werden.“ **ersetzen** durch::

„Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum und dafür, dass der soziale und gemeinnützige Wohnungsbau auch nach 2019 in Bundesverantwortung weitergeführt wird, sodass jährlich 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen entstehen.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.245.1.**

Antragsteller/innen: BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 245** am Ende **einfügen**:

„Wir kämpfen für eine Neuausrichtung des Gewerbemietrechts, die neue soziale Schutzmechanismen für gemeinnützige Einrichtungen, wie z.B. Kitas, Stadtteil-, Familien- Kinder- und Jugendzentren vorsieht.“

**Begründung:**

Insbesondere die Entwicklung der Gewerbemieten im Berliner Innenstadtbereich bedroht wie auch in anderen Großstädten aktuell die Existenz von Kinder – und Jugendeinrichtungen. Weder Senat noch die Berliner Bezirke können dieser Bedrohung adäquat begegnen, da ihnen rechtliche Möglichkeiten

fehlen. Auch können die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften nicht in genügendem Maß Ersatzräume schaffen.

---

**Antrag:** **Ä.1.245.2.**

Antragsteller/innen:

Sevim Dagdelen (KV Bochum), Alexander Neu (KV Rhein-Sieg), Heike Hänsel (KV Tübingen), Fabio De Masi (LV Hamburg), Christan Leye (Landessprecher NRW), Harry Grünberg (Cuba Si), Martin Hantke (SprecherInnenrat BAG FIP), Alexander King (Sprecher BV Tempelhof-Schöneberg), Constantin Braun (LV Hamburg), KV Bochum, BV Tempelhof Schöneberg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, am Ende von **Zeile 245 einfügen:**

„Immobilienkonzerne wie Vonovia, Deutsche Wohnen und Co müssen enteignet werden, um eine weitere Explosion der Grundstücks- und Mietpreise zu verhindern. Erst wenn sich ein Großteil des Grund und Bodens wieder im Eigentum von Städten, Gemeinden oder Genossenschaften befindet, kann eine sinnvolle Wohnungspolitik betrieben werden. Wohnen ist ein Menschenrecht. Um die aktuelle Wohnungsnot zu überwinden muss der kommunale Wohnungsbau gestärkt, ein wirksamer Mietstopp verfügt und die öffentlich-rechtliche Sozialbindung ausgedehnt werden. Wir fordern einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit, die von 2014 – 2016 um 150% rasant gestiegen ist. Obdachlosigkeit muss durch den Neubau öffentlicher Wohnungen, die Umwandlung von Notwohnungen in unabhängige Apartments, sowie die Betreuung und Begleitung von Obdachlosen auf dem Weg zur eigenen Wohnung bekämpft und verhindert werden.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.248.**

Antragsteller/innen: KV Köln, Matthias W. Birkwald (MdB)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 248** „bedarfsgerechte [Personalbemessung]“ **ersetzen** durch:

„bedarfsdeckende [Personalbemessung]“

**Begründung:**

Was bedarfsgerecht sein soll, ist unklar. So, wie wir eine *bedarfsdeckende* sanktionsfreie Mindestsicherung fordern, sollten wir auch eine *bedarfsdeckende* Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fordern und nicht nur eine *bedarfsgerechte*.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.250.1.**

Antragsteller/innen: Gabriele Trost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, **Zeilen 250** „Wir kämpfen für eine Schule für alle und gute Bildung, die soziale Ungleichheiten bekämpft und nicht verstärkt.“ **ersetzen** und in Zeile 252 an den Anfang von Punkt 5 **einfügen:**

„5. Wir kämpfen für eine Schule für alle und gute Bildung, die soziale Ungleichheiten bekämpft und nicht verstärkt. Eine lebhafte Demokratie erfordert mündige Bürger. Um mündig zu werden, sind sie angewiesen auf freien Zugang zu Wissen bei unabhängigen Lehrern, Professoren, Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern, Journalisten und allen anderen, die die Informationsvielfalt für diese Menschen aufbereiten, darstellen und vermitteln. Diesen Leistungen muss die Gesellschaft mehr Wertschätzung entgegenbringen und besonders sie dürfen nicht länger der um sich greifenden

Verwertungslogik unterworfen sein. Wir bekennen uns konsequent zur Presse- und Meinungsfreiheit, zu staatlicher Transparenz und zur Netzneutralität. Wir wollen, dass Vernunft und Evidenz über Chauvinismus und Lügen siegen. Dafür muss nicht zuletzt die Kleinstaaterei in der Bildungspolitik enden.

Wir Linke fordern Veränderungen in der Schulstruktur. Dabei sind die Entwicklung des ländlichen Raumes, gute Lern- und Arbeitsbedingungen und die Umsetzung von abgestimmten Schulkonzepten wichtig. Wir kämpfen gegen den steigenden Personalmangel an den Schulen wie auch im Hort, denn Unterrichtsausfall führt zu Stress und verhindert gute Bildung. Barrierefreiheit in allen Schulen, adäquate Ausstattung und qualifiziertes Personal sind uns wichtig. Wir wollen für bessere Rahmenbedingungen für inklusive Schulen streiten. Wir Linke wollen die Betriebe, welche wieder zurückfinden zur dualen Ausbildung, durch intensive Beratung und Begleitung unterstützen. Wir werden auch ein landesweites Konzept zur Entwicklung der Berufsbildenden Schulen erstellen.“

**Begründung:**

Über kaum ein Thema wird so viel und so leidenschaftlich diskutiert wie über Bildung. Dies kommt in dem 4. Kampffeld m. E. zu kurz und ist zu unkonkret, da gute Bildung viel umfasst. Sie verspricht dem Einzelnen sozialen Aufstieg und wird als Universallösung beschworen für viele Herausforderungen, die unsere Gesellschaft bewältigen muss: demografischer Wandel, Krise der Demokratie, Wandel zur Wissensgesellschaft, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, internationale Wettbewerbsfähigkeit. Entsprechend groß ist das Spektrum der Erwartungen und Forderungen, die von Eltern, Schülern, Studenten, Lehrgewerkschaften, Wissenschaftlern, Wirtschaftsverbänden, Politikern und vielen mehr an die Bildungspolitik adressiert werden. Mehr denn je brauchen wir gemeinsame Vorstellungen für ein zukunftsfestes Bildungssystem. In diesem Änderungsantrag sollen die unzähligen Einzelthemen und Gesichtspunkte, die in aktuellen Diskussionen immer wieder auftauchen, in das 5. Kampffeld, eingefügt und somit in den Vordergrund zukünftiger politischer Arbeit gestellt werden.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.250.2.**

Antragsteller/innen: dielinke.SDS

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 250** nach „Schule für alle“ **einfügen:**

„für einen sozial offenen Hochschulzugang und Masterplatz-Garantie für alle [und gute Bildung ...]“

**Begründung:**

Es bedarf für den offen Zugang zur Bildung und die Realisierung des Grundrechts auf Berufswahl- und Ausbildungsstättenfreiheit (Artikel 12) mehr Studienplätze. In diesem Sinne muss der staatliche organisierte Studienabbruch nach dem Bachelor, da zur Konkurrenzerhöhung im Studium nicht ausreichend Masterplätze zur Verfügung gestellt, mit einer Masterplatz-Garantie für alle beendet werden.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.252.1.**

Antragsteller/innen: KV Köln, KV Gütersloh, LAG Tierschutz NRW

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, **Zeilen 252-270 ersetzen** durch:

5. „Wir wollen einen sozial gerechten ökologischen Umbau der Wirtschaft und einen wirksamen Klimaschutz. Investitionen in Bildung, Erziehung Gesundheit, Schutz der Natur und der Tierwelt, Infrastruktur und Digitalisierung verbessern den Alltag und schaffen Arbeitsplätze.“

Wir kämpfen für den Schutz des Klimas, der Umwelt und der Tiere, dem Erhalt der Biodiversität und für einen schonenden Umgang mit den vorhandenen Ressourcen; denn nur der ökologische Umbau unserer Wirtschaft ermöglicht eine nachhaltig wirksame Sozialpolitik. Klimaschutz und gesunde Ernährung dürfen keine Privilegien der Reichen sein. Wir kämpfen gegen ökologische Diskriminierung. Umwelt- und Klimaschäden dürfen nicht auf die ökonomisch schlechter gestellten Menschen, Minderheitengruppen oder Menschen in den Ländern des globalen Südens abgeschoben werden. Wir fordern eine innen- und außenpolitische Wende in der Umwelt- und Agrarpolitik und bekämpfen dadurch Armut, Krankheiten und Fluchtursachen.

Statt auf Exportüberschüsse und auf Gewinnmaximierung kapitalorientierter Unternehmen, setzen wir darauf, den Binnenmarkt durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu stärken und das Leben der Menschen zu verbessern. Wir wollen mehr, bessere und nachhaltigere Arbeitsplätze schaffen, mehr öffentliche Investitionen und mehr Sozialleistungen.

Damit uns dieser Umbau gelingt bedarf es der beschleunigten Umsetzung einer Energiewende, die alle Verbrauchssektoren umfasst; sowie der Wende in Landwirtschaft und Verkehr. Wir kämpfen gemeinsam mit allen, die ändern wollen, was wir wie und für wen produzieren und die in den Vordergrund stellen: Was nützt den Menschen, was nützt der Natur.

Damit wir in den Städten wieder atmen können, kämpfen wir gemeinsam mit allen, die sich für öffentlichen Verkehr zum Nulltarif einsetzen und den Nahverkehr sowohl ausbauen wie wieder in die öffentliche Hand bringen wollen. Wir kämpfen gemeinsam mit allen, die wissen, dass wir den Klimaschutz nicht auf später verschieben können, sondern jetzt eine ökologische Verkehrswende und erneuerbare Energien brauchen. Wir holen große Teile der Energieversorgung wieder in die Kommunen und drängen Privatisierungen zurück.

Wir kämpfen gemeinsam mit allen, die den Osten nicht aufgeben und die um lebenswerte Perspektiven in ihren Regionen kämpfen. Wir starten ein Zukunftsprojekt Ost und fördern regionale Kreisläufe in der Wirtschaft. Wir schaffen mit einer Infrastruktur-Offensive Perspektiven für abgehangene Regionen - nicht nur in Ostdeutschland. Wir stehen an der Seite aller, die sich dafür einsetzen, dass die Diskriminierung der Ostdeutschen bei Löhnen und Renten aufhört.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.252.2.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 252** nach „...sozial gerechten“ **einfügen:** „ , der Gleichberechtigung aller dienenden“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.260.**

Antragsteller/innen: LV Bremen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 260** nach „... mit allen, die sich für“ **einfügen:**

„bessere Fahrradinfrastruktur und“

**Begründung:**

Der Kampf darum, dass Städte nicht ausschließlich autogerecht, sondern fahrradgerecht geplant und gebaut werden, ist neben dem ÖPNV eine zentrale Auseinandersetzung im Ringen um die Verkehrswende und sollte hier berücksichtigt werden. Deutsche Kommunen bleiben bisher oft weit hinter den Möglichkeiten, sichere und attraktive Radwege einzurichten, zurück - das sollten wir ändern.

**Antrag:** **Ä.A.1.263.**

Antragsteller/innen: LV Bremen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 263** nach „Verkehrswende“ **einfügen:**

„ , den Ausstieg aus Braunkohleabbau und Kohleverstromung sowie den Umstieg auf [erneuerbare Energien].“

**Begründung:** siehe Ä.A.1.2.64.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.264.**

Antragsteller/innen: LV Bremen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 264** am Ende **einfügen:**

„Wir organisieren einen Kohleausstieg, dessen Lasten nicht den Beschäftigten und betroffenen Regionen aufgebürdet werden.“

**Begründung:**

Die Auseinandersetzung um den Kohleausstieg ist aktuell die am stärksten umkämpfte klimapolitische Frage in Deutschland - eine wachsende Bewegung kämpft um den Ausstieg aus der Kohle, vor allem der besonders klimaschädlichen und landschaftszerstörenden Braunkohle. In den letzten Jahren gab es in den west- wie ostdeutschen Braunkohlerevieren eine Vielzahl von Aktionen, im letzten Winter konnte Klimaaktivist\*innen die Rodung des Hambacher Forsts durch RWE zunächst stoppen. Diese Auseinandersetzung wird im Herbst dieses Jahres weiter gehen, und wir sollten deutlich zeigen, dass DIE LINKE ein Teil der Bewegung für Klimagerechtigkeit ist. Das bedeutet für uns auch immer, soziale und ökologische Fragen zusammenzudenken, also hier klarzumachen, dass die Beschäftigten und betroffene Regionen nicht den Preis für den notwendigen Kohleausstieg zahlen müssen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.269.**

Antragsteller/innen: Kommunistische Plattform, Cuba Sí u. a. (siehe Ä.A.1.8.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeilen 269-270** „dass die Diskriminierung der Ostdeutschen bei Löhnen und Renten aufhört“ **ändern in:**

„dass die Diskriminierung der Ostdeutschen aufhört, nicht zuletzt bei Löhnen und Renten“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.270.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, **Zeile 270** nach „... bei Löhnen und Renten aufhört.“ **einfügen:**

„6) Vielfalt ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern eine Selbstverständlichkeit, ein Zeichen von Lebensqualität und Humanismus. Dafür müssen wir nicht nur gegen Diskriminierung kämpfen, sondern uns aktiv für die (Selbst-)Organisation von sozial und politisch ausgegrenzten Menschen einsetzen, die unsere Vision von einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft teilen. Wir stehen an der Seite derjenigen, die von prekärer Arbeit und Niedriglohn, ungleichen Bildungschancen,

Rassismus, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit und Altersdiskriminierung, Homo- und Transphobie betroffen sind.

Wir wollen, dass vielfältige Lebensweisen rechtlich gleichgestellt werden und setzen uns für ihre gesellschaftliche Akzeptanz ein.

Die Anerkennung aller Familienformen und Lebensentwürfe ist für uns leitendes Prinzip. Überkommene Privilegien der Ehe sollen überwunden werden. Deswegen sollen der besondere Schutz und die Förderung durch Staat und Gesellschaft in Zukunft nicht Ehepaaren, sondern denjenigen zu Gute kommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben und Kompensation für daraus erwachsende Nachteile benötigen.

Die staatliche Subventionierung eines überholten Alleinernährer- oder Zuverdiener\*innen-Modells wollen wir beenden. Stattdessen sollen die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen sowie das Zusammenleben mit Kindern steuerlich gefördert und im Rentenrecht ausgeglichen werden. Das Ehegattensplitting wird durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzt. Dabei muss das steuerliche Existenzminimum frei übertragbar sein.

Wir streiten für das volle Adoptionsrecht für alle. Sämtliche medizinische Leistungen müssen auch nicht verheirateten und lesbischen Frauen zur Verfügung stehen.

Kinder brauchen Erwachsene, die sich liebevoll und verbindlich um sie kümmern. Eltern und Sorgeberechtigte sind nicht unbedingt dieselben Personen. Wir setzen uns dafür ein, dass auch (bis zu) vier Personen Eltern für ein Kind sein können, also in Co-Elternschaft das gemeinsame Sorgerecht innehaben. Neben den Pflichten betrifft das auch Rechte wie Kinderfreibeträge und Rentenansprüche. Diese vertraglich zu regelnde Verbindlichkeit betrifft umgekehrt auch Rechte des Kindes gegenüber allen Elternteilen wie Unterhaltsanspruch und Erbe.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.273.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Mitte

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 273** nach „zu verdoppeln.“ **einfügen:**

„Anstelle des Nato-Ziels, die Rüstungsausgaben in allen Mitgliedsstaaten auf 2% des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, setzt sich DIE LINKE für weltweite Abrüstung ein und fordert, dass die BRD ihre Ausgaben für Entwicklungshilfe (die diesen Namen auch verdient!) auf mindestens 2% des BIP erhöht.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.275.**

Antragsteller/innen: dielinke.SDS

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 275** nach „Hochschulen verweisen wollen.“ **einfügen:**

„Wir unterstützen die Bewegung für Zivilklauseln in Hochschulen, mit der für Wissenschaft zu rein zivilen Zwecken und gegen Rüstungsforschung gewirkt wird.“

**Begründung:**

Die Zivilklausel-Bewegung kann in den zurückliegenden Jahren enorme Erfolge verzeichnen. Mehr und mehr Hochschulen verpflichten sich mit einer Zivilklausel auf Wissenschaft zu rein zivilen Zwecken. Zivilklauseln schützen auch vor dem Druck und Zugriff auf die Wissenschaft durch den industriell-militärischen Komplex.



**Antrag: Ä.A.1.278.3.**

Antragsteller/innen:

David Schecher (DIE LINKE Tübingen), Kreismitgliederversammlung DIE LINKE Tübingen, Tobias Pflüger (DIE LINKE Freiburg), Christoph Cornides (DIE LINKE Mannheim), Heike Hänsel (DIE LINKE Tübingen)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, nach **Zeile 278** neues Kampffeld **einfügen:**

„7. Wir kämpfen gegen die autoritäre Wende des Staates und für die Verteidigung und den Ausbau von Bürgerrechten. Gemeinsam mit Aktivisten, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften, Antirepressionsinitiativen, Geflüchteten, Illegalisierten und den tausenden von Bürgern, die auf der Straße für ihre eigenen Freiheits- und Bürgerrechte protestieren, werden wir bei allen zukünftigen Gesetzesverschärfungen und Einschränkungen dieser den Finger in die Wunde legen und gemeinsam dagegen aktiv werden. Wir üben Solidarität mit von polizeilicher und staatlicher Repression Betroffenen und setzen uns aktiv für die Wahrung ihrer Rechte ein. Gemeinsam mit den zahlreichen Akteuren wollen wir der zunehmenden Kriminalisierung demokratischen Protests, der zunehmenden Gewalt durch Repressionsorgane, den bereits beschlossenen und kommenden Gesetzesverschärfungen sowie der zunehmenden Entwertung bürgerlicher Grundrechte auf der Straße und in den Parlamenten entgegentreten. In einer Reihe von Bundesländern wurden oder werden noch restriktive Polizeigesetze beschlossen. Die Proteste gegen das bayrische Polizeiaufgabengesetz sind für uns symbolhaft für den Protest gegen die Aushöhlung demokratischer Grundrechte, wir begrüßen diesen Protest und freuen uns sehr über dieses deutliche Zeichen der Zivilgesellschaft. Vor allem Proteste gegen den G-20-Gipfel in Hamburg, aber auch Proteste gegen Rechts waren in der Vergangenheit massiver Repression ausgesetzt, das darf nicht so weitergehen. Darüber hinaus werden wir uns auch weiterhin für die Einrichtung polizeiunabhängiger Beschwerde- und Ermittlungsstellen sowie die Auflösung der undemokratischen und sich parlamentarischer Kontrolle entziehenden Geheimdienste einsetzen.“

Dementsprechend werden in **Zeile 219** „Sechs Kampffelder...“ geändert in „Sieben Kampffelder...“

**Begründung:**

Sicherlich gibt es noch viele weitere Themenbereiche, deren explizite Erwähnung im Leitantrag sich Genoss\_innen wünschen würden. Bei dem Obigen handelt es sich jedoch um einen für den Antrag selbst zentralen, denn zum einen wird im Antrag selbst immer wieder Bezug auf Freiheits- und Bürgerrechte genommen, ohne dass dieser im Inhalt des Antrags so wichtige Punkt noch einmal als zentrales Kampffeld benannt wird. Zum anderen ist die Gewährung der Bürger\_innenrechte, die Wahrung der Versammlungsfreiheit sowie der Kampf gegen staatliche Repression die zentrale Grundlage für die Möglichkeiten und Wirkmächtigkeit von Bewegungen und Protest. Die jüngsten Proteste gegen das bayrische Landespolizeiaufgabengesetz haben eindrucksvoll die riesige Relevanz des Themas für das gesamte politische Spektrum, mit Ausnahme der konservativen und/oder rassistischen Rechten, gezeigt. 7000 Demonstrierende waren erwartet worden auf der zentralen Gegendemonstration, 40 000 (Veranstalter\_innenangaben) kamen. Noch am Tag der Verabschiedung des Gesetzes traten Schüler\_innen und Studierende in den Bildungstreik. Gleichzeitig soll dieses Gesetz gemäß Presseberichten die Grundlage für ein Musterpolizeigesetz des Bundes werden. Aber es ist nicht nur eine neue Polizeigesetzgebung, welche eine Bedrohung für die demokratischen Grundrechte und die Versammlungsfreiheit sind. Während des G20-Gipfels in Hamburg setzte sich die Polizei direkt über Gerichtsurteile hinweg und ignorierte Rechtsstaat und Gewaltenteilung ohne Konsequenzen. Die medial und juristisch folgende Hexenjagd war ein radikaler Angriff auf Grundrechte und führte bis hin zum Versuch von Kollektivstrafen, bei welchen bereits die Teilnahme an einer Demonstration, auch bei einem durchgängigen individuell friedlichen Verhalten, strafbar sein sollte. Während der Proteste gegen den AfD Parteitag brachen Polizeibeamte einem Protestierenden ein Bein. Zunehmend werden auch selbst angemeldete Demonstrationen und Proteste mit Geldstrafen belegt. Auch Mittel des zivilen Ungehorsams werden immer härter bestraft, geltende

Bundesverfassungsurteile werden dabei ignoriert. Bei einfachen Sitzblockaden oder auch nur rhetorischer Gegenwehr bei Abschiebungen werden Protestierende, wie in Nürnberg, mit Verfahren überzogen. Demonstrierende werden in Teilen bereits auf dem Weg zu Protestveranstaltungen in Massen an einer Teilnahme gehindert und auch ganzen Organisationen, wie z.B. Nav-Dem, das Recht, Demonstrationen und Versammlungen anzumelden, abgesprochen. Auch das Vereinsrecht ist in zunehmenden Maße zu einem Repressionsmittel geworden, Betätigungs- und Existenzverbote betreffen hier vor allem „ausländische“ Organisationen, werden aber auch wie im Fall von linksunten für fragwürdige Rechtskonstruktionen eingesetzt. Eine autoritäre Wende des Staates ist nicht im Entstehen, sie hat schon längst begonnen und nimmt nur noch weiter an Schärfe zu. Für eine linke Partei, welche zudem einen besonderen Fokus auf Bewegungen setzt, ist es unumgänglich, diesen gesellschaftlichen Kampf zu einem zentralen Aktionsfeld der eigenen Bemühungen zu machen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.280.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 280** „gerecht“ **ersetzen** durch „nach sozialer Notwendigkeit“

**Begründung:** Sprachlich präziser

---

**Antrag:** **Ä.A.1.282.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A. 1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 282** nach „... für alle“ **einfügen:** „ , Frauen wie Männer“

**Begründung wie Ä.A. 1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.286.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 286** „brauchen wir“ **ersetzen** durch „braucht es“

**Begründung:** Sprachlich präziser

---

**Antrag:** **Ä.A.1.290.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 39, in **Zeile 290** „Wir haben ... ist jung.“ **ändern** in:

„Wir haben tausende Mitglieder gewonnen, die alle herzlich willkommen sind.“

**Begründung:**

Artikel 3 GG. Auch wegen seines Alters sollte und darf niemand diskriminiert werden.

**Antrag:** **Ä.A.1.291.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, **Zeilen 291-293** „»Basis« heißt, ... Ausrichtung der LINKEN.“ **ersetzen** durch:  
„Unsere Partei baut ihre Strukturen und ihr Handeln auf dem Willen ihrer Basis, von unten nach oben, auf. In unsere Partei sind alle Mitglieder gleich, auch wenn einzelne Mandatsträger\*innen dem Irrtum erliegen, sie seien gleicher. Denn als Sozialist\*innen wissen wir: „Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“. Wir entscheiden gemeinsam und solidarisch über Forderungen und Programme, über Ziele und Ausrichtung unserer Partei DIE LINKE. Dementsprechend erwarten wir auch, dass Parteivorstände und Fraktionen sich solidarisch an unsere kollektiv erarbeiteten Programme und Beschlüsse halten.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.292**

Antragsteller/innen: OV Friedrichshain-Nordost (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 292** nach „... nach oben.“ **einfügen:**

„Wir wollen noch viel stärker wachsen, Eintrittsbarrieren senken und direktdemokratische Mitbestimmung bei zentralen Fragen durchführen.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.293.1.**

Antragsteller/innen: Antikapitalistische Linke, wortgleich KV Kassel-Stadt

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 293** nach „...Ausrichtung der LINKEN **einfügen:**

„Partei Vorstand und Fraktion sind an Programm und Beschlüsse der Partei gebunden und sollen nicht losgelöst davon agieren.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.293.2.**

Antragsteller/innen: Antikapitalistische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 293** nach der Änderung von Ä.A.1.293.1. **einfügen:**

„Wie es im Alten Arbeiterlied „Die Internationale“ heißt: Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.“

Ä.A.1.293.1. und Ä.A.1.293.2. sollen getrennt abgestimmt werden.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.293.3.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 293** nach „...sozialistische“ **einfügen:** „feministische“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

**Antrag:** **Ä.A.1.294.**

Antragsteller/innen: LV Sachsen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 294** nach „ ... Partei aus.“ **einfügen:**

„Dementsprechend müssen wir versuchen, die Parteibasis direkter in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Der Parteivorstand hat daher den Auftrag, den bereits beschlossenen Prüfauftrag für die Einführung elektronischer Mitgliederentscheide schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. Statt in politischen Debatten das Wort „Digitalisierung“ mantraartig zu wiederholen, wird sich der Parteivorstand der Aufgabe zuwenden müssen, was die Digitalisierung der eigenen Partei bedeuten könnte – und wie wir die Arbeit in unseren Gliederungen künftig effektiver gestalten können.“

**Begründung:**

„Mitgliederpartei“ und „Partei in Bewegung“ kann man natürlich zehn Mal am Tag sagen, das nutzt nur nix, wenn es nicht mit konkreten Dingen untersetzt wird. Mitgliederpartei heißt für uns beispielsweise ganz konkret, dass wir mehr tatsächliche Entscheidungen in die Hände unserer Mitglieder legen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.295.1.**

Antragsteller/innen: dielinke.SDS

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, **Zeilen 295 - 298** „Wir tragen ... Landkreise.“ **ersetzen** durch:

„Wir tragen unsere Forderungen auf die Straße, in die Betriebe, in die Wahlkämpfe. Wir kämpfen um die Köpfe.“

**Begründung:**

DIE LINKE ist eine sozialistische Partei zur Überwindung der Ausbeutung vom Menschen durch den Menschen. Wir wollen alle ermuntern, in diesem Sinne das gemeinsame Interesse wahrzunehmen. Deswegen kämpfen wir mit Argumenten, Aufklärung und Aktionen um die Köpfe von (potentiellen) Mitstreiter\*innen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.295.2.**

Antragsteller/innen: KV Göttingen/Osterode

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, **Zeilen 295 – 298** (ab „Wir tragen ...) **ersetzen** durch:

„Wir tragen unsere Forderungen auf die Straße, in die Betriebe, in die Wahlkämpfe und in die Parlamente.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.296.1.**

Antragsteller/innen: LV Berlin

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 296** nach „Wahlkämpfe“ **einfügen:**

„ , Parlamente“

**Begründung:**

In der Aufzählung fehlt die Benennung der Parlamente. Wir sind schließlich nicht nur in Regierungen erfolgreich und versuchen unsere Forderungen dort umzusetzen, sondern machen in vielen Ländern gute Oppositionsarbeit mit genau diesen Forderungen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.296.2.**

Antragsteller/innen: KV Düsseldorf

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeilen 296 – 298** den Satz „Mit einer LINKEN ... Bahn haben“ **streichen**

**Begründung:**

Bei aller Würdigung des Beispiels fällt dieser Satz doch aus dem Charakter des Gesamttextes heraus. Darüber hinaus kann dieses Einzelbeispiel auch so interpretiert werden, dass es in der Gesamtbilanz von Regierungsbeteiligung das einzig vorzeigbar Positive ist.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.296.3.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Altona

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 296** nach „Regierungen.“ **einfügen:**

„Und dann unterstützen wir sie mit Angeboten zur Politischen Bildung der Kommission für politische Bildung auf Bundes- und auf Landesebene.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.297.**

Antragsteller/innen: BAG Hartz IV

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 297** Textpassage **ändern** in:

„werden zum Beispiel Kinder und Jugendliche einkommensarmer Haushalte [freie Fahrt in Bus und Bahn haben.]“

**Begründung:**

Nicht die Kinder sind einkommensarm, sondern die Haushalte, in denen sie leben.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.298.**

Antragsteller/innen: LV Sachsen-Anhalt, Kerstin Eisenreich

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 298** am Ende **einfügen:**

„Diese kommunale Kompetenz und der direkte Kontakt mit den Menschen sind wesentlicher Gradmesser für die Akzeptanz unserer Politik.“

**Begründung:**

Ob linke Politik den Menschen hilft und bei ihnen ankommt, lässt sich am besten auf der kommunalen Ebene überprüfen. Hier haben Entscheidungen meist direkte Auswirkungen auf die Menschen und ihre Lebensbedingungen. Dank des direkten Kontaktes findet diese Rückkopplung und damit auch

Überprüfung der Richtigkeit unserer Ziele und Inhalte tagtäglich statt und ist für die Arbeit und gesellschaftliche Wirkung der Gesamtpartei unerlässlich. Diese Komponente muss viel stärker in das innerparteiliche Bewusstsein vordringen.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.300.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 300** „...und soziale Gerechtigkeit“ **ändern** in:

„ , soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

---

**Antrag:** **Ä.A.1.302.**

Antragsteller/innen: Geraer Sozialistischer Dialog,  
Stadteilgruppe Eppendorf/Hoheluft-Ost

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 302**

„Rechtsruck“ **ersetzen** durch „Rechtstrend“ sowie „auch“ **streichen**

**Begründung:** Uns ja hoffentlich nicht.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.310.1.**

Antragsteller/innen: BV Neukölln (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 310** nach „zusätzlich entstehen.“ **einfügen:**

„In Berlin gingen im April 25 000 Menschen gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung auf die Straße und ab Herbst startet ein Volksentscheid für die Enteignung von Deutsche Wohnen und Co. Wir werden bundesweit die Forderung nach der Enteignung der großen Immobilienkonzerne aufgreifen und sie gemeinsam mit Mieterinitiativen auf die Straße tragen.“

---

**Antrag:** **Ä.A.1.310.2.**

Antragsteller/innen: BAG LiSA und Antragstellerinnen wie Ä.A.1.9.2.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 40, in **Zeile 310** nach „...Rassismus“ **einfügen:** „und Sexismus“

**Begründung wie Ä.A.1.9.2.**

**Antrag:** **Ä.A.1.312.**

Antragsteller/innen: BAG Kommunalpolitik

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, nach **Zeile 312 einfügen:**

**„LINKE kommunalpolitische Arbeit stärken**

Für die gesellschaftliche Verankerung und politische Ausstrahlung der Partei DIE LINKE ist die ehrenamtliche und hauptamtliche Arbeit von tausenden Mitgliedern und parteilosen linken Engagierten in den Ortsbeiräten, den Gemeinde- und Stadträten sowie den Kreis- und Bezirkstagen unverzichtbar. Diese, oft über Jahrzehnte geleistete, kommunalpolitische Arbeit anzuerkennen, wertzuschätzen sowie inhaltlich und organisatorisch zu unterstützen ist eine beständige An- und Herausforderung für die Bundespartei und ihre Landesverbände. Wir begrüßen daher die Fortführung des "Kommunal-TÜV" bei allen Gesetzesinitiativen der Linksfraktion im Bundestag. Wir fordern den künftigen Parteivorstand auf, auch bei den Landtagsfraktionen darauf hinzuwirken, einen solchen „Kommunal-TÜV“ einzurichten.

Für DIE LINKE ist der möglichst flächendeckende, erfolgreiche Antritt bei den Kommunalwahlen zahlreicher Bundesländer im Jahr 2019 ein zentraler politischer Handlungsschwerpunkt. Der Parteivorstand wird beauftragt, die Landesverbände in Zusammenarbeit mit der BAG Kommunalpolitik sowie befreundeten Bildungspartnern tatkräftig bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen zu unterstützen. Als Höhepunkt der bundesweiten Vorbereitung und Einstimmung auf die Kommunalwahlen findet am 2. und 3. November 2018 eine Kommunalpolitische Konferenz in Berlin statt, zu welcher der Parteitag alle linken Kommunalpolitiker\*innen herzlich einlädt!

DIE LINKE bekräftigt im Vorfeld der Kommunalwahlen ihre kommunalpolitischen Leitlinien und hebt folgende Punkte als Rahmen linker Kommunalpolitik im Sinne lokaler und regionaler Beiträge zu einem sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft besonders hervor:

- DIE LINKE steht für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Städte, Gemeinden und Landkreise sollen Aufgaben der lokalen und regionalen Selbstverwaltung selbstständig und unter intensiver Beteiligung ihrer Einwohner\*innen wahrnehmen. Sie tragen dabei auch Verantwortung für ihren jeweiligen Beitrag zur Bewältigung gesamtgesellschaftlicher und globaler Herausforderungen.
- DIE LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, dass eine auskömmliche Finanzierung kommunaler Aufgaben durch die Bundes- und Landespolitik sichergestellt wird. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen in die finanzielle Lage versetzt werden, ihre Pflicht- und sogenannten freiwilligen Aufgaben für alle zugänglich und in hoher Qualität zu erfüllen.
- Der Erhalt und Ausbau öffentlicher Räume sowie der kommunalen Daseinsvorsorge sind für DIE LINKE nicht verhandelbar. Wir sind überzeugt, dass Abfallentsorgung, Wasser, Energie, Mobilität, Kultur, Naherholung, Umweltschutz, Wohnen und vieles mehr am besten in öffentlicher, genossenschaftlicher und gemeinschaftlich-gemeinnütziger Hand für alle zugänglich und bezahlbar organisiert werden können. Dem entgegen steht der fortwährende Trend zur Privatisierung von Flächen, den wir deshalb stoppen wollen.
- Für die Erfüllung der internationalen Klimaziele sowie der UN-Ziele zur globalen nachhaltigen Entwicklung tragen auch die Kommunen eine große Verantwortung. DIE LINKE wird ihre Kommunalpolitiker\*innen nach Kräften bei all ihrem Handeln vor Ort, auch zur Erreichung der Klimaziele unterstützen.“

**Begründung:**

Die kommunale Ebene ist die politische Ebene, die am dichtesten an den Menschen dran ist und deren Auswirkungen für die meisten Menschen inhaltlich noch am ehesten und auch zeitlich am nachvollziehbarsten sind. Viele politische Auseinandersetzungen werden nicht nur auf der Bundes- und Landesebene, sondern auch auf der kommunalen Ebene geführt. Hier werden diese genauso

ausgetragen und im Idealfall in Verbindung mit der Bundes- und Landespolitik vor Ort nach außen diskutiert und vertreten.

Zwei Beispiele:

Es ist absolut notwendig, dass im Bundestag über den kostenlosen ÖPNV diskutiert wird und endlich Regelungen zur Umsetzung dafür gefunden werden. Auf der lokalen und regionalen Ebene muss jedoch die Kommune und zwar den örtlichen Gegebenheiten angepasst, dieses Ziel umsetzen. Zumal es in einigen Kommunen bereits Versuche zur Umsetzung eines kostenlosen ÖPNV gibt, völlig unabhängig davon, was im Bundestag diskutiert wird.

Es ist absolut richtig, dass im Bundestag über den profitorientierten Mietenwahnsinn in diesem Land gestritten wird und Möglichkeiten gefunden werden, dieser katastrophalen Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Aber einen qualifizierten Mietspiegel, ein Zweckentfremdungsverbot oder auch eine Sozialquote beim Wohnungsbau, können nur die Kommunen erlassen.

Die Kommunen und somit insbesondere die linken Kommunalpolitiker\*innen tragen damit eine nicht unerhebliche Verantwortung, entweder selbstständig im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsgarantie oder als „Hand am Arm“ linker politischer Ziele, diese mit viel Fingerspitzengefühl vor Ort anzuregen, umzusetzen, den Menschen näher zu bringen und die Einhaltung zu kontrollieren.

Deshalb fordern wir auch die zukünftigen Parteivorsitzenden dazu auf, LINKE Kommunalpolitiker\*innen in hauptamtlicher Verantwortung einmal jährlich zu einem Gedankenaustausch einzuladen und so der Politik vor Ort eine entsprechende Wertschätzung zu zollen.

Dieser Antrag ist von 77 Genossinnen und Genossen, darunter 32 Delegierte, mitgezeichnet.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.313.1.**

Antragsteller/innen: BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 313** die Sätze „Partei und Bewegung sind kein Gegensatz. Wir sind eine Bewegungspartei.“ **streichen.**

**Begründung:**

Bisher wurden in Referaten auf vielen Bundesparteitagen die unterschiedlichen Aufgaben von Partei und sozialer Bewegung betont. So einseitig, wie das formuliert wurde, ist jetzt auch die quasi Gleichsetzung Partei mit Bewegung. Im Unterschied zu vielen sozialen Bewegungen streben wir jedoch eine sozialistische Gesellschaft an.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.313.2.**

Antragsteller/innen: dielinke.SDS

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeilen 313** „in Wahlen“ **streichen**

**Begründung:** Wir sind eine Bewegungspartei.

**Antrag:** **Ä.A.1.314.**

Antragsteller/innen: LV Sachsen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeilen 314-315** den Satz „Wir kämpfen für gute Wahlergebnisse.“ **ersetzen** durch:

„Wir kämpfen für tatsächliche Veränderung, egal ob aus Regierung oder Opposition.“

**Begründung:**

Wir kämpfen natürlich nicht primär um gute Wahlergebnisse, sondern um tatsächliche Veränderung.

---

**Antrag:** **Ä.A.1.324.1.**

Antragsteller/innen: BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 324** den Satz „Wir sind Partei in Bewegung.“ **streichen.**

**Begründung:** siehe Begründung zu Ä.A.1.313

---

**Antrag:** **Ä.A.1.324.2**

Antragsteller/innen: Ökologische Plattform

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 41, in **Zeile 324** nach „...Bewegung“ **einfügen:**

„und ringen um strategische Klarheit. Deshalb werden wir in den kommenden Monaten vereinbaren, was DIE LINKE über diesen Beschluss hinausgehend in den nächsten drei bis fünf Jahren tun wird, um in fünf bis sieben Jahren die Politik in Deutschland und in der Europäischen Union wirksam beeinflussen zu können.“

**Begründung:**

Die Ökologische Plattform sieht in A.1. eine gute Basis, um eine erfolgreiche Strategiedebatte zu führen. Mit dieser wäre weiter zu klären, wie unsere Partei die Bedingungen für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel schaffen will; auf welche konkreten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und auf welche Akteure sie dabei vor allem orientiert; welche relevanten politischen Mittel sie dafür einsetzen kann und will.



# Änderungsanträge zum Antrag A.2.

**Antrag:** **Ä.A.2.1.**

Antragsteller/innen: Ökologische Plattform

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 42 - 45, **Zeilen 1 – 147 ersetzen** durch:

## **„Unsere Programme und Beschlüsse verwirklichend schreiten wir fragend voran**

Seit dem Erfurter Programm-Parteitag 2011 haben sich weltweit, in Europa und in der Europäischen Union, aber auch in Deutschland dramatische Veränderungen vollzogen: Die sozialen, ökologischen und globalen Probleme sind gewachsen. Die neue Rechte hat sich als politische Kraft etabliert. Es eskaliert Gewalt gegen die Menschen und ihre natürlichen Lebensbedingungen. Die politischen Wirkungsbedingungen und die Herausforderungen der Linken und so der LINKEN sind andere geworden. Auch DIE LINKE hat sich verändert. Aber die DIE LINKE hat sich noch nicht ausreichend auf diese veränderten Herausforderungen und Bedingungen eingestellt. Sie braucht einen erneuerten strategischen Ansatz, um gezielt in die politischen Auseinandersetzungen zu intervenieren.

DIE LINKE muss klären, was sie über den Beschluss „DIE LINKE - Partei in Bewegung“ hinausgehend in den nächsten drei bis fünf Jahren tun will, um in fünf bis sieben Jahren die Politik in Deutschland und in der Europäischen Union wirksam beeinflussen zu können. Sie muss also insbesondere sagen, wie sie die Bedingungen für einen grundlegenden politischen Richtungswechsel schaffen will; auf welche konkrete gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen und Akteure sie dabei vor allem orientiert; welche relevanten politischen Mittel sie dafür einsetzen kann und will. Der Parteivorstand wird beauftragt, der Partei bis Ende September ein erstes Diskussionsangebot für eine solche Strategie der LINKEN vorzulegen. Er wird ferner beauftragt, bis Ende 2018 die Reaktionen aus der Partei auf seinen Vorschlag auszuwerten. Der Parteivorstand soll zum „Europa-Parteitag“ im Februar 2019 der Partei ein fortgeschriebenes Strategiepapier und einen Plan zur Fortsetzung der Strategie-Debatte vorlegen.“

## **Begründung:**

Die Ökologische Plattform teilt die Intention der AntragstellerInnen von A.2., die politische Analyse zu qualifizieren, die politische Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Gegenwart und insbesondere um die Zukunft zu intensivieren, die Partei politikwirksamer zu machen. Allerdings meint sie, dass eine Debatte über ein neues Parteiprogramm von der gezielten Orientierung auf einen Zugewinn an Politikwirksamkeit gegenwärtig ablenkt. Die Defizite der LINKEN sind nach Ansicht der Ökologischen Plattform vor allem strategische.

**Antrag:** **Ä.A.2.2**

Antragsteller/innen: Kommunistische Plattform, Cuba Sí

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seiten 42 – 45, **Zeilen 2 - 147 ersetzen** durch:

„Im Ergebnis der Landtagswahlen von Bayern, Hessen, Bremen, Brandenburg, Sachsen und Thüringen, von Kommunalwahlen sowie der Wahlen zum Europäischen Parlament wird in Verantwortung des Parteivorstands und des Bundesausschusses eine Analyse erarbeitet, die sich auf folgende Schwerpunkte konzentriert:

1. Wie bewerten wir die gesellschaftliche Situation acht Jahre nach der Annahme des Erfurter Programms?
2. Wie ist die Lage in unserer Partei einzuschätzen und wie ihre Wirksamkeit?

Ausgehend von dieser auf dem 7. Parteitag zu behandelnden Analyse werden der Partei Schlussfolgerungen vorgeschlagen, in den Gliederungen und Zusammenschlüssen diskutiert, um im Ergebnis dessen darüber zu befinden, ob und wenn ja, an welchen Stellen es Veränderungsbedarf am Parteiprogramm gibt.“

**Begründung:**

Das geltende Parteiprogramm wurde in diesem Jahrhundert erarbeitet, auf dem Parteitag in Erfurt vom 21. bis 23. Oktober 2011 mit 96,9 Prozent beschlossen und beim Mitgliederentscheid vom 17. November bis 15. Dezember 2011 mit 95,8 Prozent bestätigt.

Auf der Basis von Fragen und von häufig nicht untersetzten Feststellungen sowie ohne eine grundsätzliche Analyse, z.B. zu den Auswirkungen der Beteiligung der LINKEN an Landesregierungen, mit einem Programmearbeitungsprozess beginnen zu wollen, wäre politisch zumindest fragwürdig.

**Antrag:** **Ä.2.91.**

Antragsteller/innen: Petra Sitte MdB, Anke Domscheit-Berg MdB, Julia Schramm, Martin Delius

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 42, in **Zeile 91** nach „... Reaktion wäre.“ **einfügen:**

„Mit dem 10-Punkte-Papier unter dem Titel #digitallinks sowie der inhaltlichen Positionierung der Bundestagsfraktion mit dem Titel "Arbeit (und Leben) 4.0“ existieren bereits Aufschläge aus dem Bereich Digitalisierung, die in die Debatte gegeben werden sollen.“

**Begründung:**

Die beiden Papiere sind beispielhaft für die vielfältige programmatische Arbeit im Bereich Digitalisierung, die längst in der Partei stattfindet. Als Grundlage können sie eine Debatte über die Erweiterung unseres Programms unterstützen.

Verweise:

- 10 Punkte für eine digitale Agenda - #digitallinks - <https://digitallinks.de>
- Arbeit (und Leben) 4.0 - <https://blog.die-linke.de/digitalelinke/wp-content/uploads/AG-Digitalisierung-Diskussionspapier-Arbeit4null.pdf>

# Änderungsanträge zu G-Anträgen

**Antrag:** **Ä.G.8.5**

Antragsteller/innen:

Sevim Dagdelen (KV Bochum), Alexander Neu (KV Rhein-Sieg), Heike Hänsel (KV Tübingen), Fabio De Masi (LV Hamburg), Christan Leye (Landessprecher NRW), Harry Grünberg (Cuba Si), Martin Hantke (SprecherInnenrat BAG FIP), Alexander King (Sprecher BV Tempelhof-Schöneberg), Constantin Braun (LV Hamburg), KV Bochum, BV Tempelhof Schöneberg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 5-11** „Die Welt .... Nachkriegs-Syrien.“ **ersetzen** durch:

„Die Gefahr eines großen Krieges wächst. Der jüngste völkerrechtswidrige Angriff von US-Präsident Donald Trump auf Syrien erhöhte die Gefahr einer Konfrontation mit Russland. Die USA setzen auch unter Trump weiter auf eine imperiale Politik des Regime Change. Mit ihren Öl- und Gaskriegen, mit Militäraktionen für ihre geopolitischen und die Interessen großer Konzerne, haben die USA und ihre NATO-Verbündeten ganze Länder wie Irak, Libyen und Syrien verwüstet. Gegen Russland führen die USA, NATO und die EU einen Wirtschaftskrieg und setzen auf eine zunehmende Eskalation, verbunden mit massiver Aufrüstung und immer schärferen Sanktionen. Dabei wird versucht, die Öffentlichkeit darüber hinwegzutäuschen, dass die NATO bereits jetzt über 900 Milliarden Dollar für Rüstung ausgibt, während die Ausgaben Russlands auf 66 Milliarden Dollar sanken und weitere Kürzungen bis zu 20% angekündigt sind. Die Bundesregierung trägt mit ihren Plänen, Deutschland zur stärksten Militärmacht Europa machen zu wollen, wesentlich zur Eskalation der NATO gegenüber Russland bei.

Im Nahen und Mittleren Osten setzen die USA auf einen Regime Change im Iran. Dazu wurde das Atomabkommen mit dem Iran durch US-Präsident Trump gebrochen. Mit immer neuen Forderungen nach einem strengeren Abkommen und dem Drehen an der Sanktionsspirale, versuchen die USA, den nächsten Angriffskrieg im Nahen und Mittleren Osten legitimatorisch vorzubereiten.“

---

**Antrag:** **Ä.G.8.6.**

Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 6** „riskiert“ **ändern** in: „forciert“

**Begründung:**

Keine Verharmlosung: Der US-Präsident riskiert nicht nur, er betreibt aktiv die Eskalation, er kündigt die Bombardierungen nicht nur an, sie werden auch durchgeführt.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.7.**

Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 7** „der Großmächte“ **streichen**

**Begründung:**

Die „Großmächte“ (wer sind sie genau?) kämpfen nicht gleichermaßen um weltweite Hegemonie - USA, NATO und EU sind die größten Aggressoren, Russland und China sind verteidigen „ihre“ Einflusszonen eher defensiv und meist nicht militärisch.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.9.**

Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 9** nach „Syrien“ **einfügen:**

„mit machtpolitischem Druck und Drohungen bis zum Atomkrieg“

**Begründung:**

Der US-Imperialismus scheut vor nichts zurück um seine Stellung als Welthegeemon zu verteidigen und auszubauen - auch Geheimdienste, Erpressungen, Folter, Waffenexporte, Geschäfte, Aufbau von terroristischen Gruppen usw. gehören dazu. Die ultimative Drohung an die ganze Welt ist der Einsatz von Atomwaffen.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.10.1.**

Antragsteller/innen:

Kommunistische Plattform, Cuba Si, Hans Bauer (Berlin), Melanie Becker (Nordrhein-Westfalen, Delegierte), Frederike Benda (Berlin, Delegierte), Judith Benda (Berlin), Ulrich Boje (Marxistisches Forum), Heidemarie Boulnois (Bundesausschuss, Delegierter mit beratender Stimme), Raimon Brete (Sachsen), Dr. Ulrike Bretschneider (Kommunistische Plattform, Delegierte), Ellen Brombacher (Berlin, Delegierte), Eberhard Buntrock (Berlin), Solveigh Calderin (Brandenburg), Jürgen Creutzmann (Baden-Württemberg, Delegierter), Justo Cruz (Cuba Sí), Klaus Curth (Brandenburg), Rüdiger Deissler (Berlin), Ramona Dittrich (Brandenburg, Delegierte), Wolfgang Dominik (Nordrhein-Westfalen), Jochen Dürr (AG betrieb & gewerkschaft, Delegierter), Julian Eder (Hessen, Delegierter), Tim Engels (Nordrhein-Westfalen), Kerstin Fremder-Sauerbeck (Hamburg, Delegierte), Wolfgang Gehrcke (EL, Delegierter mit beratender Stimme), Kristian Glaser (Hamburg, Delegierter), Paul Glier (Sachsen), Bernd Gnant (Sachsen), Helmut Goldenstedt (Nordrhein-Westfalen), Harri Grünberg (Cuba Sí, Delegierter), Thomas Hecker (Kommunistische Plattform), Maximilian Hecl (Berlin), Werner Heisterberg (Niedersachsen), Rosemarie Heyer (Berlin), Uwe Hicks (Marxistisches Forum), Reiner Hofmann (Berlin, Delegierter), Uta Hohlfeld (Brandenburg), Dietrich Holz (Sachsen), Stephan Jegielka (Berlin, Delegierter), Dr. Ursula Joseph (Berlin), Alexander King (Berlin), Wolfgang Kronschwitz (Sachsen), Ursula Krüger (Berlin), Ulrich Lenz (Rheinland-Pfalz, Delegierter), Franziska Leschewitz (Berlin, Delegierte), Manfred Lotze (Hamburg), Ernst Melle (Berlin), Blanca Merz (Hamburg, Delegierte), Ursula Mieth (Sachsen), Volker Mieth (Sachsen), Frank Müller (Brandenburg), Lutz Müller (Niedersachsen), Michael Niedworok (Berlin), Elke Nordbrock (Hamburg), Thorben Peters (Niedersachsen, Delegierter), Rainer Pflanz (Brandenburg), Erich Postler (Kommunistische Plattform, Delegierter), Walter Praher (Nordrhein-Westfalen), Friedrich Rabe (Bundesausschuss, Delegierter mit beratender Stimme), Dr. Andrej Reder (Berlin), Christiane Reymann (EL, Delegierte mit beratender Stimme), Melanie Rott (Berlin, Delegierte), Nico Rudolph (Sachsen, Delegierter), Martin Rutsch (Berlin), Dr. Johanna Scheringer-Wright (Ökologische Plattform, MdL, Delegierte), Mario Schramm (Baden-Württemberg), Wilfried Schubert (Mecklenburg-Vorpommern), Carsten Schulz (Berlin, Delegierter), Claudia Schwander (Sachsen), Matthias Schwander (Sachsen), Waltraud Tegge (Mecklenburg-Vorpommern, Delegierte), Ulrich Vanek (Kommunistische Plattform, Delegierter), Jochem Visser (Berlin), Petra Vogel (Berlin), Dr. Volkmar Vogel (Berlin), Joachim Wahl (Berlin), Jürgen Weckesser (Berlin), Sabine Wegmann (Niedersachsen), Petra Willemelis (Berlin, Delegierte), Elisabeth Wissel (Berlin, Delegierte), Dr. Friedrich Wolff (Brandenburg), Roswitha Yildiz (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Im Antragsheft 2, Seite 20, wird **in den Zeilen 10/11** Satz „Die Regionalmächte, Türkei und Russland kämpfen um Einfluss und die Aufteilung von Nachkriegs-Syrien.“ **streichen**.

**Begründung:**

Die Obama-Formulierung, Russland sei eine Regionalmacht, war einzig darauf gerichtet, Russland zu demütigen, und es gibt keinen Grund für DIE LINKE, diese Formulierung zu übernehmen. Des Weiteren ist es unsachlich, Russland und die Türkei in einem Atemzug zu nennen. Dass Russland für die Aufteilung Syriens kämpft, ist eine bloße Behauptung. Deshalb beantragen wir die Streichung dieses Satzes.

---

**Antrag:**

**Ä.G.8.10.2.**

Antragsteller/innen:

BV Tempelhof-Schöneberg (Berlin)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeilen 10-11** Satz „Die Regionalmächte Türkei und Russland kämpfen um Einfluss und die Aufteilung von Nachkriegs-Syrien.“ **streichen**.

**Begründung:**

Die russische Regierung tritt in den internationalen Verhandlungen für die völkerrechtsgemäße territoriale Integrität Syriens ein.

---

**Antrag:**

**Ä.G.8.10.3.**

Antragsteller/innen:

LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 10-11** „Türkei und Russland“ **streichen**, „und die Aufteilung von“ **ersetzen** durch: „in der Region und“

**Begründung:**

Die Staaten, die am Syrienkrieg beteiligt sind, haben unterschiedliche Interessen und Vorgehensweisen und können nicht in einen Topf geworfen werden. Russland ist zum Beispiel nicht für eine Aufteilung Syriens, im Gegensatz zur Türkei, die auf eine Spaltung hinarbeitet. Daher keine namentliche Erwähnung und nur die sachliche Problematisierung, dass die Regionalmächte um ihren Einfluss kämpfen.

---

**Antrag:**

**Ä.G.8.12.**

Antragsteller/innen:

KV Karlsruhe

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 12** den Satz „Die großen Staaten - allen voran die USA - rüsten auf.“ **ändern** in: „Viele große Staaten rüsten auf.“

**Begründung:**

Russland hat gerade seinen Militärhaushalt um 20 Prozent gesenkt.

**Antrag:** **Ä.G.8.13.**  
Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 13** „droht“ **ersetzen** durch „gibt“ und am Schluss des Satzes **einfügen:** „und es drohen weitere Kriege“

**Begründung:**

Auch hier: Keine Verharmlosung! Das Wettrüsten ist bereits im vollen Gange mit vorhersehbaren Folgen.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.18.**  
Antragsteller/innen: BV Hamburg-Mitte

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, **Zeilen 18 - 22** „Sie hat ... Völkerrechts!“ **ändern in:**

„Sie hat 1) den völkerrechtswidrigen Angriff des türkischen Militärs auf die kurdische Stadt Afrin in Nordsyrien militärisch und auch politisch unterstützt. Während Leopard-2-Panzer aus Deutschland durch Afrin rollen, schweigt die Bundesregierung zustimmend. Stattdessen hofiert sie die türkische Diktatur. Wir fordern die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass dieser Angriffskrieg und Bruch des Völkerrechts sofort beendet wird und die türkische Armee bedingungslos Syrien verlässt!“

**Begründung:**

Keine Verharmlosung weder der türkischen Diktatur noch der Unterstützung durch die BRD führt zu klareren und konsequenten Forderungen zur Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen in Afrin.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.19.**  
Antragsteller/innen: Sevim Dagdelen, KV Bochum u. a. (wie Ä.G.8.5.)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 19** nach „türkischen Militärs“ **einfügen:**  
„und der islamistischen Terrormilizen der „Freien Syrischen Armee“.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.23.**  
Antragsteller/innen: KV Karlsruhe

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 23** nach „... des Völkerrechts!“ **einfügen:**

„Wir verurteilen die Besetzung Afrins, die Einsetzung eines türkischen Gouverneurs, die Vertreibung der Bevölkerung und die Ansiedlung islamistischer Gruppen. Wir fordern den sofortigen Rückzug der türkischen Armee hinter die Grenze der Türkei.“

**Begründung:**

Es ist nicht nur ein völkerrechtswidriger Angriff auf Afrin, sondern die Türkei betreibt die dauerhafte Einverleibung Afrins als türkische Provinz (ähnlich wie 1938 Hatay). Weitere sollen folgen. Auch das verstößt gegen Völkerrecht. Die Vertreibung der Bevölkerung und die Ansiedlung von mittlerweile über

4.000 Familien der verbündeten IS- und Al-Nusra-Kämpfer in Afrin soll diese Besetzung dauerhaft machen.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.24.**

Antragsteller/innen: Sevim Dagdelen, KV Bochum u. a. (wie Ä.G.8.5.)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 20, in **Zeile 24** nach: „... muss beendet werden“ **einfügen:**

„Die Bundesregierung muss den geplanten Bau einer Panzerfabrik durch die deutsche Rüstungsschmiede Rheinmetall, wie auch die Rüstungskooperation mit der Türkei durch ThyssenKrupp beim Bau von Jagd-U-Booten mit der Türkei untersagen.“

---

**Antrag:** **Ä.G.8.34.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Mitte

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 21, **Zeilen 34 - 37** „Rüstungsexporte ... Zivilisten.“ **ändern in:**

„Rüstungsexporte aus Deutschland gehen 2) hauptsächlich an Länder, die Militär- und Kriegseinsätze durchführen: USA und Frankreich, Ägypten, Algerien, Israel, die Vereinten Arabischen Emirate, Saudi Arabien und die Türkei werden von Deutschland mit Waffen beliefert. Die BRD ist die viertgrößte Waffenexportmacht der Welt, im Jahr 2017 wurden von deutschen Rüstungskonzernen so viele Waffen in „Krisengebiete“ verkauft wie noch nie, um die geostrategischen Interessen der kapitalistischen NATO-Staaten durchzusetzen. Die Rüstungskonzerne verzeichnen Rekordprofite mit dem tödlichen Geschäft. Eine Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens bombardiert 3) und blockiert völkerrechtswidrig den Jemen, täglich werden unzählige Zivilistinnen und Zivilisten ermordet.“

**Begründung:**

„Die Rohheit kommt nicht von der Rohheit, sondern von den Geschäften, die ohne sie nicht mehr gemacht werden können.“ (Bertolt Brecht)

---

**Antrag:** **Ä.G.8.40.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg Altona

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 21, in **Zeile 40** am Ende **einfügen:**

„Wir fordern ein Überflugverbot von Drohnen im Luftraum der BRD.“

---

**Antrag:** **Ä.G.8.41.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg Altona

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 21, in **Zeile 41** nach „Rüstungsexporte“ **einfügen:**

„einschließlich Waffeneinzelteile“

**Antrag:** **Ä.G.8.42.**

Antragsteller/innen: KV Karlsruhe

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 21, in **Zeile 42** nach „... eingestellt wird.“ **einfügen:**

„Dazu gehören auch die vergebenen Produktionslizenzen für Waffensysteme und Produktionsstätten und Beteiligungen im Ausland. Ebenfalls sind von der Bundesregierung die Exporte der Dual-Use-Güter zu untersagen, die für militärische Zwecke genutzt werden können.“

**Begründung:**

Die deutschen Rüstungskonzerne haben diverse Produktionsstätten, Beteiligungen an Rüstungsfirmen im Ausland und ebenso Lizenzen zur Produktion von Waffensystemen vergeben. Stichworte sind: Panzer, Munition, Granaten, Raketen, Gewehre- und Maschinengewehre.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.50.**

Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 21, in **Zeile 50** „werden unter schwierigen Bedingungen versucht“ **ersetzen** durch:

„können nur in vollem Umfang geleistet werden, wenn die ausländischen Truppen abgezogen werden und der Krieg beendet wird.“

**Begründung:**

Mit dem verquastem Satz soll vermutlich versucht werden, den Zusammenhang zwischen der schwierigen Arbeit humanitärer Organisationen (die Bundeswehr gehört nicht dazu!) und dem Militär herzustellen, das angeblich Teil der Lösung sein soll, in der Tat aber das Problem sind.

Wir meinen: Erst das Ende der Aggression und der Abzug der Truppen ermöglichen die notwendige zivile Hilfs- und Aufbauarbeit.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.53.**

Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 21,  
in **Zeile 52** nach „gegen“ **einfügen** „jegliche“ sowie  
in **Zeile 53** „nach Afghanistan“ **streichen**.

**Begründung:**

Wir sind ohne Wenn und Aber gegen alle Abschiebungen, egal wohin.



Truppentransporte sind nicht dann in Ordnung, wenn sie nicht über deutsches Territorium laufen. Verbieten können wir sie ohnehin nur, wenn wir in Regierung sind oder die Mehrheit dafür im Bundestag haben. Wir bekämpfen die gesamte Osterweiterung der NATO.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.87.**

Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 22, in **Zeile 87** „wollen wir beenden“ **ersetzen** durch: „müssen gekündigt werden.“

**Begründung:**

Wir haben diese Verträge nicht geschlossen und können sie auch nicht beenden. Durch eine starke Friedensbewegung können wir erreichen, daß die Verträge gekündigt werden (müssen).

---

**Antrag:** **Ä.G.8.95.**

Antragsteller/innen: Sevim Dagdelen, KV Bochum u. a. (wie Ä.G.8.5.)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 22, nach **Zeile 95** neuen Spiegelstrich **einfügen:**

„DIE LINKE mobilisiert mit für eine Schließung des US-Militärstützpunkts Ramstein, der als Infrastruktur für die Drohnenmorde und völkerrechtswidrigen Angriffskriege der USA dient.“

---

**Antrag:** **Ä.G.8.96.**

Antragsteller/innen: Sevim Dagdelen, KV Bochum u. a. (wie Ä.G.8.5.)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 22, in **Zeile 96** Zwischen „... Atomwaffen“ und „Wir fordern...“ **einfügen:** „und beteiligt sich an den Aktionen gegen den Standort Büchel“

---

**Antrag:** **Ä.G.8.99.1.**

Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 22, in **Zeile 99** „wollen ... verbieten“ **ersetzen** durch: „ein Exportverbot von Waffen und Rüstungsgütern“

**Begründung:**

„Wir wollen“ ist voluntaristisch und/oder Regierungssprech. Auch für ein Verbot von Waffenexporten muss hauptsächlich außerparlamentarisch engagiert gekämpft werden.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.99.2.**

Antragsteller/innen: Sevim Dagdelen, KV Bochum u. a. (wie Ä.G.8.5.)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 22, in **Zeile 99** Zwischen „... Waffen“ und „Rüstungsgütern...“ **einfügen:** „, Rüstungsschmieden“

**Antrag:** **Ä.G.8.102.1**

Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 22, nach **Zeile 102** neuen Spiegelstrich **einfügen:**

„Wir setzen uns ebenso für Konversion, die Umwandlung militärischer in zivile Produktion, ein und beteiligen uns an der Bewegung für das Verbot von militärischer Forschung und „Zivilklauseln“ für die Hochschulen.“

**Begründung:**

Die Schwester der Abrüstung ist die Konversion.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.102.2.**

Antragsteller/innen: LAG FIP Hamburg

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 22, nach **Zeile 102** neuen weiteren Spiegelstrich **einfügen:**

„Wir begrüßen die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ und das verstärkte friedenspolitische Engagement von Gewerkschaften und fordern mit ihnen die Erhöhung staatlicher Ausgaben für Soziales, Bildung, Gesundheit, Wohnungsbau usw. statt für den Militärhaushalt.“

**Begründung:**

Der Einsatz der freiwerdenden Mittel für soziale Entwicklung gehört ebenso dazu.

---

**Antrag:** **Ä.G.8.102.3.**

Antragsteller/innen: Sevim Dagdelen, KV Bochum u. a. (wie Ä.G.8.5.)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 22, nach **Zeile 102 einfügen:** „Für den Herbst bereiten wir eine große friedenspolitische Aktionskonferenz, wie auch gemeinsam mit den friedenspolitischen Strukturen der Partei eine Friedensschule vor, um aktionsorientiert den Widerstand der Friedensbewegung gegen die steigende Kriegsgefahr besser stärken zu können.“

---

**Antrag:** **Ä.G.8.106.**

Antragsteller/innen: linksjugend ['solid], Norbert Müller, MdB (Potsdam)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 22, nach **Zeile 106** neuen Unterpunkt **einfügen:**

- „Wir stellen uns klar gegen Werbung der Bundeswehr an Schulen und andere Versuche, Minderjährige für die Bundeswehr zu rekrutieren, und unterstützen Gegenproteste. Kinder sollen für den Frieden und nicht für das Töten ausgebildet werden.“

**Begründung:**

Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht wirbt die Bundeswehr immer gezielter Minderjährige für die Bundeswehr an. Im Vorjahr traten 2.128 17-jährige den Dienst an der Waffe an, damit betrug ihr Anteil an der Gesamtzahl der Diensteantritte knapp 10 Prozent. Dass die Bundeswehr insbesondere auf die Zielgruppe der Minderjährigen setzt, zeigen auch die Kampagne rund um die Youtube-Serie Mali und andere verstärkte Maßnahmen in den sozialen Netzwerken sowie immer neue Angebote, wie

Abenteuercamps, Aktionen rund um den Girls-Day, etc., um Minderjährige möglichst früh an die Bundeswehr zu binden. Diesen Bestrebungen gilt es, sich entschlossen entgegenzustellen.

---

**Antrag: Ä.G.9.104.**

Antragsteller/innen:

BAG Emanzipatorische Linke, Alexander Klotzovski (BB, Delegierter); Unterstützer\*innen: Christopher Neumann (BB, Delegierter), Florian Szonn (BB, Delegierter),

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 25, in **Zeile 104** „darf dies keine Grundlage für eine Diskussion in der LINKEN sein“ **ersetzen** durch: „müssen wir als LINKE andere Antworten darauf haben.“

**Begründung, auch für Anträge Ä.G.9.133 und Ä.G.9.156.**

Die Diskussion über das Konzept eines linken Einwanderungsgesetzes hat gerade erst begonnen und soll jetzt schon wieder beendet werden. Es ist selbstverständlich, dass wir Antworten liefern müssen und offene Grenzen für alle ein wichtiges Ziel unserer Politik sind. Legale Möglichkeiten zur Einreise bietet derzeit nur ein Einwanderungsgesetz, welches nicht den kapitalistischen Interessen folgen darf.

---

**Antrag: Ä.G.9.133.**

Antragsteller/innen:

BAG Emanzipatorische Linke u. a. (wie Ä.G.9.104)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 25, **Zeile 133-134** „Wie kann man ... deportieren?“ **streichen**

---

**Antrag: Ä.G.9.156**

Antragsteller/innen:

BAG Emanzipatorische Linke u. a. (wie Ä.G.9.104)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 26, **Zeile 156-164** „Ein eigenes ... Integrationspolitik“ **ersetzen** durch: „In unserer Partei muss unter Einbeziehung der gesamten Mitgliedschaft darüber diskutiert werden, wie wir Einwanderung gestalten wollen. Wir müssen Antworten auf die heutige Zeit und Gegebenheiten haben. Deshalb sollte es möglich sein, über ein linkes Einwanderungsgesetz mit sozialen Aspekten und nicht nach Nützlichkeit zu sprechen und Konzepte zu erstellen. Klar ist, dass offene Grenzen für alle unser Ziel sind.“

---

**Antrag: Ä.G.10.Begründung**

Antragsteller/innen:

BAG Emanzipatorische Linke, Alexander Klotzovski (BB, Delegierter); Unterstützer\*innen: Christopher Neumann (BB, Delegierter), Florian Szonn (BB, Delegierter),

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 27, **Begründung** „aufrechten Bürger\*innen“ **ersetzen** durch: „selbstbewussten Menschen“

**Begründung:**

Der Sprachgebrauch ist immens wichtig. Aufrechte Bürger\*innen weckt Erinnerungen an Pegida, AfD und Co. und sollte deshalb geändert werden.

**Antrag:** **Ä.G. 13. 14.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Altona

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 30, in **Zeile 14 einfügen:**

„Gleichwohl sind wir uns darüber in Klaren, dass Russland heute ein kapitalistisches Land ist.“

**Begründung:**

Wir unterstützen den Antrag vollständig! Wir sind aber der Meinung, dass von einigen GenossInnen häufig der Eindruck erweckt wird, als hätten wir es noch mit der Sowjetunion zu tun und nicht mit einem kapitalistischen Land. Unsere Solidarität gilt also in erster Linie den Werktätigen in Russland!

---

**Antrag:** **Ä.G. 14. 1.**

Antragsteller/innen: KV Emmendingen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 31, **Zeilen 1 – 2** (Überschrift) **ersetzen** durch:

„Offensive für eine sozial und ökologisch gerechte Verkehrswende. Über massiven Ausbau des ÖPNV, zur flächendeckenden Einführung eines Sozialtickets, hin zum Nulltarif für Bus und Bahn“

**Begründung:**

Die Ablehnung der Kernforderung „ÖPNV zum Nulltarif“ erfolgt aus 3 Gründen:

1) Die Partei DIE LINKE darf nicht in die Falle der Bundesregierung tappen, die dieses Thema „ÖPNV zum Nulltarif“ nur deswegen aufgebracht hat, um Strafen der EU abzuwenden!

(Beachte: Auch der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen spricht von: „...Nebelkerze zur Abwehr der angedrohten Klage der EU-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof wegen der jahrelangen Nicht-Einhaltung der Grenzwerte für Luftschadstoffe.“)

Die klassischen Reflexe der Medien sind absehbar: „Typisch die spinnerte LINKE, sich so eine realitätsfremde Forderung auf die Fahnen zu schreiben.“

2) Kein einziger großer Umweltverband ist - aus guten Gründen - für ÖPNV zum Nulltarif

Beispielhaft:

BUND: Nein zum Nulltarif

„Das Fahren im ÖPNV muss einen Preis haben. Dieser sollte zwar so niedrig sein, dass niemand von der Mobilität ausgeschlossen ist, aber auch so hoch, dass ein Anreiz bleibt, sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu bewegen.“

Der wichtigste alternative Verkehrsclub Deutschlands:

„Der VCD steht einer für die Fahrgäste generell kostenfreien Nutzung von Bussen und Bahnen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) kritisch gegenüber. Der VCD lehnt einen ausschließlich aus Steuermitteln finanzierten ÖPNV ab. Zusätzliches Geld für den in vielen deutschen Städten bereits gut genutzten ÖPNV sollte zunächst Angebotsverbesserungen finanzieren. Die Finanzierung des ÖPNV über eine kommunale Nahverkehrsabgabe erscheint sinnvoll. Allenfalls kann ein kostenloser ÖPNV als „Schnupper-Angebot“ helfen, mit der Nutzung des ÖPNV vertraut zu machen und Hemmschwellen sowie Vorurteile abzubauen.“

„Der VCD verweist außerdem auf ein Phänomen, das Ökonomen „unerwünschten Verlagerungs-effekt“ nennen: Überproportional viele Menschen, die normalerweise eigentlich Fahrrad fahren oder zu Fuß gehen, würden auf den ÖPNV umsteigen. Autofahrer hingegen ließen sich weniger gut zum Wechsel motivieren. Für die sei weniger der Preis, sondern eher ein attraktives Angebot entscheidend: ein enges Liniennetz, eine dichte Taktung, eine gute Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln - also etwa Park&Ride-Stationen, Fahrradabstellplätze an den Bahnhöfen etc.“

3) Die Kosten und die Infrastruktur. Mit der Kernforderung „ÖPNV zum Nulltarif“ würde der zweite Schritt vor dem ersten getan.

Der Vorstoß des Bundes zum kostenlosen Nahverkehr stößt u.a. in Frankfurt und im Rhein-Main-Gebiet auf Skepsis. Die Infrastruktur würde mehr Fahrgäste nicht verkraften. Die Strecken müssten erst ausgebaut, die Flotten vergrößert werden. „Augenwischerei“ sei das Programm der Regierung so ein Sprecher des RMV (Rhein-Main-Verkehrsverbunds – Großraum Frankfurt).

Ein Sprecher des Hamburger Verkehrsbehörde erklärte, jährlich nehme der HVV knapp 850 Millionen Euro durch Fahrkarten ein. Der HVV befördert jetzt schon jährlich rund 770,5 Millionen Fahrgäste. Es sei nicht leistbar, umgehend mehr Busse und Bahnen in Fahrt zu bringen, sagte der Behördensprecher. Für den Ausbau von U- und S-Bahnen sind zudem langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren zu durchlaufen.

Den Essener Verkehrsbetrieben graut vor einem Ansturm zum Nulltarif. Zur Rushhour sind die Gänge zur U-Bahn schon heute überfüllt. Und ein Ausbau des Systems ist derzeit nicht drin. Essen ist, wie viele Ruhrgebietsstädte und das gesamte Land Nordrhein-Westfalen, überschuldet.

---

**Antrag:** **Ä.G. 14.84.**

Antragsteller/innen: KV Emmendingen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 33, **Zeilen 84 - 86 ersetzen** durch:

„DIE LINKE fordert eine Offensive für eine sozial und ökologisch gerechte Verkehrswende – über massiven Ausbau des ÖPNV, zur flächendeckenden Einführung eines Sozialtickets, hin zum Nulltarif für Bus und Bahn – und wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen.“

**Begründung:** siehe Begründung zu Ä.G. 14.01.

---

**Antrag:** **Ä.G. 15.1.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34-35, **Zeilen 1-27 ersetzen** durch:

„Rechtsentwicklung und Linke Politik - Den Rechtsruck stoppen!

Konnte der Einzug der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in den Bundestag vor fünf Jahren noch knapp verhindert werden, vollzog sich mit der Bekanntgabe der amtlichen Wahlergebnisse zur Bundestagswahl 2017 nun ein weiterer, parlamentarischer Rechtsruck, der sich in den massiven, gesamtgesellschaftlichen Rechtstrend passgenau einfügt. In Zukunft wird die AfD mit über 90 Abgeordneten im Bundestag vertreten sein und die Mehrheit der AfD -Fraktion ist dabei ganz klar dem rechtsradikalen, Neo-Nazi-Flügel um Bernd Höcke zuzurechnen. Ihr Einzug bedeutet nicht nur eine gesteigerte Aufmerksamkeit und einen vergrößerten Einfluss auf die Politik in der Bundesrepublik Deutschland, sondern vor allem auch eine bessere staatlich finanzierte Infrastruktur und mehr Geld, das über Fraktion, Partei, Abgeordnete und eine Stiftung über Jahre hinweg in rechtsradikale, terroristische Netzwerke und Organisationen fließen wird. Die radikale Rechte wird weiterhin und wirksamer denn je – in den Parlamenten und auf der Straße – ihren, (antimuslimischen) Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus, etc. in die Gesellschaft hineintragen können.

Die AfD fördert die Spaltung der Gesellschaft

Die AfD generiert Zustimmung wesentlich über rassistische bzw. völkische Äußerungen und Programminhalte: Völkisch-nationale Einstellungen und rassistische Hetze sind die zentralen

Wesensmerkmale dieser Partei. Die AfD verspricht exklusive Solidarität, Wohlstand und Sicherheit nur für Deutsche. Dabei ist Deutsch „wer deutsche Eltern hat“ (Andreas Wild). Darüber herrscht mittlerweile in der Öffentlichkeit, auch bei dem Wähler\*innen kein Zweifel mehr. Die AfD ist schlechthin die Partei der Ungleichheit, die die rassistischen, sexistischen und ökonomisch-politischen Privilegien weißer Männer erhalten will und sich deshalb ebenso aktiv gegen Feminist\*innen wie gegen die Vertreter von Minderheitenrechten wie etwa Migrant\*innen, Menschen muslimischen Glaubens, Menschen jüdischen Glaubens Menschen mit Behinderung und LGBTTIQ\*-Menschen, stellt. Die AfD ist nicht nur Partei, sie bildet auch die Basis einer völkischen Massenbewegung. Die AfD ist ein Sammelbecken für Konservative bis hin zu Neo-Nazis. Bürgerinitiativen gegen die Aufnahme von Geflüchteten schießen wie Pilze aus dem Boden. Selbsternannte Bürgerwehren, die unter dem Deckmantel von Selbstverteidigung und Selbstbestimmung und unter massiver Beteiligung von Neo-Nazis Selbstjustiz gegen Geflüchtete und Andersdenkende üben wollen, sind keine Seltenheit mehr. Gleichzeitig häufen sich Angriffe auf Andersdenkende und Medienvertreter\*innen. Dies alles ist Ausdruck des Vormarschs des völkischen Mobs auf dem Weg hin zu einer dauerhaften politischen Kraft in der Bundesrepublik. Der AfD ist es gelungen, sich an die Spitze dieses Mobs zu setzen. Wir müssen feststellen, dass die AfD in diesem Land vor allem vermittelt der Union schon „mitregiert“. Die Umsetzung von rassistischen Stammtisch-Parolen gegen Geflüchtete besonders von CDU/CSU in reale Politik sowie die alltägliche Hetze in den Medien gegen Geflüchtete führen uns ständig vor Augen: Rassismus ist kein Randgruppenphänomen oder beschränkt auf eine vermeintlich isolierte, extremistische Minderheit in der Gesellschaft. Rassismus, antidemokratisches Denken und Ungleichheitsideologien sind offenkundig tief in der Mitte der Gesellschaft verankert. Fast alle Parteien haben ihre Koordinaten bereits im Wahlkampf und im Regierungshandeln deutlich nach rechts verschoben. Auch die SPD-Politik wird in dieser Hinsicht zunehmend prinzipienloser. Das Zugehen auf die AfD in der Flüchtlingspolitik hat der CDU/CSU ebenso wie der SPD nicht geholfen. Schon in der Weimarer Republik hat solcherart Anpassung der bürgerlichen Parteien an Nazis nicht funktioniert und auch in keinem europäischen Land ist es gegenwärtig gelungen, die Wähler\*innen rechter Parteien „zurückzuholen“, indem ihrer Wut nachgegeben wurde. Schon gar nicht den Linken. Gerade in Anbetracht geschichtlicher Erfahrungen ist es unbegreiflich, dass die durch das Agieren der AfD befeuerten Debatten im Bundestag sowohl von Medien als auch von Parteien der sogenannten Mitte als Zuwachs an Demokratie charakterisiert werden.

#### Die AfD ist im Kern demokratiefeindlich

Gerade weil die AfD diskriminiert, die Welt in bessere und schlechtere Menschen einteilt und jeden Schritt des Weges zur Diskriminierungsfreiheit blockiert und bekämpft, hat sie sich als Gesprächspartner disqualifiziert, erst recht für Linke! Das Gerede von der AfD als einer demokratischen Partei, die ihre Mandate in demokratischen Wahlen gewonnen hat – das zur Rechtfertigung einer Strategie der Legitimierung der AfD verwendet wird – weisen wir zurück. Fakt ist, in Deutschland können Parteien Mandate in Parlamenten nur auf demokratischem Weg gewinnen. Das gilt auch für die AfD. Dass sie dazu gezwungen ist, wie andere Parteien auch demokratisch um Mandate zu ringen, macht sie noch lange nicht zum Gesprächspartner, und garantiert nicht zu einer demokratischen Partei. Im Gegenteil. Die AfD ist im Kern demokratiefeindlich, z.B. wenn sie die Gewaltenteilung anprangert und ein elitäres und autoritäres Herrschaftsmodell propagiert. Ihre verlogenen Forderungen nach Basisdemokratie dienen nur dazu, eine Diktatur der Mehrheit gegen Minderheiten zu legitimieren und sämtlichen Minderheitenschutz zu beseitigen. Boykotte und Blockaden gegen die AfD sind keine Beschränkung der Meinungsfreiheit. Denn eine falsch verstandene Toleranz gegenüber der AfD führt letztlich zur Normalisierung ihrer diskriminierenden Inhalte und antidemokratischen Methoden. Die Linke darf sich unter den gegebenen Umständen nicht dazu verführen lassen, sich den rechten Interpretationsmustern auch nur im Geringsten anzupassen. Das wäre grundfalsch. Aus diesen Gründen erwarten Linke von den gewählten Abgeordneten der LINKEN auf allen Ebenen, dass sie geschlossen keinem Antrag der AfD zustimmen und keiner/keinem ihrer Kandidaten\*innen für welche Posten auch immer auch nur eine einzige Stimme geben. Es kann Situationen geben, in denen eine Stimmenthaltung die beste Taktik sein mag, aber es wäre naiv zu glauben, dass der AfD beizukommen ist, indem man ihre „besseren“ Kandidat\*innen statt ihrer

„schlechteren“ Kandidat\*innen wählt. Dass Millionen Deutsche dieser Partei ihre Stimme geben, sagt uns, dass es jetzt einen Konsens der demokratischen Parteien geben muss, mit der AfD nicht zu reden und nicht zusammenzuarbeiten. Diese Partei gehört so gut es geht isoliert. Denn sie bietet keine Lösungen, sondern Hetze. Sie spricht Menschen nicht mit Visionen an, sondern mit Hass. Probleme müssen benannt werden – und gerade deshalb, will man Lösungen erarbeiten, die realen Ursachen für ihre Existenz. Und das ist letztlich die immer brutaler verlaufende Profitmaximierung. In diesem Kontext ist es nicht zuletzt Rüstung. Für die 134,2 Millionen Euro, die ein „Eurofighter“ kostet, könnten ein Jahr lang 3.126 Menschen mit der Pflegestufe 3 vollstationär untergebracht werden. Für die 760 Millionen Euro, für die 2017 von der Bundeswehr 104 „Leopard 2A7“ bestellt wurden, könnte man 124.590 Kindergartenplätze ein Jahr lang bezahlen. 2.000 Plätze für einen Panzer! Wer diese Wahrheiten auszusprechen sich nicht scheut, kann kaum in die Lage kommen mitzutun, wenn die unter den Zwängen der kapitalistischen Verhältnisse Leidenden gegeneinander ausgespielt werden. Wer dies ausspricht, wird weder Ressentiments noch staatlichen Rassismus bedienen. Die Folgen der Politik im Kapitalinteresse für die Armen in Deutschland dürfen nicht einmal ansatzweise den Flüchtlingen angelastet werden, z. B. durch Formulierungen, die Zuwanderung könne nicht auf Kosten der deutschen Bevölkerung erfolgen.

### An Brennpunkten sein

Und ebenso wenig dürfen Linke auf jene herabschauen, die Opfer der rechten Propaganda werden. Vielmehr müssen wir uns fragen, warum viele von ihnen die Antworten auf die sie im Alltag bewegenden Fragen nicht bei uns suchen und warum es den Rechten inzwischen so leichtfällt, sich als einzige Kraft gegen die Etablierten darzustellen. Dabei sind sie nur der extrem rechte, zunehmend in die Mitte wachsende Rand des Bürgertums. DIE LINKE als antifaschistische Partei steht in den nächsten Jahren vor zwei wichtigen Aufgaben. Es muss uns gelingen, in einem breiten Bündnis ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das es der CDU/CSU unmöglich macht, perspektivisch mit der AfD zu kooperieren. Diese Tür muss verriegelt, der Weg der österreichischen Politik verhindert werden. Dabei geht es nicht darum, die Politik von CDU/CSU, SPD, FDP oder Grünen in den jeweils in den Ländern und im Bund regierenden Koalitionen zu beschönigen. Vielmehr geht es darum, zu verhindern, dass die AfD von Teilen des bürgerlichen Lagers und auch der Linken und der Partei DIE LINKE als bürgerliche Partei dargestellt wird. Dazu gehört das Erzählen des Märchens „Angela Merkel hat die CDU nach links“ geführt, dass sozusagen zwangsläufig rechts von der Union eine neue Partei, die AfD, entstehen musste. Die Verbreitung dieses Märchens und die damit verknüpfte Darstellung der AfD als Sammlungspunkt enttäuschter bürgerlicher Politiker führt zu einer Situation, die eine Koalition der CDU mit der AfD als Zusammenführung entfremdeter Geschwister erscheinen lässt. Von uns müssen überzeugendere Antworten auf Fragen danach kommen, wo die Gründe liegen für fehlenden Wohnraum und unbezahlbare Mieten, für zu wenig Lehrer und kaputtgesparte Schulen, für anscheinend fehlende Gelder einerseits und andererseits die Zusage an die NATO, zwei Prozent des Haushaltes für Rüstung auszugeben. Diese wenigen Beispiele sollen genügen. Dort, wo wir in Parlamenten sitzen oder in Kommunalverwaltungen, gilt es natürlich, um praktische Lösungen zu ringen. Und das ist vor allem auch der Anspruch dort, wo wir in Landesregierungen mitwirken. Was wir in diesen Koalitionen bewirken können und was nicht, bedarf der ehrlichen Analyse. Auf der Hand liegt: Besonders glaubwürdig wirken wir dann, wenn wir wahrnehmbar für die Rechte all jener eintreten, die keine Lobby haben, nicht zuletzt in außerparlamentarischen Bewegungen. Wir müssen sein, wo die sozialen Brennpunkte sind. Wir müssen stärker noch als bisher den inzwischen riesigen Niedriglohnsektor anprangern und nicht minder die Sanktionen durch die Jobcenter, die Leiharbeit, die drohende Altersarmut, den Pflegenotstand, die Bildungsschranken – diese und weitere Bestandteile einer asozialen Politik im Interesse der Profitmaximierung. Und wir müssen um breitestmögliche Bündnisse mit allen Humanisten im Kampf gegen diese Politik und um humane Konzepte ringen.

## Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte

Für uns steht fest: Wir benötigen heute eine „Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte“, also ein Bündnis, das neben Gewerkschaften, SPD und Grünen auch antifaschistische bürgerliche Kräfte umfasst. Natürlich kann der faschistischen Bewegung langfristig so nicht der Boden entzogen werden. Aber durch diese „Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte“ kann es uns gelingen, die sich vielerorts abzeichnende Kriminalisierung Antifaschistischer Arbeit abzuwehren. Die Linke hat eine darüberhinausgehende politische Aufgabe: Es muss durch DIE LINKE aus diesem Bündnis heraus deutlich werden, dass es einen progressiven Teil der Gesellschaft gibt, der sich gegen Rassismus engagiert, der dort aber nicht Halt macht, sondern bessere Bedingungen für alle fordert. Es muss sich dabei um eine Gegenbewegung handeln, die sich sowohl der Regierungspolitik als auch Prekarisierung, Wohnungsmangel, Rassismus, Sexismus und Perspektivlosigkeit entgegenstellt. Also eine Gegenbewegung, die gegen AfD und gegen die künftige Regierung kämpfen wird. Je stärker es gelingt, die Themen Armut/Reichtum sowie Rassismus und Sexismus als politischen Inhalte zu etablieren, desto erfolgloser wird die AfD mit ihren Kampagnen gegen Gleichberechtigung der Geschlechter, gegen bestimmte Religionen, gegen Arbeitnehmer\*Innenrechte und gegen Geflüchtete sein. Dabei geht es nicht darum, ehemalige AfD-Wähler\*innen nach links zu ziehen, sondern darum, die allgemeinen Koordinaten, nach denen Konflikte gedeutet wurden, zu verschieben und den Anspruch auf Protest mit linken Positionen wieder glaubhaft zu untermauern.

### Den Rechtsruck stoppen!

- Nur eine Linke, die rassistischen Forderungen unzweifelhaft und eindeutig entgegentritt und dies mit sozialen Forderungen verknüpft, kann die Stärke gewinnen, die nötig ist, um die AfD und die rechte Formierung der Gesellschaft zurückzudrängen. Nach rechts gehen, um dem Rechtsruck vorzubeugen, ist für uns vollkommen indiskutabel. Entweder ist DIE LINKE unzweifelhaft links oder sie ist nichts!
- Wir müssen uns als Richtschnur unseres Handelns vor Augen halten: Die Gefahr, dass es dem neofaschistischen Flügel der AfD gelingt, eine rassistische Massenbewegung aufzubauen, die zur Bedrohung für alle wird, die nicht in ihr völkisches Weltbild passen, ist real. Dagegen gilt es kompromisslos zu mobilisieren. Unsere Antwort auf den sich zunehmend braun einfärbenden Kapitalismus muss die Aufklärung sein, wer ursächlich für die stetig prekärer werdende Lage die Verantwortung trägt. Das schließt ein, wieder und wieder darauf zu verweisen, dass sofort mehr Geld da wäre. Wir müssen vor Ort wieder mehr zur Kümmererpartei werden und als außerparlamentarische Kraft wahrnehmbarer.

### **Begründung:**

Der Antrag „Gegen Rassismus und rechte Hetze - unsere Alternative heißt soziale Gerechtigkeit!“ ist nicht grundsätzlich falsch, aber er greift an vielen Stellen zu kurz und bleibt darum unzureichend. Wenn festgestellt wird, „Mit der Normalisierung der AfD geht zugleich eine Radikalisierung einher.“, so ist das nicht falsch, aber auf die Gründe für die Normalisierung der AfD wird nicht eingegangen, sie wird als gegeben hingenommen und ihre Ursachen werden keinerlei Analyse unterzogen. An anderer Stelle wird auf die Haltung der AfD zu Frauenrechten eingegangen, aber auf die gesellschaftliche Bedeutung der von ihr propagierten Queerfeindlichkeit, des durch sie manifest gewordenen Ableismus wird nicht eingegangen. An keiner Stelle wird im Antrag G.15. klargemacht, dass die AfD schlechthin *die* Partei der Ungleichheit ist, die die rassistischen, sexistischen und ökonomisch-politischen Privilegien weißer Männer erhalten will und sich deshalb ebenso aktiv gegen Feminist\*innen wie gegen die Vertreter von Minderheitenrechten wie etwa Migrant\*innen, Menschen muslimischen Glaubens, Menschen jüdischen Glaubens, Menschen mit Behinderung und LGBTTIQ\*-Menschen, stellt. Nicht nur das, es wird auch nicht auf diese Punkte eingegangen.

Ebenso wird nicht darauf eingegangen, dass fast alle Parteien ihre Koordinaten bereits im letzten Bundestags-wahlkampf und im Regierungshandeln deutlich nach rechts verschoben haben. Es wird nirgends klargemacht, dass solcherart Anpassung der bürgerlichen Parteien an Nazis nicht funktioniert und auch in keinem europäischen Land ist es gegenwärtig gelungen, die Wähler\*innen rechter Parteien „zurückzuholen“, indem ihrer Wut nachgegeben wurde. Dies alles sind für uns Gründe

genug, dem Parteitag die vorliegende globale Alternative zum Antrag „Gegen Rassismus und rechte Hetze - unsere Alternative heißt soziale Gerechtigkeit!“ vorzulegen.

---

**Antrag:** **Ä.G.15.6.1**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, **Zeile 6** nach „... der AfD geht zugleich eine Radikalisierung einher.“ **einfügen:**

„Die AfD wandelte sich seit ihrer Gründung von der reaktionären Professorenpartei eines Henkel und Lucke über die rechtspopulistische Formation der Frauke Petry bis zum gegenwärtigen Zustand, in dem schon rechtsextreme Kräfte um Höcke, Poggenburg und den Wehrmachts-Fan Gauland tonangebend sind. Die Wandlung selber hat dem Erfolg der AfD keinen Abbruch getan.“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.6.2.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, nach **Zeile 6 einfügen:**

„Im Gegensatz zu bürgerlichen Parteien, aber auch der SPD wissen wir, rechten Positionen kann man nicht begegnen, indem man eigene Positionen aufgibt und den Rechten entgegenkommt.“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.11.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, **Zeilen 11** nach „... und andere.“ **einfügen:**

„Wir müssen feststellen, dass die AfD in diesem Land vor allem vermittels der Union schon „mitregiert“. Die Umsetzung von rassistischen Stammtisch-Parolen gegen Geflüchtete besonders von CDU/CSU in reale Politik sowie die alltägliche Hetze in den Medien gegen Geflüchtete führen uns ständig vor Augen: Rassismus ist kein Randgruppenphänomen oder beschränkt auf eine vermeintlich isolierte, extremistische Minderheit in der Gesellschaft. Rassismus, antidemokratisches Denken und Ungleichheitsideologien sind offenkundig tief in der Mitte der Gesellschaft verankert.“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.13.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, **Zeilen 13** nach „... völkischen Nationalismus.“ **einfügen:**

„Die AfD generiert Zustimmung wesentlich über rassistische bzw. völkische Äußerungen und Programminhalte: Völkisch-nationale Einstellungen und rassistische Hetze sind die zentralen Wesensmerkmale dieser Partei. Die AfD verspricht exklusive Solidarität, Wohlstand und Sicherheit nur für Deutsche. Dabei ist deutsch, „wer deutsche Eltern hat“ (Andreas Wild). Darüber herrscht mittlerweile in der Öffentlichkeit, auch bei dem Wähler\*innen kein Zweifel mehr. Die AfD ist schlechthin die Partei der Ungleichheit, die die rassistischen, sexistischen und ökonomisch-politischen Privilegien weißer Männer erhalten will und sich deshalb ebenso aktiv gegen Feminist\*innen wie

gegen die Vertreter von Minderheitenrechten wie etwa Migrant\*innen, Menschen mit Behinderung und LGBTTIQ\*-Menschen, stellt.“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.23.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, **Zeilen 23-25** „Der neofaschistische ... und Neonazis.“ **ersetzen** durch:

„Inzwischen treibt der rechtsextreme Flügel um Höcke den Rest der AfD vor sich her, der Thüringer AfD-Chef ist der starke Mann im Hintergrund. Die rechtsextremen Kräfte dominieren die AfD-Landesverbände von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt inzwischen ganz klar. Auf Bundesebene sieht es nicht besser aus. Alexander Gauland, bekanntlich stolz auf die Leistungen der Wehrmacht im deutschen Vernichtungskrieg, zählt zu den Erstunterzeichnern der sogenannten Erfurter Resolution, die von Höcke und Poggenburg 2015 initiiert wurde - und die als Gründungsmanifest des völkischen Flügels der AfD gilt.“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.26.1.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, nach **Zeile 26 einfügen:**

„Für uns steht fest: Wir benötigen heute eine "Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte“, also ein Bündnis, das neben Gewerkschaften, SPD und Grünen auch antifaschistische bürgerliche Kräfte umfasst. Natürlich kann der faschistischen Bewegung langfristig so nicht der Boden entzogen werden. Aber durch diese "Einheitsfront aller antifaschistischen Kräfte“ kann es uns gelingen, die sich vielerorts abzeichnende Kriminalisierung antifaschistischer Arbeit abzuwehren. Die Linke hat eine darüber hinausgehende politische Aufgabe: Es muss durch DIE LINKE aus diesem Bündnis heraus deutlich werden, dass es einen progressiven Teil der Gesellschaft gibt, der sich gegen Rassismus engagiert, der dort aber nicht Halt macht, sondern bessere Bedingungen für alle fordert. Es muss sich dabei um eine Gegenbewegung handeln, die sich sowohl der Regierungspolitik als auch Prekarisierung, Wohnungsmangel, Rassismus, Sexismus und Perspektivlosigkeit entgegenstellt. Also eine Gegenbewegung, die gegen AfD und gegen die künftige Regierung kämpfen wird. Je stärker es gelingt, die Themen Armut/Reichtum sowie Rassismus und Sexismus als politischen Inhalte zu etablieren, desto erfolgloser wird die AfD mit ihren Kampagnen gegen Gleichberechtigung der Geschlechter, gegen bestimmte Religionen, gegen Arbeitnehmer\*Innenrechte und gegen Geflüchtete sein. Dabei geht es nicht darum, ehemalige AfD-Wähler\*innen nach links zu ziehen, sondern darum, die allgemeinen Koordinaten, nach denen Konflikte gedeutet wurden, zu verschieben und den Anspruch auf Protest mit linken Positionen wieder glaubhaft zu untermauern.“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.26.2.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, nach **Zeile 26 einfügen:**

„DIE LINKE als antifaschistische Partei steht in den nächsten Jahren vor wichtigen Aufgaben. Es muss uns gelingen, in einem breiten Bündnis ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, das es der CDU/CSU unmöglich macht, perspektivisch mit der AfD zu kooperieren. Diese Tür muss verriegelt, der Weg der österreichischen Politik verhindert werden.“

**Antrag:** **Ä.G.15.26.3.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, nach **Zeile 26** einfügen:

„Rechten Positionen kann man nicht begegnen, indem man eigene Positionen aufgibt und den Rechten entgegenkommt.“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.27.1**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, **Zeile 27** nach „... Den Rechtsruck stoppen!“ einfügen:

„Nur eine Linke, die rassistischen Forderungen unzweifelhaft und eindeutig entgegentritt und dies mit sozialen Forderungen verknüpft, kann die Stärke gewinnen, die nötig ist, um die AfD und die rechte Formierung der Gesellschaft zurückzudrängen. Nach rechts gehen, um dem Rechtsruck vorzubeugen, ist für uns vollkommen indiskutabel. Entweder ist DIE LINKE unzweifelhaft links oder sie ist nichts!“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.27.2.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, **Zeile 27** nach „... Den Rechtsruck stoppen!“ einfügen:

„Wir müssen uns als Richtschnur unseres Handelns vor Augen halten: Die Gefahr, dass es dem neofaschistischen Flügel der AfD gelingt, eine rassistische Massenbewegung aufzubauen, die zur Bedrohung für alle wird, die nicht in sein völkisches Weltbild passen, ist real. Dagegen gilt es kompromisslos zu mobilisieren.“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.27.3.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 34, **Zeile 27** nach „... Den Rechtsruck stoppen!“ einfügen:

„Unsere Antwort auf den sich zunehmend braun einfärbenden Kapitalismus muss die Aufklärung sein, wer ursächlich für die stetig prekäre werdende Lage die Verantwortung trägt. Das schließt ein, wieder und wieder darauf zu verweisen, dass sofort mehr Geld da wäre für das Bewältigen sozialer Aufgaben. Wir müssen vor Ort wieder mehr zur Kümmererpartei werden und als außerparlamentarische Kraft wahrnehmbarer.“

---

**Antrag:** **Ä.G.15.53.**

Antragsteller/innen: Emanzipatorische Linke

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 35, in **Zeile 53** „Neoliberalismus“ **ersetzen** durch „Kapitalismus“

**Antrag:** **Ä.G.18.12.**

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 37, in **Zeile 12-13** die Passage „auf Anweisung des Gestapo-Chefs Heinrich Müller und seines Vorgesetzten Reinhard Heydrich“ **streichen**

**Begründung:**

Warum werden zwei Nazis namentlich erwähnt? Die Opfer hingegen werden/können aber nur zahlenmäßig aufgeführt werden.

Der Änderungsantrag wurde durch die Antragstellerin Emanzipatorische Linke übernommen.

---

**Antrag:** **Ä.G.18.16.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Mitte

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 37, **Zeilen 16 - 18** „Ohne die ... gewesen.“ **ersetzen** durch:

„Die Übergabe der Macht an die Nazis stützte sich auf ein Bündnis zutiefst reaktionärer Eliten und war auch möglich, weil es in breiten Teilen der Bevölkerung Autoritätsglauben, Mitläufertum und soziale Not gab. Die Diktatur musste aber auch gegen erheblichen Widerstand durchgesetzt werden. Ohne die Verfolgung bis ins Exil und bis in den Suizid, ohne die Einkerkering, Misshandlung und Ermordung von demokratischen Intellektuellen und Künstlerinnen, von aufklärerischen Wissenschaftlern und pazifistischen Publizistinnen, von solidarischen Gewerkschaftern, Sozialdemokratinnen und Kommunisten, alle in ihren unterschiedlichen Bereichen im Einsatz für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden, wären Reichspogromnacht, Shoa und Porajmos (Genozid an den Roma und Sinti) nicht möglich gewesen.“

---

**Antrag:** **Ä.G.18.40.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Mitte

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 38, nach **Zeile 40 einfügen:**

„Wir, die LINKE, werden nicht ruhen, bis die letzte faschistische Organisation verboten, bis die letzte Rüstungsfabrik in die zivile Güterproduktion konvertiert und bis ökonomische und politische Macht so demokratisiert ist, dass jeglicher Hetze, Stigmatisierung und Rohheit ein für allemal der Boden entzogen und der Mensch dem Menschen ein Freund ist.“

---

**Antrag:** **Ä.G.19.39.**

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 39, **Zeilen 39 - 69 streichen**

Diese Änderung wurde von der Antragstellerin Emanzipatorische Linke übernommen.

**Antrag:** **Ä.G.20.49.**

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 40, in **Zeile 49** den Satzteil „die letztlich nur in realen Kriegen münden kann“ **streichen**

Diese Änderung wurde von der Antragstellerin Emanzipatorische Linke übernommen.

---

**Antrag:** **Ä.G.20.52.**

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 40, in **Zeilen 52 - 54 ersetzen** durch:

"- Deutschlands Exportorientierung und die ökonomische und politische Fixierung auf gigantische Exportüberschüsse ist nicht nachhaltig und nicht vertretbar. Das Niederkonkurrieren der Schwächeren vertieft die Ungleichheiten und raubt großen Bevölkerungsteilen des globalen Südens die Lebensperspektiven. Eine stärkere Orientierung auf die Binnenwirtschaft mit höheren Löhnen, höheren öffentlichen Investitionen und mehr Beschäftigung in gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen sowie besserer sozialer Absicherung hingegen läge zugleich im Interesse der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland."

Diese Änderung wurde von der Antragstellerin Emanzipatorische Linke übernommen.

---

**Antrag:** **Ä.G.20.59.**

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 40, in **Zeilen 59 - 61 ersetzen** durch:

- "Wir brauchen globale Solidarität statt globalen Freihandel. Wir lehnen die neoliberalen Handelsabkommen wie TTIP, TISA, EPA, CETA oder JEFTA, die die Interessen des Kapitals über die Interessen der Menschen stellen, ab.
- Wir brauchen globale soziale und gewerkschaftliche Rechte und eine Angleichung der Lebensverhältnisse durch einen sozial-ökologisch ausgerichteten wirtschaftlichen Aufbau in den ärmeren und Umbau in den reichen Ländern."

Diese Änderung wurde von der Antragstellerin Emanzipatorische Linke übernommen.

---

**Antrag:** **Ä.G.23.35.**

Antragsteller/innen:

BAG Ökologische Plattform und Philine Edbauer/Hannes Volkmann, SprecherInnen der LAG Wirtschaftspolitik Berlin, Erika und Wilfried Maier, Klaus Steinitz, Rolf Sukowski, Frank Thiel u.a.

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 35-36, in **Zeile 35-36** „Das Forum ... verbunden werden“ **streichen:**

**Begründung:**

Im Jahr 2019 wird der Europaparteitag stattfinden; eine Verknüpfung würde nicht gelingen.

**Antrag:** **Ä.G.24.8.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Altona

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 45, in **Zeile 8** hinter „... mehr exportiert“ **einfügen:**

„und produziert. Wir wollen die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produkte.“

---

**Antrag:** **Ä.G.24.9.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Altona

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 45, in **Zeile 9** „Dass Rüstungsausgaben in Deutschland nicht erhöht werden“ **ersetzen** durch: „Dass es keine Ausgaben für Rüstung mehr gibt“

---

**Antrag:** **Ä.G.27.1.**

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 50, **Zeilen 1 - 59 ersetzen** durch:

DIE LINKE wird sich auf Landes- sowie Bundesebene dafür einsetzen, dass die sogenannte Schuldenbremse aus den Länderverfassungen und aus dem Grundgesetz gestrichen wird. DIE LINKE wird sich dafür an entsprechenden außerparlamentarischen Initiativen beteiligen und parlamentarische Vorstöße unternehmen.

Gegen die erforderliche Wende zur Sozialstaatlichkeit, die heute auf erheblich erweitertem Niveau möglich ist, wirkt die Schuldenbremse als entscheidender Hemmschuh. Materiell bedeutet sie ein Verbot von Kreditaufnahme für die Finanzierung öffentlicher Investitionen und die Entwicklung des Gemeinwesens. Mit sinnvoller Staatsverschuldung finanzierte zusätzliche öffentliche Investitionen verbessern nicht nur die Entwicklung des Allgemeinwohls, sondern bedeuten auch ein höheres Produktivitäts- und Wohlstandsniveau und finanzieren sich durch höhere Steuereinnahmen weitgehend selber.

DIE LINKE macht deutlich: Es ist genug für alle da – lasst uns gemeinsam und solidarisch darum kämpfen!

---

**Antrag:** **Ä.G.27.40.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Altona

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 50, in **Zeile 40** „Fehlentscheidung“ **ersetzen** durch „Entscheidung“

**Begründung:**

Für das Kapital war es keine Fehl-, sondern eine richtige Entscheidung!



# Änderungsanträge zu P-Anträgen

**Antrag:** **Ä.P.6.7.**  
Antragsteller/innen: OV Langenhorn (Hamburg)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Im Antragsheft 2, Seite 64, werden die **Zeilen 7 – 9 gestrichen.**

**Begründung:**

Das Grundsatzprogramm unserer Partei ist an einigen Stellen nicht präzise und gibt Anlass für Interpretationen. Auf Grundlage dieser Interpretationen wird Genoss\*innen die Abweichung vom LINKEN Weg vorgeworfen.

Der Absatz soll Genoss\*innen den Mund verbieten, sich für eine Klärung und Schärfung unseres Grundsatzprogramms zu äußern. Damit reiht er sich ein in die Versuche, die inhaltliche Diskussion durch moralische Zeigefinger zu ersetzen.

Die Kernaussage des Antrags ist es, die sachliche Diskussion in der LINKEN einzufordern. Der beanstandete Absatz steht dem völlig entgegen.

---

**Antrag:** **Ä.P.9.1.**  
Antragsteller/innen: Vorstand der LAG Delegiertenmandat Sachsen

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 66/67, **Zeile 1-69 ersetze** durch:

Im Interesse der Gesamtpartei: Die Haltung der LINKEN zum Spam offen halten, Kampf dem Remouladenbrötchen!

Der Bundesparteitag 2018 der Partei DIE LINKE spricht sich dafür aus, die Haltung der Partei zu Spam auch künftig offen zu halten. Er empfiehlt daher allen Mitgliedern, Gliederungen und Zusammenschlüssen der LINKEN dringend, unverzüglich die Website [www.delimandat.de](http://www.delimandat.de) zu besuchen, deren Betreiber\*innen - die AG Delegiertenmandat - eine Vorreiterrolle in der Beschäftigung mit Spam einnehmen. Bei Eintritt in diese Organisation winken nicht nur Bonuspunkte, sondern auch eine goldene Mitgliedskarte. Dein Eintritt in die AG Delegiertenmandat ist ein starkes Zeichen für alles, was du magst!

Im Sinne der bisherigen Essensversorgung unserer Partei empfiehlt der Parteitag jedoch, von Remoulade als Brotaufstrich Abstand zu nehmen und stattdessen die Diskussion um das Pro und Kontra von Margarine und Butter kontrovers weiterzuführen.

**Begründung:**

"Diese Leute scherzen nicht und wir müssen daher diese Angelegenheit ernst nehmen."  
(Ein Genosse der KPF über die AG Delegiertenmandat, 1. Tagung der 19. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform, 3. Dezember 2017)

**Antrag:** **Ä.P. 10.1.**

Antragsteller/innen: KV Breisgau-Hochschwarzwald

**Der Parteitag möge beschließen:**

Im Antragsheft 2, Seite 6, **Zeile 1 ändern** in:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, bis zum nächsten Bundesparteitag ...“

**Begründung:**

Die Mitgliederversammlung des KV Breisgau-Hochschwarzwald war einstimmig der Meinung, dass die Änderung innerhalb eines Jahres beschlossen werden kann. Keinem und keiner der Anwesenden war bis dahin der markante Beitragsunterschied zu den anderen Parteien bekannt. Wir glauben, dass es viele Personen gibt, die zwar ein durchschnittliches Einkommen haben, aber dennoch so viele unvermeidliche Zahlungsverpflichtungen wie Unterhalt, Miete, Kredite... haben, die es verhindern, Beiträge entsprechend dieser Staffelung zu bezahlen. Diese Personen sind gezwungen, sich nicht wahrheitsgemäß nach der Staffelung mit ihren Beitragssätzen einzuordnen. Ein Umstand, den wir für ethisch so untragbar halten, dass er sofort geändert gehört, jedenfalls nicht erst bis in zwei Jahren. Niemand soll sich durch DIE LINKE zu unwahren Angaben genötigt sehen! - Sei es auch nur eine freiwillige Selbsteinschätzung.

Wir glauben, dass jedes Parteimitglied freiwillig den eigenen Beitrag an seine persönlichen finanziellen Möglichkeiten anpasst und niemand die eigene Partei betrügen möchte.

---

**Antrag:** **Ä.P. 10.2.**

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 68, in **Zeile 1** „bis zum übernächsten Bundesparteitag“ **ersetzen** durch:

„bis zur Tagung des Parteitages nach dem Europaparteitag 2019“

**Begründung:**

Diese Formulierung dient der Konkretisierung des Termins mit Bezug auf eine konkrete Tagung des Parteitages, da „übernächster Bundesparteitag“ auch bedeuten kann, dass der 8. Parteitag gemeint ist.

Dieser Antrag wurde durch den Antragsteller in seine Neufassung von P. 10. übernommen.

---

**Antrag:** **Ä.P. 10.3.**

Antragsteller/innen: Parteivorstand

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 68, in **Zeile 4** den Passus „eine deutliche Reduzierung der Mitgliedsbeiträge und gesteigerte Beitragsehrlichkeit“ **ersetzen** durch:

„durch eine neue Beitragstabelle die Beitragsehrlichkeit zu steigern und damit [den Einstieg ...]“

**Begründung:**

Es geht in der Beitragsrealität nicht um niedrigere Beiträge, sondern darum, dass die von den Mitgliedern gezahlten Beiträge häufig nicht der jetzigen Beitragstabelle entsprechen. Daher ist es sinnvoll, über eine neue Beitragstabelle zu reden, die der Realität und der Leistungsbereitschaft der Mitglieder näher kommt. Dabei sollte es zugleich nicht um eine Reduzierung der Mitgliedsbeiträge gehen, sondern um eine höhere Beitragsehrlichkeit.

**Neufassung** des Antrages **P. 10.neu** durch den Antragsteller (OV Friedrichshain Nordost):

„Der Parteivorstand wird beauftragt, bis zur übernächsten Tagung des Bundesparteitages (erste Tagung nach dem Europaparteitag) einen beschlussfähigen Antrag zur Neugestaltung der Beitragstabelle vorzulegen. Im Laufe des Erarbeitungsprozesses hat der Parteivorstand eines oder mehrere mögliche Gestaltungsmodelle parteiintern zur Diskussion zu stellen. Ziel ist, durch eine deutliche Reduzierung der Beitragssätze in der Beitragstabelle und gesteigerte Beitragsehrlichkeit den Einstieg und Verbleib in der Partei für Menschen aller Einkommensklassen zu vereinfachen.“

---

**Antrag:** **Ä.P. 12.1.**

Antragsteller/innen:

Tilman Loos (Delegierter Sachsen), Jan Korte (Delegierter Sachsen-Anhalt), Christian Scheunchen (Delegierter Sachsen-Anhalt), Luise Neuhaus-Wartenberg (Delegierte Sachsen), Sabine Pester (Delegierte Sachsen), Lissy Bott (Delegierte linksjugend ['solid]), Simone Hock (Delegierte Sachsen), Jakob Müschen (Delegierter linksjugend ['solid]), Mirko Schultze (Delegierter Sachsen), Anna Gina Hahn (Delegierte Sachsen), Lars Hilbig (Delegierter fds), Sven Meyerhofer (Delegierter Sachsen), Antje Schiwatschew (Delegierte fds), Dana Engelbrecht (Delegierte fds), Frank Puskarev (Delegierter fds), Marius J. Brey (Delegierter linksjugend ['solid]), Claudia Gosdeck (Delegierte Sachsen-Anhalt), Antje Feiks (Delegierte Sachsen), Tilo Hellmann (Delegierter Sachsen), Dmitri Zelenin (Delegierter linksjugend ['solid]), Franziska Fehst (Delegierte linksjugend ['solid]), Bianca Pietsch (Delegierte Sachsen), Ortsverband Friedrichshain Nord-Ost, Bernd Spolwig (Bundesfinanzrat, Delegierter mit beratender Stimme), Alex Jahns (Bundesausschuss, Delegierter mit beratender Stimme)

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 71, in **Zeile 4** „süßes“ **ersetzen** durch: „herzhaftes“

**Begründung:** #TeamNüsschen

---

**Antrag:** **Ä.P. 12.2.**

Antragsteller/innen: KV Warendorf, LAG Tierschutz NRW

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 71, in **Zeilen 1-7 ändern:**

**Zeile 2**, vor „vegan“ **einfügen:** vorzugsweise

**Zeile 2** nach der Klammer **einfügen:**

„und vegane Speisen während der Parteitage und bei Parteiveranstaltungen“

Nach **Zeile 4 einfügen:**

„Außerdem wird der Parteivorstand aufgefordert, bundesweit vorzugsweise vegane Werbemittel für Kampagnen zur Verfügung zu stellen. Süßigkeiten werden oft auf der Basis von Schweinegelatine hergestellt; insbesondere industriell hergestellte Süßigkeiten werden meist aus Kostenersparnisgründen mit tierischen Grundstoffen hergestellt. Dies muss auf den Erzeugnissen nach heutigem Gesetzesstand nicht angegeben werden. Auch vegetarische Süßigkeiten können Honig oder Milch enthalten, welche der industriellen Tierausbeutung entstammen könnte. Dies lehnen viele Menschen aus ethischen und religiösen Gründen ab.“

Nach **Zeile 7 einfügen:**

„Auch wird der Parteivorstand aufgefordert vegane Speisen während Parteitag und anderen Parteiveranstaltungen anzubieten.“

**Antrag:** **Ä.P. 16.14.**

Antragsteller/innen: BV Hamburg-Altona

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 2, Seite 74, **Zeile 14-16** „entsprechend ... Monat).“ **ersetzen** durch:

„entsprechend dem durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn für sich persönlich behalten.“

# **Dringlichkeitsanträge**



**Antrag:** **D.1.**

**Antragsteller/innen:**

Caren Lay, Katalin Gennburg, Katrin Lompscher, Katina Schubert, Sebastian Koch, Oliver Nöll,  
Landesvorstand Berlin

**Solidarität mit #Besetzen – Hausbesetzungen entkriminalisieren**

Die LINKE solidarisiert sich mit der Initiative #besetzen und bekräftigt den Beschluss vom Juni 2014 (<https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/legaler-rahmen-fuer-hausbesetzungen/>).

Nach dem niederländischen Vorbild sollen Hausbesetzungen dann entkriminalisiert werden, wenn die Wohnung zuvor ein Jahr lang leer gestanden hat. Nach einem Jahr überwiegt das Recht auf Wohnen gegenüber dem Recht auf Eigentum. Dies muss auf Bundesebene geändert werden.

Wir sehen Instandbesetzungen von leerstehendem Wohnraum als ein Instrument von vielen zur Verwirklichung einer sozialen Wohnraumversorgungspolitik! Mit der Möglichkeit, länger als ein Jahr leer stehenden Wohnraum zu besetzen, steht ein weiteres wichtiges Element zur Bekämpfung spekulativen Leerstands zur Verfügung.

**Begründung:**

Die LINKE wurde nicht als Unterstützung oder Schutz der Initiative #besetzen und deren bedeutenden Umfelds während der Besetzung am 20.5.18 wahrgenommen. Auch konnte kein glaubwürdiger Druck auf Städtische Wohnungsbaugesellschaften, die Polizei und die zuständigen SPD-Senatoren gemacht werden. Die Glaubwürdigkeit unseres Programms hängt aber an der Unterstützung sozialer Initiativen wie #besetzen ab. Diese soll wieder gestärkt und ähnliche Initiativen unterstützt werden.

**Begründung der Dringlichkeit:**

Die Initiative #Besetzen hat bundesweit am Wochenende 19./20. Mai einige Häuser besetzt. Eine neue Debatte zum Thema Hausbesetzungen ist entstanden. Diese Ereignisse lagen nach dem Antragsschluss für den Bundesparteitag.

---

**Antrag:** **D.2.**

**Antragsteller/innen:**

linksjugend [solid], Die Linke.SDS, KV Frankfurt am Main, KV Augsburg, KV Essen

Der Bundesparteitag der LINKEN fordert die Linksfraktion im Bundestag auf, nicht für einen BAMF-Untersuchungsausschuss zu stimmen.

**Begründung:**

Das einzige Ziel von FDP und AfD ist es, mit diesem Untersuchungsausschuss den politischen Diskurs in Deutschland weiter rassistisch nach rechts zu verschieben. DIE LINKE darf kein Steigbügelhalter dafür sein. Der einzige Skandal ist, dass Deutschland immer wieder Menschen in den Tod abschiebt. Menschen vor Abschiebungen zu bewahren, ist nie ein Verbrechen.



# **Kandidaturen** für den Parteivorstand



## Ali Al-Dailami

Kandidatur für den  
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Hessen



### Für eine soziale Offensive – Gegen Ausgrenzung

Liebe Genossinnen und Genossen,

als Vorsitzender des KV Gießen als auch als Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes, setze ich mich für eine soziale Einwanderungs- und Integrationspolitik ein. Migrant/innen und Geflüchtete, die oft in prekären Verhältnissen leben, sind besonders von den Angriffen auf die sozialen und demokratischen Rechte betroffen. Hier gilt es klar Kante zu zeigen: Für die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl, für eine soziale Offensive für Alle und gegen Abschiebungen.

### Für Internationalismus – Gegen Nationalismus, Rassismus und Faschismus

Angesichts der Krise werden die Verteilungskämpfe immer heftiger. Um von den Ursachen der Krise abzulenken, wird zunehmend unverhohlen gegen Migrant/innen und Flüchtlinge gehetzt.

Gleichzeitig nehmen Aktivitäten von rechten und faschistischen Bewegungen und Parteien immer mehr zu. Hier ist DIE LINKE gefragt. Die internationalistische Verpflichtung unserer Partei muss mit Leben gefüllt werden. Die antifaschistischen Bewegungen brauchen unsere praktische Solidarität mehr denn je. Auch deshalb gilt es Brücken zu bauen und unsere Diskussionen konstruktiv und produktiv zu führen.

### Gegen die Spaltungspolitik – Gemeinsam sind wir stark!

Die Angriffe gegen die Schwächsten richten sich nicht nur gegen Flüchtlinge und Migrant/innen, sondern auch gegen Erwerbslose und andere Gesellschaftsgruppen. Im Kern richten sie sich gegen ein gerechte gegen eine solidarische Gesellschaft.

Das Grundproblem ist die Logik einer Wirtschaft deren höchstes Ziel der Profit ist, die den sozialen Frieden ebenso bedroht wie die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Auch deshalb ist mit dem Kapitalismus kein Frieden zu machen und eine sozialistische Demokratie unsere Alternative.

Das will ich weiter vermitteln und mich wie bisher dafür einsetzen, bei Menschen für eine stärkere Beteiligung an den sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfen zu werben, damit aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird.

## **Simone Oldenburg**

Kandidatur für den  
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern



### Zu meiner Person

Ich wurde am 22. März 1969 in Wismar geboren. Nach dem Abitur absolvierte ich an der Pädagogischen Hochschule der Universität Leipzig ein Lehramtsstudium für die Fächer Deutsch und Geschichte, das ich 1994 mit dem Ersten Staatsexamen und 1996 mit dem Zweiten Staatsexamen abschloss. Knapp 20 Jahre arbeitete ich als Lehrerin und Schulleiterin in Nordwestmecklenburg.

Seit 2011 bin ich Abgeordnete im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern und die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, deren Vorsitz ich 2016 übernommen habe.

Ich lebe mit meinem Mann und unserem 15-jährigen Sohn in Gägelow, vor den Toren Wismars.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ich lebe und arbeite in einem traumhaften Bundesland, über das wir aber bis auf die Landschaft, die unendlich vielen Seen und natürlich die Ostsee nicht so viel Gutes hören.

Die Politik der rot-schwarzen Landesregierung macht es den Menschen, die in Mecklenburg-Vorpommern leben, schwer, hier eine Arbeit zu finden, von deren Lohn sie gut leben können. Bereits für Jugendliche ist es schwierig, erfolgreich eine Berufsausbildung zu absolvieren.

Viele Menschen sind arm oder von Armut bedroht. Mecklenburg-Vorpommern ist in vielerlei Hinsicht das Land der Schlusslichter.

Aber obwohl oder gerade weil wir in der Opposition sind, gelingt es uns durch Beharrlichkeit, durch unsere Vorschläge und Initiativen, Frauen und Männer, Jugendliche und Kinder in den Mittelpunkt zu rücken, um ihre Lebensverhältnisse spürbar zu verbessern.

Diese Erfahrungen möchte ich gern in die Arbeit im Parteivorstand einbringen und so an der Entwicklung von Ideen und Vorhaben unserer Partei mitwirken. Ich will mich dafür einsetzen, dass sich DIE LINKE weiter profiliert, sie sichtbarer und hörbarer wird.

Nicht zuletzt möchte ich mich dafür stark machen, dass Lösungen für offene Fragen gemeinsam und im Konsens gefunden werden.

Darum bewerbe ich mich als stellvertretende Parteivorsitzende.

## Tobias Pflüger

Kandidatur für den  
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Baden-Württemberg



Zur Person:

- Politikwissenschaftler
- geb. 1965
- Kreisverband Freiburg

Hiermit kandidiere ich erneut als stellvertretender Parteivorsitzender.

Angesichts der weltpolitischen Lage und der Lage in der Bundesrepublik braucht es DIE LINKE dringender denn je, insbesondere als Oppositionskraft für soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Die neue-alte Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD will Deutschland als weltpolitischen Akteur mit militärischer Macht aufstellen. Der neue Außenminister Heiko Maas schlägt sehr harte Töne gegenüber Russland an. Wir LINKE wollen statt Eskalation und neuem kalten Krieg, Abrüstungs- und Entspannungspolitik!

Die Bundesregierung exportiert noch mehr Waffen, auch an kriegsführende Staaten, so Leopard- 2-Panzer an die Türkei, die damit in Afrin/Nordsyrien völkerrechtswidrig einmarschiert ist und Patrouillenboote an Saudi-Arabien, das einen schrecklichen Krieg im Jemen führt. Rüstungsexporte müssen verboten werden!

Unter Führung der Bundesregierung wird nach dem Brexit-Votum die Militärmacht EU schnell weiter ausgebaut mit PESCO, der ständigen strukturierten (militärischen) Zusammenarbeit. Wir LINKE wollen keine Militärmacht EU!

Die Bundesregierung gibt der Bundeswehr immer mehr Geld, sie will alles damit: mehr Auslandseinsätze, z.B. mehr Soldat/innen in Afghanistan, Mali oder dem Irak und zugleich mehr Waffen und einen Ausbau von »Bündnisverteidigung« und »Landesverteidigung«. Wir LINKE wollen einen Rückzug dieser Truppen!

In den vergangenen Jahren habe ich mich für DIE LINKE schwerpunktmäßig um Außen- und Friedenspolitik gekümmert, aber nicht nur. Unsere Aktivitäten im Zusammenhang mit der Türkei/Kurdistan habe ich bundesweit mit koordiniert.

Für mich sind das Erfurter Programm und das Bundestagswahlprogramm 2017 die Grundlage der politischen Arbeit, dies gilt für alle Themenbereiche, auch und gerade für die Bereiche Friedens- und Flüchtlingspolitik. Ich wünsche mir eine bewegungsorientierte Partei DIE LINKE.

## Dr. Axel Troost

Kandidatur für den  
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Sachsen



Zur Person:

- seit 1980 als Geschäftsführer der »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« (Memogruppe) Engagement für die Stärkung einer kritischen Wirtschaftswissenschaft
- 2004 Mitgründer und Mit-Parteivorsitzender der WASG
- von 2005 bis 2017 MdB
- 2007 in den Parteivorstand und seit 2012 zum stellv. Vorsitzenden gewählt
- einer der 5 Vorstandssprecher der linken Denkwerkstatt »Institut Solidarische Moderne« (ISM)
- seit Nov. 2017 ehrenamtlicher Senior Fellow der Rosa Luxemburg Stiftung für Wirtschafts- und Europapolitik. Gründung eines Crossover-Diskussionskreises mit SPD- und Grünen-Professor/innen und Journalist/innen

LINKE Programmatik muss in der Analyse radikal sein und realistische Handlungsoptionen aufzeigen. Nur so können wir mit anderen kritischen und linken Bündnispartnern Diskurse und Aktivitäten entwickeln und Wähler/innen überzeugen.

Wenige meiner Schwerpunkte:

- Erstellung meines Newsletters mehrmals wöchentlich an 1 800 Bezieher/innen
- Stärkung des Öffentlichen – ein Infrastrukturprogramm mit zusätzlicher massiver Ausweitung der Beschäftigung, u. a. in der Pflege, Erziehung, Bildung etc. und eine Offensive im sozialen Wohnungsbau. Dies finanzieren wir mit unserem (wieder weiterzuentwickelnden) Steuerprogramm. Die Schuldenbremse muss offensiv und transparent umgangen werden.
- Griechenland und seine Regierung brauchen Unterstützung und keine überhebliche Kritik. Aus der Zusammenarbeit können wir als LINKE in Deutschland lernen. Herausgeber eines 16-seitigen Griechenland-Infos als ND-Beilage (Juli).
- Ein solidarisches, friedliches und ökologisches Miteinander der Nationalstaaten braucht europäische Lösungen. Die EU muss grundlegend reformiert werden. Ein Ausstieg aus der EU oder dem Euro löst die Probleme nicht und die Debatte darum stellt uns ins politische Abseits.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus fordert die gesamte Linke heraus. Es gilt die Ängste der Bürger/innen ernst zu nehmen. Unsere Antwort lautet: Es gibt für die Gerechtigkeitsversprechen realisierbare Lösungen.

## Janine Wissler

Kandidatur für den  
stellvertretenden Parteivorsitz

Landesverband Hessen



Zur Person:

- geboren 1981
- seit 2004 bei der WASG aktiv, seit 2007 Mitglied im Parteivorstand der LINKEN
- Mitglied des Hessischen Landtages, Fraktionsvorsitzende
- seit 2014 stv. Parteivorsitzende
- Mitglied bei verdi, attac, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, u.v.m.

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit zehn Jahren gehört DIE LINKE dem Hessischen Landtag an. In zehn Jahren haben wir gemeinsam mit Gewerkschaften, Initiativen und außerparlamentarischen Bewegungen einiges erreicht und gezeigt, dass es einen Unterschied macht, ob DIE LINKE im Landtag vertreten ist oder nicht.

- Ohne DIE LINKE hätte es keine parlamentarische Mehrheit für die Abschaffung der Studiengebühren gegeben.
- Ohne DIE LINKE wäre die NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter nicht aufgeklärt worden.
- Auf Druck der LINKEN wurde ein NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt.
- DIE LINKE hat sich immer konsequent gegen die Verschärfung des Asylrechts. Durch unsere Arbeit im Petitionsausschuss und in Solidaritätskomitees konnten wir einzelne Abschiebungen verhindern und Bleiberechtsregelungen erwirken.
- Wir haben gewerkschaftliche und betriebliche Kämpfe im Landtag thematisiert, Missstände öffentlich gemacht und politische Alternativen aufgezeigt. An einigen Stellen konnten wir etwas bewegen.

Das zeigt, dass Druck aus der Opposition heraus Wirkung entfalten kann. Nur durch eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wird eine grundlegende Veränderung der Politik nicht möglich sein. Deshalb sind wir eine Partei, die Politik *mit* den Menschen macht, nicht stellvertretend *für* sie. Besonders wichtig ist mir, dass wir die Zusammenarbeit zwischen der Partei und den außerparlamentarischen Bewegungen und Gewerkschaften noch verstärken. Dazu brauchen wir eine aktive Mitgliederpartei, die sich tagtäglich einsetzt gegen Sozialabbau, gegen Rassismus und Krieg.

Ich würde mich freuen, wenn meine Kandidatur Unterstützung findet.

## Daniel Anton

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zur Person:

seit 2008 in der LINKEN, Mitglied von DIE LINKE.SDS, Mitglied der SL, ver.di-Mitglied und Unterstützer von Marx21. Sprecher KV Freiburg (2014-2016), Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg (2016-2018).

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es fehlen 100 000 Pflegekräfte in der BRD. Tausende Pflegerinnen und Pfleger in der Republik haben mit Streiks auf die Lage in den Krankenhäusern reagiert.

Ich möchte mich für eine LINKE einsetzen, die an der Seite der Beschäftigten kämpft. Das ist bitter nötig: die Vorschläge von Gesundheitsminister Spahn sind lächerlich: 8 000 Pflegekräfte sind 0,6 Stellen mehr pro Einrichtung. Das ist Hohn gegenüber den Beschäftigten.

Mit der Kampagne »Pflegetnotstand stoppen« setzt die Partei eine Entwicklung fort, die mit »Das muss drin sein« ihren Anfang genommen hat. In vielen KVs sind Genossinnen und Genossen Teil von Soli-Bündnissen, unterstützen die Beschäftigten im Streik, organisieren Veranstaltungen zur kapitalistischen Gesundheitsversorgung oder laden zu Pflegestammtischen ein, an denen sich Beschäftigte und Parteiaktive vernetzen und organisieren. So stelle ich mir Parteiarbeit vor, so kann DIE LINKE die soziale Frage beantworten.

Als Vertreter des LVs BaWü im Kampagnenrat von »Das muss drin sein«, hatte ich aktiven Anteil an dieser Entwicklung. In meiner Zeit in Freiburg habe ich während des Kita-Streiks, genau wie bei der Tarifrunde »Entlastung«, Solidaritätsbündnisse aufgebaut und zusammen mit Beschäftigten praktische Solidarität organisiert.

DIE LINKE steht vor vielen Herausforderungen. Rassismus, ist keine Milieufrage, sondern ein von den Rechten befeuerter Spaltpilz. Wir müssen dem Hass internationale und grenzenlose Solidarität entgegensetzen. Dieser Kampf und der Kampf für eine soziale Gesellschaft lassen sich nicht voneinander trennen. Für diesen Weg möchte ich mich im neuen Parteivorstand einsetzen.

Falls ihr Fragen habt, meldet euch gerne persönlich bei mir:

danielanton.mail@gmail.com // 0170 4860 385

## Tobias Bank

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Brandenburg



Zur Person:

- 32 Jahre; zu meiner queeren Familie zähle ich vier Kinder
- Politik u. Geschichte studiert
- 2006 bis 2015 Mitarbeiter bei MdB Dr. K. Tackmann
- seit 2015 als Referent für Kommunalpolitik der BTF tätig
- seit 2008 Mitglied einer Gemeindevertretung
- seit 2010 Mitglied eines Kreistages
- 2009 bis 2015 Mitglied im Vorstand des kf Brb
- 2018 Bürgermeisterkandidat, 25,9 %, zweitbestes Ergebnis

[www.tobiasbank.de](http://www.tobiasbank.de)

Die Kommunalpolitik wird oft als Herzstück unserer Partei bezeichnet. Sie ist die politische Ebene, die am dichtesten an den Menschen ist und die uns den Ruf der Kümmererpartei gebracht hat. Diesen Ruf möchte ich aufpolieren und dazu beitragen, das kommunalpolitische Profil unserer Partei zu schärfen. Dafür möchte ich mich in Zukunft nicht nur als Kommunalpolitiker, sondern auch als Mitglied des PV einsetzen. Denn: Kommunalpolitik muss in unserer Partei eine zentrale Rolle spielen, wenn wir anderen Parteien in unseren Landkreisen, Städten und Gemeinden nicht den Platz überlassen und weiterhin auch dezentral auf den politischen Meinungsbildungsprozess Einfluss nehmen wollen.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Besserverdienenden und prekär Beschäftigten finden nicht nur in Parlamenten statt. Sie werden genauso in Kommunalvertretungen geführt. Sei es, wenn es um mangelnden sozialen Wohnraum, marode Schulen, fehlenden und barrierefreien ÖPNV oder um geschlossene Jugendclubs, Privatisierungen von Krankenhäusern und Boden sowie eine auf den Autoverkehr fokussierte Ortsentwicklung oder die Aufnahme von Kassenkrediten geht. Oftmals geht es darum, Verschlechterungen abzuwenden, bis sich überhaupt mit linken Ideen an eine Gestaltung gewagt werden kann. Hier muss linke Kommunalpolitik ansetzen und für Verbesserungen kämpfen. Hierfür müssen linke Kommunalpolitiker/innen Rückendeckung, Wertschätzung und bei Bedarf inhaltliche und organisatorische Unterstützung erhalten. Genau hier sehe ich als Vorschlag der BAG Kommunalpolitik meine Aufgaben im PV.

## Simone Barrientos

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Bayern



Foto: Anzie Wolf

### Zur Person:

- geb. am 5.10.1963 in Lutherstadt-Eisleben
- wohnhaft in Ochsenfurt, ein Kind
- Berufsabschlüsse als Betriebselektrikerin sowie Gebrauchswerberin
- Tätigkeiten u. a. als Dolmetscherin (Spanisch), Aufnahmeleiterin, Architekturzeichnerin, Rezitatorin, Sängerin, Verlegerin
- 2008 Gründung des politischen Verlages KULTURMASCHINEN (u.a. Werke von Franz-Josef Degenhardt, Hermann Kant, Leander Sukov)
- seit 2012 Mitglied der Partei DIE LINKE, seit 2014 Landesvorstand Bayern

### Mitgliedschaften und Funktionen:

- MdB seit 2017, Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE
- Landesgruppe Bayern – DIE LINKE im Bundestag
- ver.di
- Kurt-Eisner-Verein Bayern

### Warum ich für den Parteivorstand kandidiere

Ich bin in der DDR aufgewachsen und war immer politisch aktiv. In der bayrischen LINKEN begann 2014 meine parteipolitische Arbeit und ich wurde in den Landesvorstand gewählt. Die sozialen Verwerfungen, wachsender Rassismus und Sexismus mit all seinen Auswirkungen haben dazu geführt, dass ich mich 2017 zu einer Kandidatur für den Bundestag entschloss.

Ich glaube, dass soziale Ungerechtigkeit die Ursache der derzeitigen Verwerfungen in diesem Land, in Europa und darüber hinaus ist. Wichtig ist mir, dass soziale Gerechtigkeit nicht nur als nationales Thema gesehen wird. In einer globalisierten Welt braucht es globale Lösungsansätze. Wir brauchen wirkliche Chancengleichheit, die aber nur mit Regulierung zu bekommen ist. Also mit gleichen Löhnen für gleiche Arbeit, mit gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildung, zum Wohnungsmarkt, zur gesellschaftlichen Teilhabe, um nur einige Aspekte zu nennen. Dabei durchziehen kulturelle Fragen neben der Bevormundung, Zurücksetzung und Unterdrückung von Frauen alle unseren Lebensbereiche und Freiheiten.

Ich will dazu beitragen, dass DIE LINKE eine Partei bleibt, in der die Mitglieder die Richtung angeben. Als MdB fühle ich mich vor allem dem Parteiprogramm verpflichtet. Und allen Menschen, denen die Solidarität der Gesellschaft nicht zuteilwird.

## Friederike Benda

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin

Zur Person:

- 30 Jahre
- wiss. Mitarbeiterin
- Bezirksvorsitzende Charlottenburg-Wilmersdorf

**Friederike Benda: Aufstehen!  
Gemeinsam für Frieden  
und soziale Gerechtigkeit.**



**DIE LINKE.**

www.dielinke.berlin

Als geeinte LINKE müssen wir die alltäglich nötigen Abwehrkämpfe, ob gegen Hartz IV, Mietsteigerungen oder Aufrüstung, mit einer sozialistischen Utopie verbinden. Und diese Abwehrkämpfe so führen, dass Verbindungen antirassistischer, feministischer und antikapitalistischer Perspektiven entstehen. Gerade jetzt bedarf es einer Linken, die den entscheidenden Unterschied macht, geeint trotz unterschiedlicher Lebensweisen und Weltanschauungen.

### Feminismus

Als Mitbegründerin des Bündnisses Frauen\*kampftag setze ich mich innerhalb und außerhalb der Partei für einen sozialistischen Feminismus ein. Hinter der ökonomischen Krise steckt auch eine Krise der sozialen Reproduktion. Überall dort, wo der Kapitalismus nicht mehr profitträchtig genug ist oder so intensiv privatisiert wurde, dass er wieder Profit abwirft, erfolgt das in Bereichen, in denen insbesondere Frauen arbeiten. Ich will keine Verbesserungen für wenige Frauen, sondern ein gutes Leben für alle Menschen.

### Frieden

Anstatt die soziale Infrastruktur zu sichern, rüstet Deutschland nach innen wie nach außen auf. DIE LINKE ist und muss die Partei des Friedens bleiben. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der EU machen dies dringlicher denn je. Kriege, die im Namen von Frauenrechten geführt werden müssen wir als Instrumentalisierung des Feminismus kennzeichnen. Gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung!

### Eine Partei für alle

Wer keine reine Stellvertreter/innen-Politik will, muss bereit sein Niedrigschwelligkeit in allen Bereichen der Parteistrukturen herzustellen. Für uns muss die Selbstaktivierung der Menschen, ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen, zentral sein: Das ist eine meiner Grundauffassungen linker Politik. Ich will Ansätze einer lebendigen, demokratischen Mitgliederpartei für alle stärken.

## Rainer Benecke

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Thüringen

1.

Manchmal denke ich: So, wie jetzt im Jahr 2018 muss es sich in den frühen 30-iger Jahren des vorigen Jahrhunderts angefühlt haben. »Man wird doch noch mal sagen dürfen...« Nein, wenn es gegen Grundgesetz und Demokratie geht.

2.

Zur Verteidigung unserer Verfassung, die auch Ausdruck der Befreiung vom Faschismus ist, braucht es eine starke DIE LINKE. Eine Partei, die sich der Wirklichkeit stellt, solidarisch streitet und handelt: Stark und schlau in Opposition und Regierung, parlamentarisch, außerparlamentarisch. Eine Partei, die Vertrauen in linke Lösungen schafft, Hoffnungen auf bessere Zukunft weckt.

3.

DIE LINKE kümmert sich. Sie verändert. Sie hilft beim Widerstand gegen Betriebsstillegungen in Weimar und Erfurt. Sie ist in Hamburg dabei, wenn es gegen die Schließung der Roten Flora geht. Sie macht im Wohngebiet Sozialberatung. Sie setzt sich für bezahlbare Mieten ein. Sie wirkt gegen jede Diskriminierung – für Vielfalt, gegen Einfalt.

4.

Soziale Spaltung bekämpfen: Unser Markenkern. Sie gefährdet Demokratie. Immer mehr Menschen fürchten um die Zukunft, haben Angst. So wachsen Groll und wutgetränkte Apathie. Vorurteile werden von den Rechten gelockt und bedient.

»Die soziale Frage der Zukunft ist nicht oben gegen unten, sondern innen gegen außen«, sagt AfD-Höcke. Gut für die Reichen, das macht Vermögenssteuer überflüssig. Schlecht für die Armen, die auf der Flucht vor deutschen Waffen zu uns gekommen sind. So werden Grenzen geschlossen, so wird Europa weiter gefährdet, Arme gegen noch Ärmere ausgespielt: Wir dürfen uns nie darauf einlassen. Solidarität: Das ist DIE LINKE.

5.

Ich heiße Rainer Benecke, 66 Jahre alt, seit 1968 links. Ich war in der DKP, SDAJ, PDS. Ich habe für unsere Partei im Westen wie im Osten gearbeitet. Ich habe gelernt: Sozialismus ohne Demokratie scheitert. Gewissheiten musste ich überdenken. Dabei hilft das Gespräch mit den Menschen. Vertrauen schaffen, Hoffnung wecken. Gegen die Angst: DIE LINKE stärken. Dafür möchte ich im Parteivorstand arbeiten.

## Karin Binder

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Baden-Württemberg



Zu meiner Person:

- geb. 1957 in Stuttgart, Handelsfachwirtin
- bis 2002 Angestellte/Sachbearbeiterin, Jugendvertreterin, Betriebsrätin und ehrenamtliche Gewerkschafterin, mit dem Anspruch, die Gesellschaft sozialer zu gestalten, deshalb auch meine langjährige Forderung nach beitragsfreier Kita- und Schulverpflegung
- 2003 - 2005 geschäftsführende Vorsitzende der DGB-Region Mittelbaden (Sitz in Karlsruhe)
- 2005 - 2017 Bundestagsabgeordnete, Ernährungs- und Verbraucherpolitikerin
- 2010 - 2016 Kreissprecherin DIE LINKE. Karlsruhe

[karin.binder@die-linke-bw.de](mailto:karin.binder@die-linke-bw.de)

[www.karin-binder.de](http://www.karin-binder.de)

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind die einzige Alternative zum Mainstream der bürgerlichen »Mitte« und ihrer Politik der Besitzstandswahrung. Wir sind die einzige ernst zu nehmende Kraft, die für Umverteilung und Frieden eintritt, gegen die Ausgrenzungspolitik der anderen Parteien und gegen die Rechtsentwicklung in unserer Gesellschaft. Viele Menschen setzen darauf, dass wir gegenhalten – gegen Ausbeutung, Krieg und Menschenrechtsverletzung, gegen Raubbau an unserer Umwelt. Es liegt an uns, neue Ideen für eine soziale, friedliche und ökologische Politik zu entwickeln und Menschen dafür zu begeistern. Es liegt an uns, ein neues antikapitalistisches Gesellschaftsmodell zu entwickeln.

Die richtige Position und die besten Lösungen finden wir nur in einer offenen konstruktiven und solidarischen Diskussion – zusammen mit anderen Kräften aus den außerparlamentarischen Bewegungen, Sozial- und Umweltverbänden, Friedensbewegung und Gewerkschaften. Dazu möchte ich im Parteivorstand beitragen.

Wir werden uns dringend mit Rüstungskonversion und dem Umbau der Industrie beschäftigen müssen, allen voran die Automobilindustrie. Wir müssen die Beschäftigten ermutigen, nicht nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sondern mitzureden, was und wie produziert wird. Das wäre auch ein Schritt auf dem Weg zu einer sozialeren und ökologischeren Lebensweise, was insbesondere vielen jüngeren Genoss/innen am Herzen liegt.

## **Parwaneh Tayabeh Bokah Tamejani**

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Niedersachsen



Zur Person:

Geb. 1958 in Teheran/Iran, Mitglied seit 1998, Sozialwissenschaftlerin und Journalistin mit Internationaler politischer Erfahrung in Deutschland und beruflicher Kompetenz in der politischen Bildung, Direktkandidatin der Bundestagswahl des Wahlkreises Linden-Limmer in Hannover, Kandidatin der Landtagswahl Niedersachsen 2017, Mitglied des Kreisvorstandes Region Hannover, Mitglied des BO-Sprecher/innenrat Linden-Limmer, Mitglied des LAG-Sprecherinnenrat »Selbstbestimme Behindertenpolitik«, Gewähltes Mitglied als Beraterin des Internationalen Ausschusses, Migration und Asylpolitische Sprecherin Region Hannover und Initiatorin »DIE LINKE hilft« in Hannover

Liebe Genossinnen und Genossen,

DIE LINKE muss den Kampf gegen Rechtsruck und für Demokratie fortführen. Es ist unsere Aufgabe, die Hoffnung auf eine bessere Gesellschaft am Leben zu erhalten und politische Veränderungen für alle spürbar zu machen. Wir dürfen nicht ruhig werden; gerade die Menschen in Deutschland brauchen uns am meisten. DIE LINKE muss die Kümmerpartei für 82 Prozent der Menschen, wie Alleinerziehende, Geringverdiener, Studierende, befristete Angestellte, Rentner\*innen, Schwerbehinderte, Migranten und Asylsuchende sein.

Das Armutsrisiko in Deutschland wird nicht geringer: jedes 5. Kind/Jugendliche, 6% der über 65-Jährigen leben in Armut und 1,18 Millionen Aufstocker/innen und Vollzeitbeschäftigte bedroht die reale Gefahr in Armut zu kommen.

Ich möchte gern weiter an neuen Ideen und an den Hoffnungen der Menschen arbeiten und mich dafür einsetzen. Als Migrations- und Asylpolitische Sprecherin mit sehr guten internationalen Kontakten, z. B. mit iranischen, afghanischen, irakischen, griechischen, kurdischen, türkischen, ghanaischen und tamilischen Verbänden. Die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums hat eben viele Ebenen - auch unter Migranten.

Eure Stimme geht an eine erfahrene, internationale Weltverbesserin. Ich setze mich für diese Belange ein und freue ich mich, Eure Stimme und Euer Vertrauen zu erhalten.

## Ulrike Eifler

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Hessen



Zur Person:

- Geboren 1975 in Eberswalde (Brandenburg)
- Studium Politologie und Sinologie in Chemnitz und Marburg
- Seit 2009 Gewerkschaftssekretärin
- Kreisvorsitzende DIE LINKE Main-Kinzig-Kreis, Bundesprecherin AG Betrieb und Gewerkschaft, Bundessprecherin Sozialistische Linke

Als Gewerkschafterin beobachte ich, dass DIE LINKE mit ihren Positionen zu Mindestlohn, Tarifbindung oder Leiharbeit die Interessen der abhängig Beschäftigten stärker als jede andere Partei vertritt. Gleichzeitig aber fehlt uns die betriebliche Verankerung. Wir organisieren den politischen Ausdruck der Klasse, nicht aber die Klasse selbst. Für den Kampf um soziale Verbesserungen ist der Rückhalt im Betrieb allerdings unverzichtbar. DIE LINKE muss sich deshalb stärker in die Tradition der Arbeiterbewegung stellen und für eine Verbindung von politischen und ökonomischen Kämpfen eintreten.

### Für eine stärkere gewerkschaftliche Praxis der Partei

DIE LINKE hat die Aufgabe, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Dafür muss sie Teil der Kämpfe sein, in denen die Menschen das selbst tun. Wer möchte, dass es wieder gerechter zugeht, braucht das Bündnis mit den Gewerkschaften und die Verankerung im Betrieb.

### Friedenspolitik in den Gewerkschaften verankern

Kriege machen die Welt nicht nur unsicherer, sie erschweren auch den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Jeder Euro, der in Auslandseinsätze und Rüstung gesteckt wird, fehlt für die soziale Infrastruktur. Deshalb brauchen friedenspolitische Themen ihren Platz in den Gewerkschaften und Gewerkschaften ihren Platz in der Friedensbewegung.

### Klare Kante gegen Rassismus

Antirassismus ist unverzichtbare Voraussetzung im Kampf für soziale Gerechtigkeit. Verteilungskämpfe in Betrieb und Gesellschaft lassen sich nicht gewinnen, wenn Kollegen aufgrund von Herkunft oder Religion ausgegrenzt werden. Deshalb muss der Kampf für soziale Gerechtigkeit mit einer klaren Kante gegen Rassismus verbunden werden.

## Kerstin Eisenreich

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Sachsen-Anhalt



Zur Person:

- 48 Jahre, verheiratet, 2 Kinder
- Diplom-Sprachmittlerin
- seit 2014 kommunalpolitische Mandate im Ortschaftsrat, Gemeinderat und Kreistag Saalekreis (Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Grüne)
- seit 2016 Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt
- Sprecherin für Energie-, Agrar-, Verbraucherschutzpolitik und Landesentwicklung sowie Kommunalabgaben
- Mitglied im kommunalpolitischen Forum Sachsen-Anhalt e. V., der LAG und BAG Kommunalpolitik

Liebe Genossinnen und Genossen,

viele Mitglieder unserer Partei setzen sich tagtäglich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger auf kommunaler Ebene ein. Linke Kommunalpolitik ist durch den direkten Kontakt mit den Menschen Verankerung vor Ort und zugleich Impulsgeber für die inhaltliche Arbeit der Partei. Sie ist das Ringen um die Umsetzung eines demokratischen und solidarischen Miteinanders in den Städten und Gemeinden.

Deshalb will ich im Parteivorstand der Kommunalpolitik und ihren Akteuren gemeinsam mit den kommunalpolitischen Gremien entsprechend Gehör und Anerkennung verschaffen. Ich werde dafür streiten, dass in inhaltlichen Debatten stets kommunale Belange berücksichtigt und insbesondere Bundes- und Landesvorhaben kritisch auf ihre kommunalen Auswirkungen betrachtet werden. Kommunalpolitisch Engagierte brauchen kontinuierliche Unterstützung und in Zeiten klammer Kommunalkassen für Themen wie Inklusion, Kommunalabgaben, Integration, Hartz IV, Umwelt, Energie usw. praxistaugliche Antworten unserer Partei.

## Harri Grünberg

Kandidatur für den Parteivorstand

Cuba Sí



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich kandidiere erneut mit dem Votum der AG Cuba Sí für den Parteivorstand. Als AG Cuba Sí, wollen wir, dass im Parteivorstand Internationalismus, Internationalismus und Antiimperialismus weiterhin zum Ausdruck kommen. Vieles haben wir erreicht, insbesondere in der Solidarität zu Cuba und Venezuela. Mit Antiimperialismus meinen wir den Kampf um eine gerechte Welt und die Unterstützung des globalen Südens gegen imperialistische Dominanz und Neo-Kolonialismus. Wir wollen eine Welt in der Menschen nicht mehr fliehen müssen. Wo das Völkerrecht eingehalten wird.

Schutz von Menschen in Not, die vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen darf keinerlei Einschränkung unterliegen. Als Kind von Holocaust-Überlebenden ist es mir wichtig, dass Menschen in Not Schutz erhalten. Sozialistische Politik muss aber vor allem dafür eintreten, dass kein Mensch mehr fliehen muss. Das Kriege beendet und verhindert werden. Das der Süden sich entwickeln kann. Dass das Völkerrecht wieder zur Geltung kommt.

In Syrien standen wir kurz vor einem weltweiten Krieg. Gegen den Kriegskurs und die Regime change Politik müssen wir uns viel stärker aufbäumen. Und bei aller berechtigten Kritik an Putin müssen wir dennoch für Partnerschaft mit Russland werben.

Aufhebung der Sanktionen gegen Russland, den Abzug der Bundeswehr von der russischen Grenze und den Verzicht unseres Landes auf weitere Aufrüstung müssen wir viel deutlicher fordern. Statt Konfrontation gute Nachbarschaft.

DIE LINKE muss ihren Charakter als sozialistische Partei aufrechterhalten in Abgrenzung zu einer grünen Mittelschichtspartei. Die Themen aufgreifen, mit denen man die Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung, die »kleinen Leute« erreicht. Ohne diese wird es keine linken Mehrheiten in diesem Land geben. Wir müssen deren Vertrauen zurückgewinnen. Für dieses eben skizzierte politische Profil werde ich mich auch künftig im Parteivorstand einsetzen. Für eine sozialistische Linke.

## **Steffen Harzer**

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Thüringen



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe mich entschlossen, wieder für den Parteivorstand zu kandidieren und werbe hiermit für meine Wahl. Dem Parteivorstand hatte ich bereits von 2010 bis 2016 angehört. In jener Zeit habe ich die Entwürfe für das Erfurter Programm 2012, die Bundestagswahl 2013 und die Europawahl 2014 mitgestaltet und einen wesentlichen Anteil an der Wiederbelebung der BAG Kommunalpolitik geleistet.

2014 wagte ich beruflich und politisch einen Neustart: Nach 18 Jahren habe ich das Amt des Bürgermeisters der Stadt Hildburghausen abgegeben und wurde Abgeordneter des Thüringer Landtages. Dort bin ich für unsere Fraktion Sprecher für Energiepolitik und Klimaschutz und AK-Leiter Umwelt, Energie, Naturschutz. Durch meine berufliche Nähe zur Energiepolitik, als ehemaliger Betriebsingenieur eines Heizkraftwerkes und später als Leiter eines Heizwerkes sowie als Mitwirkender bei der Rekommunalisierung der E.ON Thüringer Energie zur kommunalen Thüringer Energie AG, konnte ich in dem neuen Politikbereich, der für unsere Zukunft extrem wichtig ist, schnell Fuß fassen. Wichtig für eine nachhaltige, ökologische und dezentrale Energieversorgung, für bezahlbare Preise um Energiearmut zu verhindern, für Energieeffizienz, für den Schutz unseres Klimas und damit für das Weiterleben unserer Kinder und Kindeskiner.

Wesentliche Teile der Energie- und Klimapolitik werden politisch auf Bundesebene entschieden. Daher möchte ich u. a. diese wichtigen Politikfelder der Energiewende, des Klimaschutzes in die Arbeit des neuen Parteivorstandes einbringen. Konkret sind das für mich: Klimaschutz gegen Klimawandel und eine sozialverträgliche Energiewende für alle mit erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeversorgung.

Wir haben die Verantwortung, uns jetzt in diesen wichtigen Lebensbereichen zu engagieren, unsere Welt zu erhalten und sozial für alle Menschen zu gestalten.

*Steffen Harzer*

## **Claudia Haydt**

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Baden-Württemberg



### Biographisches:

Aktiv im Kreisverband Bodensee. Heilpädagogische Ausbildung, Studium der Religionswissenschaft und Soziologie. Seit den 1980-er Jahren in der Friedensbewegung, zehn Jahre im Tübinger Kreistag und Gemeinderat aktiv (teils Fraktionsvorsitzende); im Jugendhilfe-, Sozial- und Verwaltungsausschuss. 1999 Austritt aus den Grünen wegen des Jugoslawienkriegs. Seit 1997 Dozentin für Sozialarbeit. U. a. Mitglied bei Ver.di, VCD, DFG/VK. Mitglied im Vorstand der Europäischen Linken, Sprecherin der BAG FIP.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir stehen sowohl friedens- und sozialpolitisch vor einem Scherbenhaufen, der das Ergebnis rücksichtsloser neoliberaler und imperialer Politik ist. Wir sehen, dass sich europaweit sowohl Potential für linke Alternativen formiert und (leider noch stärker) rechtspopulistische bis rechtsradikale Kräfte auf dem Vormarsch sind. Die Kämpfe für eine progressive Politik müssen wir jeweils vor Ort führen, doch wir können voneinander lernen. In diesem Sinne habe ich meine Erfahrungen aus der Arbeit in der Europäischen Linken in den letzten 4 Jahren in den Parteivorstand eingebracht, ebenso in meine Arbeit in der Redaktion des Newsletters unserer Partei, in zahllosen Veranstaltungen, in verschiedenen Kreis- und Landesverbänden.

Wir müssen die Konfrontation zwischen West und Ost in Europa stoppen, die Aufrüstung und das gefährliche Säbelrasseln beenden. Genauso wenig uns innenpolitisch spalten lassen in »Deutsche« und »Flüchtlinge«. Wir wollen nicht warten, bis Europa völlig zerstört wird und noch mehr Kriege begonnen werden, sondern gemeinsam mit allen progressiven Kräften – Bewegungen, Gewerkschaften, linken Parteien – für ein anderes Europa streiten! Deswegen setze ich mich dafür ein, dass DIE LINKE kommunal, in den Ländern, bundesweit und europäisch Teil der progressiven Kämpfe ist und dafür dass es uns mehr und mehr gelingt, diese Kämpfe miteinander zu verknüpfen und viele Menschen zu inspirieren.

## Sigrid Hupach

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Thüringen



Zu meiner Person:

- 1968 geboren in Leinefelde; Dipl.-Ingenieurin (FH)
- 3 Kinder, alleinerziehend
- Seit 2007 Mitglied der Partei DIE LINKE.; seit 2009 Kreisvorsitzende DIE LINKE. Eichsfeld und Mitglied im Kreistag LK Eichsfeld; 2011 – 2013 Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE. Thüringen; 2013 – 2017 Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

### Warum kandidiere ich?

Nach vielen Jahren parteipolitischer Erfahrung im außerparlamentarischen sowie im parlamentarischen Bereich bewerbe ich mich erstmalig für den Parteivorstand.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind geprägt von sozialer Ungerechtigkeit, globaler Auf-rüstung, politischer und gesellschaftlicher Bewegungen nach »Rechts«, den Folgen der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung wie Fluchtbewegungen und zunehmenden menschlichen und ökologischen Katastrophen.

Ich freue mich über den Zuwachs unserer Partei an jungen Mitgliedern und Wähler/innen aus dem vorwiegend urbanen Milieu. Wir brauchen junge Menschen mit ihren Ideen und Erfahrungen für die Gestaltung unseres Landes und eines solidarischen Europas mit all seinen globalen Herausforderungen. Aber wir verlieren zunehmend an Wähler/innen aus dem Arbeitermilieu und den unteren sozialen Schichten, für die wir einst gegründet wurden. Gerade in den ostdeutschen Bundesländern hat sich dies bei den letzten Wahlen deutlich gezeigt. Unsere Kernthemen sind die soziale Gerechtigkeit und die Friedenspolitik. Dies muss auch so bleiben.

Für die Probleme vieler Menschen in unserem Land, wie Altersarmut, prekäre Beschäftigung oder Wohnungsnot, hat keine andere Partei sinnvolle Lösungsansätze. Ebenso entfernt sich die aktuelle Bundesregierung immer mehr von einer menschenwürdigen Migrationspolitik. Dies sind unsere Themen. Hier müssen wir wieder glaubwürdig die Menschen für unsere Politik gewinnen, damit bei den nächsten Wahlen der »Rechtsruck« nicht noch verstärkt wird.

Hierbei möchte ich mich im Parteivorstand mit all meinen Erfahrungen einbringen und unsere Partei mitgestalten.

## Kerstin Köditz

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Sachsen



Zur Person:

51 Jahre, Philosophin, Landtagsabgeordnete in Sachsen. Ich lebe in Grimma, außerhalb der großstädtischen Komfortzone, wo Antifaschismus noch Handarbeit ist.

- Natürlich bin ich Gewerkschaftsmitglied, organisiert bei ver.di, auch - und gerade weil mir die Gewerkschaften in Deutschland oft nicht kämpferisch genug sind. Wir sollten auch in dieser Beziehung »französisch lernen«, weil »Klassenkampf« keine überholte Vokabel ist, sondern tagtäglich stattfindet.
- Natürlich bin ich Mitglied in der Roten Hilfe, denn Solidarität ist unverzichtbar. Der Repressionsapparat wird immer weiter ausgebaut, das System der Überwachung verschärft, die Polizei militarisiert, der Verfolgungsdruck wie nach G20 erhöht. Wer Grund- und Freiheitsrechte verteidigen will, braucht dazu Organisationen wie die Rote Hilfe.
- Natürlich bin ich Mitglied im Verein »Roter Stern Leipzig«, denn aktives Eintreten für Antifaschismus und gegen Rassismus und Antisemitismus, für Gleichheit und gegen Homophobie muss endlich auch im Fußball Normalzustand werden.
- Natürlich bin ich Mitglied der LINKEN, weil es mein Ziel ist, »alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«, so ein berühmtes diesjähriges Geburtstagskind. Und natürlich wünsche ich mir, dass meine Partei stärker danach handelt, dass wir ein außerparlamentarisches Standbein und ein parlamentarisches Spielbein haben. Nur als Bewegungspartei werden wir unseren Aufgaben gerecht.

Ich war bereits in den letzten Jahren Mitglied des Parteivorstandes und leite dessen Arbeitsgruppe zur AfD. Vor der AfD und ihrer absehbaren Entwicklung habe ich bereits gewarnt, als die Partei noch im Entstehen war. Die AfD hat mich deshalb beschimpft, meine Partei hat die Warnungen ignoriert. Ich möchte gerne weiterhin als Cassandra im Parteivorstand arbeiten.

Wer mehr wissen will: [kerstin-koeditz.de](http://kerstin-koeditz.de) oder [@kerstinkoeditz.de](mailto:@kerstinkoeditz.de)

## Ralf Krämer

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zur Person:

Geb. 1960 in Dortmund, seit 2002 beim ver.di-Bundesvorstand Berlin, Bereich Wirtschaftspolitik, zwei Kinder, verheiratet, Mitglied u.a. in Attac, RLS NRW, Fördererkreis dem. Volks- und Hochschulbildung, AG Betrieb und Gewerkschaft und im BundessprecherInnenrat der BAG Sozialistische Linke.

[www.ralf-kraemer.de](http://www.ralf-kraemer.de)

Liebe Genossinnen und Genossen,

meine politischen Schwerpunkte sind Wirtschaft und Soziales, gerechte Steuern und Verteilung, Digitalisierung und Zukunft der Arbeit, sozial-ökologischer Umbau, Kapitalismusanalyse und linke Strategie. Ich stehe für marxistisch fundierte Positionen. In der Bildungsreihe »Linke 1« arbeite ich als Teamer und habe dazu das Buch »Kapitalismus verstehen. Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart« geschrieben. Auch in Zeiten der Digitalisierung bleiben Arbeit und Klassenkampf bestimmend. Und auch wenn ich mich bei einigen damit unbeliebt mache, die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen halte ich für irreführend und illusionär.

Ich komme aus der Friedensbewegung und den linken Jusos in NRW, hatte als Mitbegründer der WASG meinen Anteil an der Bildung der LINKEN und habe erheblich am Grundsatzprogramm der LINKEN mitgeschrieben. Seit 2016 bin ich wieder Mitglied des Parteivorstands und will meine Erfahrungen und Kompetenzen dort auch künftig einbringen.

DIE LINKE ist die einzige Alternative für eine sozial gerechte, ökologische, demokratische, humane und friedliche Politik, gegen den autoritären neoliberalen Kapitalismus und gegen Rechts. Es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, diese Partei größer und stärker zu machen. Dazu müssen wir die Interessen derjenigen im Mittelpunkt stellen, die durch Arbeit ihr Leben bestreiten oder auf Sozialleistungen angewiesen sind, gleich welchen Geschlechts oder welcher Herkunft. Wir müssen zusammenführen und nicht spalten oder ausgrenzen, politische Debatten mit Argumenten und nicht Diffamierungen austragen, auch zur Einwanderungspolitik.

## Dennis Lander

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Saarland



Zur Person:

Seit 2015 aktiv in der Linksjugend ['solid] Saar und in der Partei DIE LINKE. Seit 2017 jüngster Abgeordneter des Saarländischen Landtags und dort aktiv in den Bereich Innenpolitik, Justiz, Datenschutz, Soziales, Gesundheit sowie Jugendpolitik. Sprecher der LAG Drogenpolitik im Saarland. Sprecher von Amnesty International Saarbrücken.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe mich 2015 entschlossen, politisch aktiv zu werden und mich in der Partei DIE LINKE zu engagieren, weil ich etwas gegen das Erstarken der Rechten und den wachsenden Hass gegen Geflüchtete, gegen jüdische und muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger, gegen Schwule, Lesben und Transgender und gegen alle Andersdenkenden tun wollte. Dass die Rechte stark wird, liegt auch an der wachsenden Ungleichheit. Wir müssen unsere Demokratie gegen all diesen Hass, gegen den rechten Terror und gegen die grenzenlose Profitgier verteidigen.

Mein Schwerpunkt ist die Innenpolitik. Ich kämpfe gegen eine konservative Politik, die den Menschen Angst macht, um eine Begründung für immer mehr Überwachungsmaßnahmen und eine ständige Beschneidung von Grund- und Bürgerrechten zu haben.

Aber ich will mich auch nicht damit abfinden, dass gerade für junge Menschen prekäre, schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse immer mehr zum Normalfall werden. DIE LINKE wird dringend gebraucht, um die Zerstörung unseres Sozialstaates und die Prekarisierung des Arbeitsmarktes zu beenden und die Superreichen endlich wieder angemessen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind keineswegs aus der Mode, sondern Werte, die wir gerade heute verteidigen müssen.

Ich bewerbe mich als Mitglied im Parteivorstand und möchte mit daran arbeiten, dass DIE LINKE auch außerhalb der Parlamente, im Schulterschluss mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für neue linke Mehrheiten in unserer Gesellschaft kämpft. Ich bitte um Euer Vertrauen.

## Sabine Leidig

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Hessen



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich kandidiere zum zweiten Mal für den Parteivorstand, weil ich DIE LINKE als Mitgliederpartei und als »Partei in Bewegung« stärken will. Und weil ich dazu beitragen will, dass wir zur Partei des sozialökologischen Umbaus werden:

Die kapitalistische Ausbeutung von Menschen und Natur ist global organisiert. Wie nie zuvor ist das Proletariat international. Zugleich aber gespalten von einem Widerspruch: mit wachsendem Massenkonsum leben große Teile der Arbeiterklasse im globalen Norden (meist unbewusst) systematisch auf Kosten anderer. Der übermäßige Verbrauch von Ressourcen ist tief in den Alltag und in die Arbeitsverhältnisse eingeschrieben. Zugleich verschärft die »Konsumgesellschaft« soziale Spaltung. Beim Auto wird das besonders deutlich.

Die neue Rechte, die AfD, die nationalistische Politik wie Trump sie verkörpert, will das »Leben auf Kosten anderer« mit autoritären Mitteln, mit Abschottung und Ausgrenzung sichern.

Im Gegensatz dazu stehen soziale Bewegungen für Kohleausstieg und Klimagerechtigkeit, gegen die Macht der Agrarkonzerne oder Initiativen für Verkehrswende. Die Kritik der »imperialen Lebensweise« oder Wachstumskritik; die Kämpfe von Indigenen oder Kleinbauern im globalen Süden; und nicht zuletzt »refugees welcome« als Ausdruck der weltweiten Verbundenheit.

Hier sind unsere Verbündeten und Anknüpfungspunkte. Ökologie ist keine »lifestyle«-Frage, sondern eine Überlebensfrage für die Vielen.

Wir wollen Klimawandel und Raubbau an Natur und Menschen stoppen. Dazu müssen die sozialen Verhältnisse radikal verändert werden und das »normale Verhalten« wird in Frage gestellt. Das ist unbequem und erfordert Aufklärung, Auseinandersetzungen und Utopien. In und mit der Partei können wir daran arbeiten.

## Sofia Leonidakis

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Bremen



Zur Person:

Ich habe Politik studiert und bin seit 2015 Sprecherin der Bremer Linksfraktion für Flucht, Kinder, Europa und Queerpolitik. Ich bin verheiratet und habe ein Kind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Sofia Leonidakis, ich bin 34 Jahre alt, lebe in Bremen und bewerbe mich für den Parteivorstand.

Der neoliberale Sozialabbau hat dazu geführt, dass überall in Europa große Teile der Gesellschaft systematisch ausgegrenzt werden. In Bremen erleben wir die Kürzungsrochaden mehr als schmerzlich. Der als »Haushaltssanierung« bezeichnete Sozialabbau hat einen hohen Preis. Bezahlt wird er von den Menschen, die wenig bis nichts haben- jeglicher Herkunft. Sie sind am stärksten betroffen vom Mangel an Kita-Plätzen und Sozialwohnungen oder Schulunterricht in Containern.

Die Rechten versuchen, Eingewanderte für Abstiegsängste, prekäre Lebensbedingungen und Ausbeutung verantwortlich zu machen. Wir erleben eine widerwärtige Hetze gegen Geflüchtete, Rückschritte in der Geschlechtergleichstellung oder die Infragestellung des Klimawandels. Der Rechtsruck bedroht ganz konkret Menschen nach Herkunft, Aussehen oder Glauben, Frauen und queer lebende Menschen, Menschen mit Handicap oder ohne Arbeit. Diese Entsolidarisierung betrifft schlussendlich die ganze Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Nicht durch das Anpassen eigener Positionen, sondern indem wir Zusammenhalt zwischen den Ausgegrenzten fördern. In Bremen wurde diesbezüglich einiges erreicht, seien es gemeinsame Proteste von Geflüchteten und Wohnungslosen gegen Wohnungsnot oder der anhaltende breite Widerstand gegen jeden noch so kleinen AfD-Aufmarsch. Wir sind Teil der Proteste und wir tragen sie ins Parlament.

Ergänzend zu dieser konkreten solidarischen Praxis möchte ich mich im Parteivorstand einsetzen für eine Partei, die für Solidarität (ein-)steht und die sie auch selbst lebt. Untereinander, auf der Straße, in den Nachbarschaften und Parlamenten.

## Xaver Merk

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Bayern



Zu meiner Person

- Geboren 1953 im Allgäu
- Schriftsetzer
- 18 Jahre ehrenamtlich Betriebsrat/Betriebsratsvorsitzender
- 25 Jahre Gewerkschaftssekretär bei NGG und Verdi
- Seit Mai 2017 i.R.
- 20 Jahre kommunale Mandate
- 20 Jahre SPD-Ortsvereinsvorsitzender
- 2007 bis 2016 Vorsitzender des LINKEN Kreisverbandes Günzburg/Neu-Ulm
- 2010 bis 2016 Landessprecher Bayern DIE LINKE
- z.Zt. Vorsitzender des LINKEN Kreisverbandes Allgäu
- Seit 2014 Mitglied des Parteivorstandes

Programmatisch lasse ich mich auf folgende Ziele festlegen:

### Beteiligung aller am wirtschaftlichen Fortschritt

- gute Arbeit für Alle
- Mindestlohn ohne Ausnahmen und Armut verhindernd
- Ausbau der Rechte der Betriebsräte und des Streikrechts

### Sozialstaat statt Privatisierung - für soziale Gerechtigkeit

- Bekämpfung der Armut im Alter
- Bürgerinnen- und Bürgerversicherung
- Hartz IV abschaffen, sanktionsfreie Mindestsicherung

### Demokratie verteidigen - Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus

- Parlamente stärken, Lobbyismus zurückdrängen
- Bürgerbeteiligung ausbauen, Volksentscheide ermöglichen
- Recht auf politischen Streik durchsetzen

### Frieden schaffen

- keine Beteiligung an bewaffneten Interventionen
- zurückdrängen der Waffenexporte/Umwandlung der Waffenproduktion
- keine Grenzen für Flüchtlinge und Asyl

DIE LINKE ist eine Mitgliederpartei und muss eine bleiben. Erfolge setzen daher die Zusammenarbeit aller Mitglieder, aller Funktionäre, aller Strömungen, aller Interessengruppen voraus. Diskussionen um den richtigen Weg muss es geben. Entscheidungen sind dann gemeinsam zu tragen und umzusetzen. Daran würde ich gerne in einem Team von motivierten Genossinnen und Genossen mitarbeiten.

## Cansu Özdemir

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Hamburg



Zu meiner Person:

- geb. 1988 in Hamburg
- studiert Politikwissenschaften
- seit 2015 Ko-Vorsitzende der Linksfraktion Hamburg
- Sprecherin für Soziales, Frauen, Queer, Inklusion
- Aktivistin in der kurdischen Community (derzeit HDP Wahlkampfkoordination HH)

Liebe Genossinnen und Genossen,

kritikwürdig an Özil und Gündogan ist, einen Autokraten in seinem Wahlkampf zu unterstützen, der Andersdenkende verfolgt, einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in Efrîn geführt hat. Die Debatte wird von vielen Seiten mit Scheinheiligkeit geführt. Ausgerechnet die waffenliefernde Unterstützerin Erdogans Kanzlerin Merkel äußerte ihr »Befremden«! In der Debatte dominiert der falsche Ausgangspunkt, Deutschland verfüge über eine homogene Gesellschaft, in die sich von außen Kommende anpassen müssten. Werden die Regeln nicht befolgt, »droht« den von außen Kommenden die Exklusion. So heterogen die Gesellschaft in Deutschland ist, so vielfältig sind auch die Konflikte, die ihre Wurzeln auch in anderen Regionen der Welt haben. Statt auf Deeskalation zu setzen, befeuert die Bundesregierung jene Konflikte mit ihrer eskalativen Innen- und Außenpolitik.

WIR müssen verteidigen, dass universelle Werte für ALLE gelten. Wir sind NICHT angetreten, um Positionen zu vertreten, die ein Konkurrenzverhalten zwischen benachteiligten Gruppen konstruiert und verschärft. Wir sind angetreten, um das System zu verändern mit einer friedlichen, radikal-demokratischen Perspektive. Wir müssen uns schwierigen Fragen, den gesellschaftlichen Konfliktlinien stellen und linke Antworten auf diese Konflikte (weiter-)entwickeln. Die Verteidigung der Vielfalt in Zeiten einer erstarkenden Rechten, die genau das angreift wird eine entscheidende Auseinandersetzung der nächsten Jahre. Ich möchte meine Erfahrungen und Positionen mit einem politischen Sozialisierungsprozess in der deutschen Linken und gleichzeitig in der kurdischen (Frauen-)bewegung in den Vorstand einbringen.

## Franziska Riekewald

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Sachsen



Persönliches:

- geb. am 21.08.1980, verheiratet, zwei Kinder, Wohnort: Leipzig
- Kontakt: [franziska.riekewald@die-linke.de](mailto:franziska.riekewald@die-linke.de)

Tätigkeit:

- 2001 bis 2017 Mitarbeiterin im Vertrieb
- seit 2018 wiss. Mitarbeiterin bei Cornelia Falken, MdL

Ausbildung:

- 2002 - 2005 Abendstudium an der VWA Halle, Abschluss: Betriebswirtin (VWA)
- 1997 - 2000 Ausbildung zur Kauffrau im Groß- und Außenhandel

Politik:

- seit 2016 Mitglied im Parteivorstand
- seit 2014 Stadträtin in Leipzig, stellv. Fraktionsvorsitzende
- seit 2000 Mitglied der LINKEN

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach zwei Jahren als Mitglied im Parteivorstand bewerbe ich mich hiermit erneut. Ich denke es war gut, dass ich konkret aus meiner Arbeit in der Kommunalpolitik und von der Basis berichten konnte. Diese Themen möchte ich auch in den nächsten zwei Jahren im Parteivorstand einbringen.

Weiterhin ist es mir wichtig, unser sozialistisches Profil stärker in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Wir müssen konsequenter die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit stellen und immer wieder darauf hinweisen, dass viele Probleme in diesem Land der neoliberalen Politik geschuldet sind. Wir müssen dafür kämpfen, dass Reichtum von oben nach unten verteilt wird, nicht anders herum. Darüber hinaus müssen wir für eine konsequente Friedenspolitik eintreten. Mit uns darf es keinerlei Kriegseinsätze der Bundeswehr geben.

Im Jahr 2019 stehen nicht nur Europa- und Landtagswahlen vor der Tür. Es wird auch in vielen Ländern Kommunalwahlen geben. Hier möchte ich mich als Kommunalpolitikerin einbringen. Wir müssen nicht nur mit den Genossinnen und Genossen, sondern auch mit den »normalen« Menschen vor Ort viel mehr ins Gespräch kommen. Nur so finden wir heraus, was die Menschen konkret bewegt und was sie von uns als Partei im Alltag erwarten. Wir sind die Alternative: eine sozialistische Kümmererpartei 2.0!

## Christian Schaft

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Thüringen



Liebe Genossinnen und Genossen,

in den letzten 2 Jahren haben wir auf Grund verschiedener Entwicklungen über die Rolle, Ausrichtung und zentrale Positionen unserer Partei - nicht immer fair - diskutiert. Das ist einer der Gründe, warum ich erneut für den PV kandidiere. Ich will, dass wir dazu kommen diese Fragen offen und ehrlich auf den Tisch zu legen, gemeinsame Nenner finden und nach vorne stellen, ohne Differenzen zu verschweigen, sondern diese weiter zu diskutieren, ohne dabei unsere Grundsätze in Frage zu stellen.

Ich will, dass wir die Rolle unserer Partei dabei nicht in Schubladen denken. Wir sollten die Rollen als Partei in Bewegung, in Parlamenten, in Regierung und Opposition, der Vielen zusammendenken, wenn wir uns als moderne, sozialistische, verbindende Partei begreifen wollen. In Thüringen sind wir Partei in Regierung, Partei in Vereinen, Verbänden und Bewegung, aber auch in Opposition zum Rechtsruck und zur sozialen Spaltung. Sind eine Partei die im Alltag realpolitisch handeln muss und trotzdem versucht die Utopie nicht aus den Augen zu verlieren. Diese Erfahrungen will ich in den Parteivorstand einbringen.

Es kamen viele neue Mitglieder zu uns, mit einer anderen politischen Sozialisation und neuen vielfältigen Biografien. Das bedeutet, dass sich auch Strukturen und Arbeitsweisen in der Partei öffnen und ändern müssen. Die Suche nach Antworten auf die Frage wie diese Öffnung aussehen kann und wir neue Formen der Verbindung unserer politischen Arbeit und unseres Alltages angesichts der Vielfalt der Mitglieder gestalten, will ich im Parteivorstand begleiten.

Ich will natürlich auch wieder meinen thematischen Schwerpunkt Wissenschaftspolitik, ausgehend von meiner Arbeit in der LINKEN-Landtagsfraktion, einbringen. Die Kämpfe in diesem Bereich mit 2,8 Millionen Studis und über 700 000 Beschäftigten lassen sich mit den Kämpfen in anderen Bereichen verbinden. Diese verbindenden Elemente will ich in den Vordergrund stellen.

## Johanna Scheringer-Wright

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Thüringen



Persönliches:

Ich bin von Beruf Agrarwissenschaftlerin, habe als Beraterin und Gutachterin gearbeitet und bin derzeit MdL in Thüringen. Ich bin Mitglied in der Ökologischen Plattform, der Kommunistischen Plattform und in der IG BAU.

[johanna@scheringer.de](mailto:johanna@scheringer.de)

Liebe Genossinnen und Genossen

Frei nach Lassalle bzw. Rosa Luxemburg ist mein Motto »immer das laut zu sagen, was ist« und daraus ableitend zu handeln. Ich engagiere mich seit frühester Jugend für eine bessere Welt – ohne Hunger, Umweltzerstörung, Krieg, Ausbeutung und Diskriminierung. All diese Missstände sind ursächlich verbunden mit dem Kapitalismus und deshalb kämpfe ich für seine Überwindung und für eine sozialistische, ökologische und demokratische Zukunft, in der Frieden oberstes Gebot ist.

Die Welt wird immer unsicherer. Millionen Menschen sterben oder leiden in ausufernden Kriegen. Gerade die Politik der NATO – auch gegenüber Russland – zeigt, wie wichtig es ist, dass wir als LINKE dagegenhalten und unsere kritische Haltung zur NATO beibehalten und für eine Entspannungspolitik unter Einbeziehung von Russland eintreten. Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen eingestellt werden.

Dem wachsenden Rechtsruck können wir nicht dadurch begegnen, dass wir uns auf rechte Sichtweisen einlassen, sondern indem wir kämpferisch für unsere Positionen eintreten. So sind doch nicht die Geflüchteten das Problem, sondern die herrschenden Verhältnisse und die Politik, welche die Fluchtursachen verursachen. Darüber müssen wir aufklären! Und natürlich müssen wir unsere Vorschläge für soziale Sicherheit für alle offensiv vertreten.

Die Erhaltung der Umwelt, der Lebensgrundlagen der Menschen und der Klimaschutz sind nur mit einem radikalen sozial-ökologischen Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweise zu erreichen. Im Parteivorstand möchte ich mich weiter schwerpunktmäßig für dieses Politikfeld einsetzen. Die Bundeskonferenz der Ökologischen Plattform hat mir dafür ein einstimmiges Unterstützungsvotum gegeben.

## Martin Schirdewan

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Liebe Genossinnen und Genossen,

«Die Zukunft ist weit offen. Sie hängt von uns ab. Von uns allen.» (Karl Popper)

Als Mitglied des Europäischen Parlaments arbeite ich täglich mit Genossinnen und Genossen aus anderen Ländern zusammen. Miteinander kämpfen wir für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der europäischen Bevölkerung. Sei es, indem wir uns für den Erhalt der Arbeitsplätze einsetzen bei Siemens, Coca-Cola oder Opel, die da trotz sprudelnden Gewinnen in ihrer Gier die Leute auf die Straße setzen, weil sie noch mehr verdienen wollen. Sei es, indem wir gegen Energiearmut, gegen Jugendarbeitslosigkeit, gegen Altersarmut und gegen all die sozialen Missstände ankämpfen, die die andauernde Spar- und Kürzungspolitik maßgeblich hervorgerufen hat.

Wir stehen starken politischen Gegnern gegenüber. Der Rechtsruck in Europa hält an. Gleichzeitig sehen wir, wie die Arbeitnehmerinnenrechte angegriffen, wie Privatisierungen öffentlichen Eigentums vorgenommenen, wie die Rechte von Frauen, von Studierenden, von Hilfesuchenden in vielen Ländern zurückgedreht werden. Gleichzeitig wird viel über Steuererleichterungen von Unternehmen und Reichen gesprochen.

Unsere Aufgabe als Linke in Europa ist es, mit unseren sozialen, friedenspolitischen, demokratischen und ökologischen Alternativen zur Austeritätspolitik zu überzeugen und so das weitere Abgleiten in einen neuen Faschismus abzuwenden.

Der Kampf gegen rechts, gegen den weiteren Ausverkauf der Gesellschaft und darum, dass der gesellschaftliche Reichtum allen zugutekommt und nicht nur einer Handvoll Reicher bildet das Fundament des gemeinsamen Handelns der europäischen Linken.

Meine politischen Erfahrungen und die europäische Perspektive solidarischen Internationalismus will ich in die wichtige für unsere Partei vor uns liegende Zeit einbringen und so zu ihrem Erfolg beitragen.

Lasst uns gemeinsam um die Zukunft kämpfen. Lasst uns eine sozialistische Zukunft in Deutschland und in Europa gestalten.

Euer

*Martin Schirdewan*

## Christiane Schneider

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Hamburg



Zur Person:

Seit 1993 Mitglied der PDS/Linken, seit 2008 MdHB DIE LINKE, Sprecherin für Innen- & Flüchtlingspolitik, Antifaschismus, Religionspolitik.

Mit fast 70 Jahren repräsentiere ich nicht die Zukunft der Partei. Ist es da nicht etwas kühn, für den PV zu kandidieren? Vielleicht. Vielleicht kann ich aber mit Erfahrungen aus 50 Jahren Beteiligung an oppositionellen Bewegungen in Westdeutschland und ihrer kritischen Verarbeitung einen Beitrag leisten für die Entwicklung der Partei in einer krisenhaften gesellschaftlichen Situation.

In meiner Arbeit spielen Grund- und Menschenrechte eine zentrale Rolle.

In der Flüchtlingspolitik: Die Frage: »Offene Grenzen – ja oder nein« halte ich für falsch gestellt. Wer sie, wie im »Thesenpapier«, mit nein beantwortet, macht das Recht des Staates, Menschen an den Grenzen zurückzuweisen, zum eigenen Ausgangspunkt gegen das Menschenrecht auf Freizügigkeit. Wer sie mit »ja« beantwortet, weist damit noch keinen Weg zu emanzipatorischer Praxis, die Migration gestaltet und das Recht auf Freizügigkeit nicht nur proklamiert. Die Frage, die unsere Partei beantworten muss, lautet m. E. deshalb: Mit welchen konkreten Schritten kommen wir denn »Von der Migration als Problem zur Freizügigkeit als unveräußerlichem Menschenrecht« (Charta von Palermo) und so zu grundlegender Veränderung?

Oder in der Innenpolitik: Seit einem Jahr setzen wir uns in Hamburg mit dem G20-Gipfel und seinen Folgen auseinander. Wir kämpfen im Sonderausschuss der Bürgerschaft hartnäckig um die Aufklärung auch der Polizeieinsätze. Nach vorne gerichtet geht es uns dabei um: Stopp der Paramilitarisierung der Polizei und der Tendenzen hin zu einem autoritären Staat; Stärkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit, Demokratisierung der Polizei, Stärkung einer demokratischen, deeskalativen Protestkultur.

Sofern ihr der Meinung seid, ein weibliches PV-Mitglied aus Hamburg wäre ausreichend, wählt bitte meine Genossin Cansu Özdemir. Frauen wie sie sind die Zukunft unserer Partei.

## **Ilja Seifert**

Kandidatur für den Parteivorstand

BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik



Liebe Delegierte,

demokratisch-sozialistische Politik muss die freie Persönlichkeitsentfaltung jedes Individuums ermöglichen. Dazu gehört selbstbestimmte Teilhabe. Sie braucht die Ächtung jeglicher Stigmatisierung und Bestrafung von Diskriminierung. Das betrifft junge und alte Menschen, Frauen und Männer, Migrantinnen und Migranten, Lesben und Schwule, Arbeitende und Ausgesonderte, kurz: fast jede und jeden. Manche sind lebenslang in »Minderheiten-Situationen«: Sie leben mit körperlichen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen bzw. mit psychischen oder anderen chronischen Krankheiten. Seit Jahren verzeichnen wir jedoch nicht nur kaum noch Fortschritte, sondern sehen uns sogar in immer heftigere und zahlreichere Abwehrkämpfe gezwungen. Die organisierte Behindertenbewegung, in der ich seit Jahrzehnten tief verwurzelt bin, hat emanzipatorischen Charakter. Diese zivilgesellschaftliche Erfahrung weiterhin in unserm Parteivorstand einzubringen, ist Hauptmotivation für meine erneute Kandidatur, die von der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik unterstützt wird. Es geht um Schaffung umfassender Barrierefreiheit und um bedarfsdeckenden Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile.

Die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Welt zeigt sich u. a. darin, dass sie durchaus hehre ethische Ziele formuliert, diese aber in der Praxis ständig unterläuft. Wir können an die Menschenrechts-Ethik anknüpfen und versuchen, sie gegen die brutale Kosten-Nutzen-Logik real werden zu lassen. Zwar stoßen wir dabei immer wieder hart an die Grenzen der kapitalistischen Wirklichkeit, aber wir können durchaus auch Keime einer fortschrittlicheren Gesellschaft pflanzen.

Damit dieses Potential innerhalb der LINKEN stets präsent bleibt, erbitte ich von Euch erneut ein Mandat, im Parteivorstand aktiv sein zu können. Ich möchte dort sowohl meine parlamentarische als auch – fast wichtiger noch – außerparlamentarischen Erfahrungen einbringen.

Euer

*Ilja Seifert*

## **Marika Tändler-Walenta**

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Sachsen



Liebe Genossinnen, liebe Genossinnen,

erneut möchte ich für den Parteivorstand kandidieren. 1984 in Sachsen geboren, bin ich in einer Zeit aufgewachsen, mit der viele Umbrüche verbunden waren. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Hoffnungen so groß waren, wie letztendlich auch die Enttäuschungen. Die Menschen fordern eine andere politische Kultur und dass nicht erst seit dem Erstarren anderer Parteien. Auch auf Bundesebene lässt sich dieser Trend beobachten. Leider sind wir gegenwärtig nicht in der Lage auf dieses Verlangen in wirksamer Art und Weise zu antworten.

Oft sind die Fragen, die mit einer globalisierten Welt in Verbindung stehen auch von uns unbeantwortet geblieben. Umso wichtiger ist es, eine vereinte und starke europäische Partei zu schaffen. Diesem Projekt wurde 2004 mit der Gründung der Europäischen Linken ein Rahmen gegeben. Es gilt diese Partei auf europäischer Ebene auszubauen und die Interessen der Menschen zu vertreten. Eine Möglichkeit besteht für mich in der Erarbeitung unseres Europawahlprogramms, wobei ich mich im nächsten Parteivorstand dafür intensiv einbringen möchte.

Die Verbindung der verschiedenen Ebenen, das heißt von regionaler, nationaler und europäischer Ebene sollte dabei im Fokus unseres Wirkens stehen. Der deutschen Dominanz im europäischen Raum muss klar mit einem internationalistischen Anspruch entgegen getreten werden. Für mich ist dabei nicht die zentrale Frage nach der Europäischen Union, sondern wie es den Menschen innerhalb dieser geht und was unserer Beitrag dafür sein könnte, dass es den Menschen egal ob in Griechenland, Spanien, Finnland oder Frankreich besser geht und wir sie für unsere Politik begeistern können.

Daher bitte ich euch an dieser Stelle um euer Vertrauen für eine erneute Kandidatur für den Parteivorstand.

## Frank Tempel

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Thüringen



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich weiß, dass in innenpolitischen Fragen, sehr viele in unserer Partei zu den Themen Rechts-extremismus, Bürgerrechte, Datenschutz oder Geheimdienste kompetent referieren können. Doch viele Bürger haben darüber hinaus Fragen an die Innenpolitik. Sie erwarten Antworten auf ihre Fragen zum Schutz vor Kriminalität, vor Gewalt, auch vor Naturkatastrophen. Die Antworten darf die LINKE nicht Parteien wie CDU, CSU oder gar der AfD überlassen. Was dabei herauskommt, sehen wir bei dem Entwurf des aktuellen Polizeiaufgabengesetzes in Bayern. Sicherheit darf und muss nicht mit Freiheit bezahlt werden.

Und mindestens ebenso ist es mir wichtig, den Kampf um eine humane, gesundheitspolitisch orientierte Drogenpolitik fortzusetzen. Was ich als drogenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion begonnen habe, will ich als Mitglied des Parteivorstandes gemeinsam mit der Bundestagsfraktion weiterführen, um als Vertreter der LINKEN bundesweit erkennbar in diesem Thema zu agieren. Ob, wie jüngst bei Veranstaltungen in Greifswald und Saarbrücken oder demnächst im Landtagswahlkampf in Bayern – ich möchte weiter für eine kluge Drogenpolitik streiten. Ich möchte mit nicht widerlegbaren Argumenten überzeugen, dass Verbote grundsätzlich der falsche Weg sind, Schäden durch Drogenmissbrauch zu reduzieren. Ob es die Zahl der Drogentoten ist, oder die Zahl der zu spät erkannten Suchterkrankungen, die aktuelle Verbotlogik hat eine klare Mitverantwortlichkeit, eine Mitschuld an vielen tragischen Umständen und Schicksalen.

Aus der Opposition heraus haben wir die rechtlichen Grundlagen für die medizinische Verwendung von Cannabis erkämpft. Jetzt müssen wir gemeinsam mit den betroffenen Patienten darum kämpfen, dass ihre Belange auch bei der Umsetzung dieses Gesetzes auch im Vordergrund stehen.

Zu all dem möchte ich als Mitglied des Parteivorstandes mein Bestes dazu beitragen.

## Daniela Trochowski

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Brandenburg



Liebe Genossinnen und Genossen,

ich möchte erneut für den Bundesvorstand der LINKEN kandidieren:

1. Ich bin im Ehrenamt Vizepräsidentin des Humanistischen Verbandes Berlin/Brandenburg. Damit will ich einen Beitrag zu einer Humanisierung unserer Gesellschaft leisten.

Wir Humanist/innen sind die Interessenvertretung religionsfreier Menschen, die sich gleichzeitig für ethische Werte wie gegenseitige Akzeptanz, Humanismus und soziale Gerechtigkeit einsetzen. In einer Zeit, da von Bayern kommend, die Trennung von Staat und Kirche in Frage gestellt wird, ist dies ein wichtiges Signal in die Gesellschaft. In diesem Sinne arbeite ich in der Religions- und Weltanschauungskommission des Parteivorstandes mit.

Wichtig ist die Einsicht, dass die Partei DIE LINKE sich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen verbünden und der Anker für die dort organisierten Menschen sein muss. Eines dieser Bindeglieder zwischen Zivilgesellschaft und uns als Partei möchte ich weiterhin im Parteivorstand sein.

2. Rassismus und Chauvinismus sind inzwischen in der Bundesrepublik im täglichen Leben angekommen. Unsere Aufgabe als Linke ist es, Rassisten die Stirn zu bieten und Gesicht zu zeigen. Wir müssen für eine offene Gesellschaft streiten, in der Jeder und jede seinen/ihren Platz findet und ein selbstbestimmtes Leben führen kann.

3. DIE LINKE hat besonders im letzten Jahr viele neue Mitglieder aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Zusammenhängen gewonnen.

Mitgliederpartei zu sein, heißt für mich ganz konkret, dass wir offen um Positionen streiten sowie erlangte Positionen von uns nach außen vertreten werden. Das zeichnet eine pluralistische und demokratische Partei aus. Deshalb ist die PDS und DIE LINKE seit vielen Jahren meine politische Heimat!

Diese Diskussionskultur sollten wir auch in Zukunft pflegen – sowohl nach innen, aber auch mit Verbündeten in gesellschaftlichen Bewegungen und Zusammenhängen!

Dafür werde ich mich als Mitglied des Parteivorstandes einsetzen!

*Daniela Trochowski*

## **Jochem Visser**

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Zur Person:

Niederländische Staatsbürger, 1975 in einer Arbeiter/innen-Familie geboren, Dipl.-Historiker. Seit 1999 Mitglied der Sozialistischen Partei in den Niederlanden und seit 2007 ebenfalls Mitglied der LINKEN. Mitglied im Landesvorstand der LINKEN Berlin, im Bezirksvorstand Charlottenburg-Wilmersdorf und in der BAG Hartz IV.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf dem Bundesparteitag ist unsere Rolle und Bedeutung als politische Partei neu diskutieren und zu formulieren. Die Verlagerung des politischen Spektrums nach rechts braucht eine klare Antwort. DIE LINKE kann nur erfolgreich sein, wenn wir es schaffen, Gesellschaftskritik mit einer Botschaft von Hoffnung und Veränderung zu verbinden.

Hartz IV abzuschaffen ist nicht nur eine moralische Frage, sondern auch eine grundlegende demokratische Frage. Nämlich, ob es gelingt, Grundrechte zu garantieren und eine Gesellschaft zu schaffen, die auf Menschenwürde, Mitgestaltung und Gleichheit gründet. Die Erfahrungen und Erkenntnisse von Hartz-IV-Aktivist/innen sind eine wichtige Grundlage für unser politisches Handeln.

DIE LINKE ist die einzige soziale Alternative und wir werden dringender denn je gebraucht. Wir stehen für eine solidarische, auf Mitmenschlichkeit gegründete Gesellschaft mit Respekt für die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Ich bin davon überzeugt, dass uns viel mehr eint als uns augenblicklich trennt. Wir müssen es schaffen, die Menschen einzuladen mit uns gemeinsam den Widerstand gegen eine Politik des weiter so zu organisieren.

Ich würde mich über euer Vertrauen und Unterstützung freuen.

*Jochem Visser*

## Murat Yilmaz

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband NRW



Zur Person:

- Kreisvorstandsmitglied DIE LINKE. Köln
- Alter: 42
- Beruf: SAP BI Berater

Mitglied:

- AG FIP DIE LINKE. Köln
- LAG Netzpolitik DIE LINKE. NRW
- Mitinitiator Aufbau neuer AG Netzpolitik DIE LINKE. Köln
- ver.di

Schwerpunkte:

Migrations- und Integrationspolitik, Netzpolitik und Digitalisierung, Internationale Politik, Krisenlage im Nahen und Mittleren Osten

Liebe Genossinnen und Genossen,

die AFD ist die drittstärkste Kraft im Bundestag. Leider ist das Versagen der Politik für den Aufschwung der rechten Parteien verantwortlich. Aber auch wir LINKE haben keine wirkungsvollen Gegenmaßnahmen ergriffen, um die Bevölkerung verständlich aufzuklären und ihre Ängste zu mindern! Der Rechtspopulismus lebt von den gravierenden Fehlern der letzten Regierungen. Es fing mit der Agenda 2010 und den Hartz-IV-Gesetzen an und führte mit der Einigkeit der fünf Parteien (EDU/ESU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen) geradewegs in den Sozialabbau, neoliberalen Kurs, in Waffenexporte, fragwürdige Auslandseinsätze und unfaire Freihandelsabkommen.

Soziale Abstiegsängste, Sorgen um den Arbeitsplatz, schlechte Renten, zu wenige und kaum bezahlbare Wohnungen u.v.m. haben Rechtspopulisten zu ihren Gunsten genutzt, indem sie die Bevölkerung in Zeiten von Flüchtlingsströmen mit demagogischen Ressentiments und Xenophobie noch mehr verunsichert und zusätzliche Ängste geschürt haben.

Als deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund kenne ich viele Probleme der hier lebenden Migranten. In staatlichen Institutionen und vielen anderen Lebensbereichen werden sie marginalisiert und stigmatisiert. Sie sind Opfer des rechten Gedankengutes. Die meisten Migranten und Diaspora-Verbände fühlen sich von der Politik abgehängt und von der LINKEN nicht verstanden. Diese Orientierungslosigkeit führt schließlich zu einer Nichtwählergunst oder sie vertrauen sich den großen bürgerlichen Parteien an, in der Hoffnung, endlich wahrgenommen zu werden!

Mit solidarischen Grüßen

*Murat Yilmaz*

## Raul Zelik

Kandidatur für den Parteivorstand

Landesverband Berlin



Ich bin 2016 mit dem Anliegen angetreten, Positionen von sozialen Bewegungen und gesellschaftlicher Linke – jenseits der Partei – im Bundesvorstand zu vertreten.

In den letzten Monaten habe ich dann länger gezögert, ob ich erneut kandidieren soll: Es gibt viele Mitglieder, die besser in der LINKEN verankert sind und sich mehr in ihrem Ortsverband engagieren als ich. Aber andererseits ist es eben auch ein Problem, dass im Parteivorstand zu wenige Menschen sitzen, die keine Abgeordnete sind und sich vielleicht auch ganz bewusst eher außerhalb der Partei politisch engagieren.

In diesem Sinne möchte ich auch die nächsten 2 Jahre (mit hoffentlich vielen anderen) eine Stimme jener Linken sein, die in Stadtteilgruppen und Welcome-Initiativen, Klimabündnissen oder gewerkschaftlichen Basisgruppen, Mieterbündnissen und sozialen Zentren aktiv ist.

Eine »Partei in Bewegung« sollte eine Partei sein, die sich nicht in erster Linie über Wahlen definiert, sondern im Alltag Widerspruch wagt und Solidarität organisiert. Und sie muss eine Partei sein, in der – anstelle des ewigen Kampfs der zwei Linien – ein Klima von Empathie, Transparenz und Interesse aneinander herrscht.

## Korrektur

Antragsheft 1, Seite 85

Bericht des Parteivorstands, Anlage 2 Abschlussbericht zum Wahlkampf 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Abschlussbericht zum Wahlkampf 2017 ist uns leider in der Tabelle auf Seite 85, wo die höchsten Wahlergebnisse West gelistet wurden, ein Fehler unterlaufen: Die sehr guten Ergebnisse im Bezirksverband Berlin Tempelhof-Schöneberg wurden nicht erwähnt.

Hier nun die korrigierte Tabelle:

<b>Höchste Wahlergebnisse West</b>	<b>2017</b>	<b>zu 2013</b>
Berlin-Neukölln	18,3	+ 4,1
Hamburg-Altona	15,7	+ 4,9
Hamburg-Mitte	15,0	+ 3,9
Saarbrücken	14,9	+ 3,2
Bremen I	14,2	+ 4,1
Berlin Tempelhof-Schöneberg	13,2	+ 2,9
Köln III	12,8	+ 3,6
Bremen II – Bremerhaven	12,6	+ 2,5
Frankfurt am Main I	12,0	+ 3,1
Frankfurt am Main II	11,7	+ 3,6
Nürnberg Nord	11,7	+ 4,6

Wir bitten um Entschuldigung.

*Claudia Gohde*

Leiterin der Bundesgeschäftsstelle



